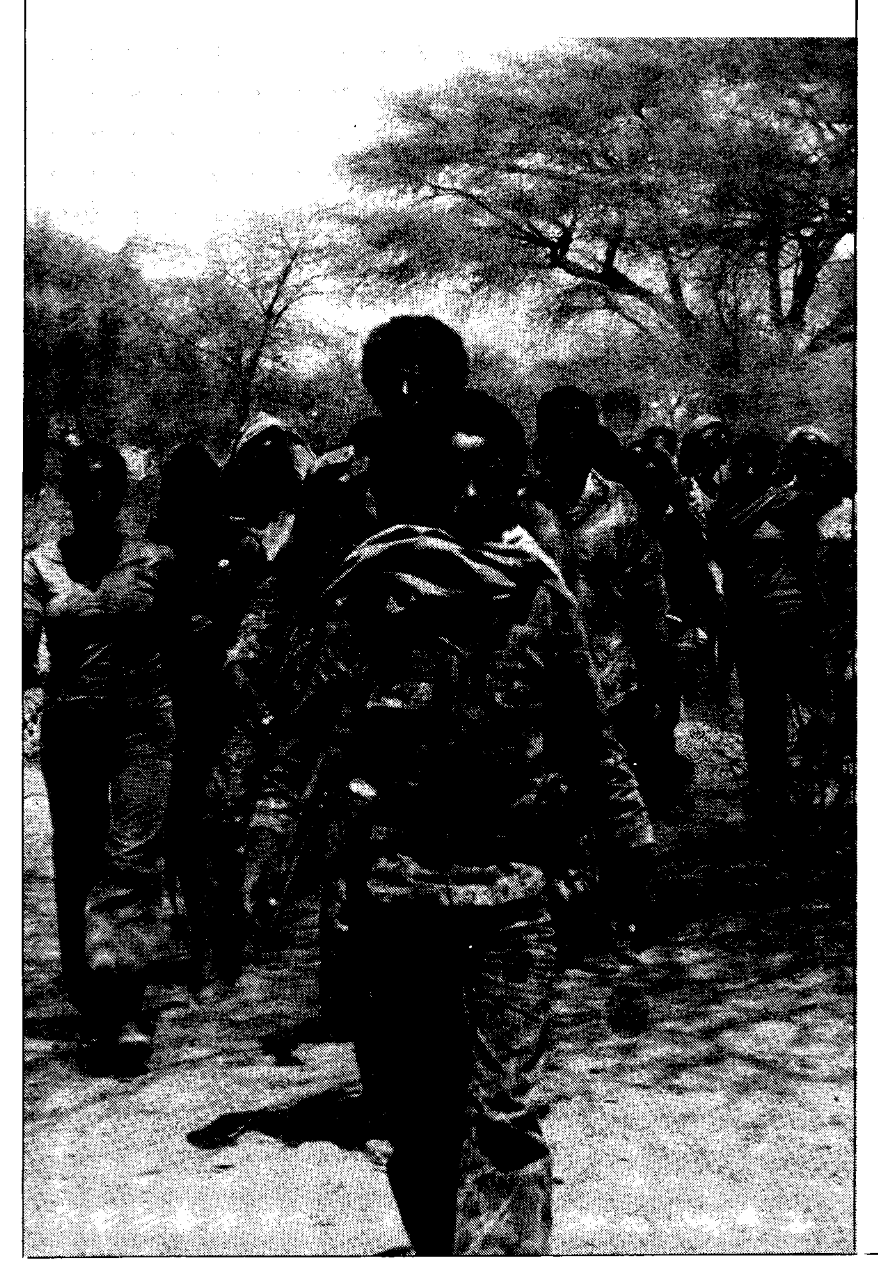
M 3477 FX


# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w


# Eritrea-Befreiungskampf





Nr. 81 November 1979 DM 2.50

# impressum blätter des iz3w



herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus),
D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761/74003.
Bürozeiten: Mo—Fr, 10—12 und 15—18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.



Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr. 5, 5204 Lohmar 1, Telefon: 02246/7882

Druck: SOAK Hannover, Telefon: 17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,— (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,—). Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 26,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20.
Schweiz: FR 28,— bzw. 20,—.

# NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



# El Salvador

**1. Die Situation des Landes**

„El Salvador steht vor dem Volkskrieg!" So zitierte die SZ am 25.8.79 den Guerillaführer „Comandante Anselmo".

In dem mittelamerikanischen Land, das mit 21 000 km² so groß ist wie Hessen und sieben mal kleiner als Nicaragua, leben 4,5 Millionen Einwohner. In diesem überbevölkerten Land sind 40% arbeitslos, 43% Analphabeten. Waren es früher einmal 14 Familien, die das Land politisch und wirtschaftlich beherrschten, so sind es heute etwa 50.

Während 60% des salvadorianischen Volkes auf dem Land lebt, gehören 66% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens nur 2% der Bevölkerung.

Ursache eines bevorstehenden Bürgerkrieges wäre nach Erzbischof Oskar Romero „die soziale Ungerechtigkeit, die immer mehr überhand nimmt. Das Volk wird unterdrückt und daran gehindert, am politischen Leben teilzunehmen" (FR 25.8.79).

Seit 47 Jahren herrscht das Militär. Die Militärregierung unter General Carlos Humberto Romero kam 1977 durch einen Wahlbetrug an die Macht.

**2. Ereignisse im Laufe des Jahres 1979**

Als im Mai 1979 vor der Kathedrale in der Hauptstadt San Salvador sich etwa 300 Menschen zu einer friedlichen Demonstration versammelten, eröffnete die Nationalgarde des General Romero (nicht verwandt mit dem gleichnamigen Erzbischof) ohne jede Vorwarnung das Feuer. 23 Menschen starben. Ziel der Demonstration war es, eine Gruppe der BRP (Revolutionärer Volksblock) zu unterstützen, die die Kirche besetzt hielt. Sie wollte die Freilassung von fünf ihrer inhaftierten Genossen erreichen.

Seit jenem Massaker hat die blutige Unterdrückung oppositioneller Menschen Ausmaße angenommen, die mit Nicaragua unter Somoza und mit Guatemala vergleichbar sind.

Einige Beispiele aus den Monaten August und September sollen das Ausmaß der staatlichen Gewalt und auch die Aktionen des Volkes sowie verschiedener Guerillagruppen dokumentieren. Die Unterdrückung der Opposition durch Mord wird nicht nur ausgeführt von den 7200 Soldaten und 3000 Paramilitärs, sondern auch von den rechten Terrororganisationen Weiße Hand, Weiße Krieger Union (UGB) und ORDEN. Diese Gruppen werden entweder direkt vom Staat oder von den Großgrundbesitzern entlohnt.
Am 18.8. meldet die FR, daß acht Arbeiter in einer KFZ - Werkstatt von Rechtsradikalen ermordet wurden.

**OPFER DER GEWALT 1979**

| Opfer | Jan. | Feb. | M. | Apr. | Mai | Juni | Summe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Guerillas | 0 | 8 | 0 | 1 | 4 | 7 | 12 |
| Bauern | 3 | 5 | 16 | 9 | 29 | 45 | 107 |
| Arbeiter | 1 | 6 | 5 | 12 | 22 | 15 | 61 |
| Geistliche | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 2 |
| Lehrer | 0 | 1 | 1 | 3 | 10 | 11 | 26 |
| Studenten | 4 | 1 | 1 | 6 | 29 | 3 | 44 |
| Akademiker | 0 | 1 | 2 | 1 | 2 | 0 | 6 |
| Industrielle | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Großgrundbesitzer | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| n. identifizierte Pers. | 1 | 1 | 1 | 10 | 34 | 26 | 79 |
| n. identifiz. Berufe | 5 | 1 | 1 | 15 | 27 | 15 | 69 |
| Summe | 15 | 16 | 36 | 57 | 157 | 123 | 406 |

In den Monaten, die seit Juni diesen Jahres vergangen sind, sieht die Statistik der Repression wie folgt aus:

406 politische Morde
307 Gefangene
44 Vermißte

Drei Wochen später wird der Führer des Lehrerverbandes von der „Weißen Hand" erschossen. Einen Tag später meldet die SZ (12.9.) die Ermordung von sieben Schülern, die auf einem Ausflug waren. Die 14 - 18jährigen Jungen waren Mitglieder der BRP. Wenige Tage darauf wurde eine Demonstration der BRP vom Dach eines Polizeigebäudes aus unter Feuer genommen. Die Demonstranten, die Transparente mit den Forderungen „Romero muß zurücktreten" und „Aufstand ist die Lösung" mit sich trugen, erwiderten die Schüsse. Wieder gab es zwei Tote und dreißig Verletzte unter den Demonstranten. Der Widerstnd des Volkes gegen den rechten Terror äußerte sich bisher in vereinzelten Aktionen.

So besetzten im August 50 Nonnen und 20 Priester sowie 200 andere Personen eine Kirche mit den Forderungen nach gerechter Behandlung aller Bürger. Sie erhielten dabei die Unterstützung des fortschrittlichen Erzbischofs Romero. Fünf andere Bischöfe des Landes weigerten sich jedoch, für das Volk und gegen die Regierung Partei zu ergreifen.

Anfang September konnten 20 Arbeiter eine Textilfabrik besetzen. Sie hielten 50 Personen gefangen, um ihrer Forderung nach höheren Löhnen Nachdruck zu verleihen. Immer wieder kam es auch zu bewaffneten Angriffen auf Polizeistationen, Militärkasernen, zu einem Überfall auf den Nationalpalast und zu einer kurzfristigen Besetzung des Arbeitsministeriums. Bei den Angriffen der Widerstandsgruppen kamen einige Polizisten und Soldaten zum Tode. Auch der Bruder des Präsidenten wurde Opfer eines Attentats der FPL (Volkskräfte der Befreiung).

**3. Widerstandsgruppen**

Die Situation des Widerstands ist nur schwer zu überblicken. Die einzelnen Gruppen sind stark zersplittert. Eine Einigung unter gemeinsamen politischen Forderungen kam bisher nicht zustande.

Die stärkste Gruppe in der Opposition ist der Revolutionäre Volksblock (Bloque Revolucionario Popular, BRP), auch „Bloque" genannt. Hinter ihm stehen etwa 50000 Mitglieder. Er ging hervor aus der Vereinigung von Bauern und Landarbeitergewerkschaften, Schüler- und Studentenbünden, Slumverbänden und der Lehrergewerkschaft Andes.

Obwohl der Bloque in der westdeutschen Presse immer wieder zu den Guerillaorganisationen gerechnet wird, hat er bisher noch keinen bewaffneten Flügel gebildet. Allerdings bestehen enge Kontakte zur FPL.

Die FPL (Volkskräfte der Befreiung) und die ERP (Revolutionäre Armee des Volkes) haben seit dem Massaker vor der Kathedrale ihre bewaffneten Angriffe auf die Diktatur verschärft. Der BRP angegliedert ist die Volksliga des 28. Februar (LP - 28).

Verschiedene andere Gruppen wie die FAPU (Vereinte Aktionsfront des Volkes) und die PRTC (Revolutionäre Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter) traten mit Aufrufen in die internationale Öffentlichkeit, um das Schweigen über die Vorgänge in El Salvador zu brechen.

Die PRTC entführte zwei amerikanische Geschäftsleute und konnte erreichen, daß die New York Times, die Los Angeles Times, die Frankfurter Allgemeine und die TAZ (die natürlich freiwillig) ihren Aufruf zur Unterstützung des revolutionären Volksbefreiungskampfes abdruckten.

Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua wird

von den Aufständischen in El Salvador als Vorbild angesehen. Vor dem Sturz der Regierung Romero am 15.10.79 (siehe unten) waren die verschiedenen Gruppen in verstärkte Verhandlungen getreten, um eine Vereinheitlichung der politischen Ziele und ihres Kampfes zu bewirken.

Anfang Oktober hatte die BRP, die FAPU und die LP - 28 eine gemeinsame Demonstration gegen die Ermordung von vier Bauernführern durchgeführt. Damit war zum erstemal eine breite Aktionsfront innerhalb der Opposition hergestellt.

**4. Die Einflußnahme der USA und der Putsch**

Seit dem Sturz Somozas in Nicaragua verstärkten sich die diplomatischen Interventionen der USA in EL Salvador. Nach dem Besuch des US - Unterstaatssekretärs Vaky im August kündigte Romero „eine Serie kurzfristiger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen" an. Freie Wahlen versprach er für 1982. Einen sofortigen Rücktritt lehnte er ab. Es war jedoch klar, daß das Regime diese Zeit nicht überleben würde. Es galt für die USA, ein zweites Nicaragua zu verhindern. Die Widerstandsgruppen hatten zu diesem Zeitpunkt jede Verhandlung mit Romero abgelehnt. Für sie gab es nur noch einen Ausweg: den Volksaufstand.

Bereits Ende September erklärte die FAPU, daß die USA ein direktes Interesse am Sturz Romeros haben, jedoch an der Struktur des Regimes nichts ändern wollten. Die Guerilleros wollen aber keinerlei Manöver akzeptieren, die nur dazu dienen, die Militärdiktatur an der Macht zu halten.

Da der Widerstand wegen seiner starken Zersplitterung noch zu schwach war und einen Sturz der Diktatur frühestens 1980 hätte vornehmen können, konnten die USA und die herrschende Schicht der Großgrundbesitzer die Gefahr des Volksaufstandes vorläufig bannen: Am 15.10.79 verjagte eine „Gruppe gemäßigter Offiziere" General Romero ins Ausland.

Der Junta gehören an: Die Oberste Abdul Gutierez, Arnoldo Majano, Gullermo Garcia, Eugenio Vides und Antonio Gonzales; weiter als Zivilisten der frühere Außenminister Jose Rodriguez Poth, der Christdemokrat und frühere Universitätsdirektor Mayorga und der Sozialdemokrat Ungo.

Als erste Maßnahmen löste die Junta das Parlament und den Obersten Gerichtshof auf. Sie versprach Reformen des Agrar- und des Finanzbereichs, die freie Bildung von Parteien und eine Amnestie vür alle politischen Gefangenen, sowie eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen unter Romero. Eine Reform im Agrarbereich wird die Junta, der bisher jede Unterstützung aus dem Volk fehlt, nur gegen den Widerstand der mächtigen Großgrundbesitzer möglich sein. Andererseits ist es ja gerade die nationale Bourgeoisie, auf die sich die Junta politisch stützt. Alle Gruppen der linken Opposition haben der „Junta für den nationalen Wiederaufbau" (man beachte die gleiche Namensgebung wie die Junta in Nicaragua!!!) den Kampf angesagt. Allein in der Christdemokratie findet sie Unterstützung.

In den ersten Tagen nach dem Putsch kam es zu heftigen Kämpfen in El Salvador. Mejicanos, ein Vorort der Hauptstadt, wurde von der ERP und der LP - 28 für einige Stunden vollständig besetzt. Die Kämpfe der ersten Woche forderten 35 Tote und 100 Verletzte. Der anfangs ausgerufene Ausnahmezustand und die Ausgangssperre wurden nach Abklingen der bewaffneten Auseinandersetzungen von der Regierungsjunta wieder aufgehoben.

Das Verhalten der einzelnen Widerstandsgruppen ist sehr widersprüchlich. Am 19.10. nahmen die ERP und die LP - 28 ihren Aufruf zum Aufstand gegen die Junta zurück. Nur wenige Tage später setzte sich die LP - 28 über diesen Beschluß wieder hinweg und besetzte die Rosario Kirche. Zur gleichen Zeit wurde auch die Kathedrale von der ERP besetzt, die FAPU besetze eine dritte Kirche. Am 24.10. nutzten 80 bewaffnete Mitglieder der BRP eine gleichzeitig stattfindende Demonstration der BRP von der besetzten Kathedrale aus, um in das Arbeits- und Wirtschaftsministerium einzudringen und dort beide Minister sowie 400 Angestellte als Geiseln zu nehmen. Die BRP fordert eine Erhöhung der Löhne von Angestellten und Arbeitern um 100%, 30 Tage Urlaub, die Auflösung der Polizei, Nationalgarde und der Zollpolizei, sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Daraus läßt sich schließen, daß von den anfänglichen Versprechungen der Junta noch nichts eingelöst wurde. Erstaunlich ist mit welcher Gelassenheit die Junta bisher auf die Aktionen der Opposition reagierte. Die Junta forderte die BRP zu Verhandlungen auf und erklärte, daß sie gegen die friedlichen Besetzungen nicht auf Konfrontationskurs gehen wolle.

Die Junta setzte inzwischen eine 12-köpfige Regierung ein, der ein Offizier angehört. Diese neue Regierung wurde bisher von den USA, Costa Rica, Panama, Taiwan und Spanien anerkannt.
(Chronik - Schluß: 30.10.79)

hjg




**Verwendete Quellen:**

TAZ, 4.9., 16.10., 17.10., 19.10., 22.10., 24.10., 26.10.
NEUE, 24.8., 27.10.
SZ, 25.8., 11.9., 12.9., 15.9., 17.9., 25.9., 27.9.
FR, 18.8., 21.8., 24.8., 25.8., 10.9.
GUARD, 25.8., 19.9.
NZZ, 22.8., 7.9., 16.9.
General Anzeiger 21.9.
Stern, Nr. 22, 23.5.79



# Kuba

**Sowjetische Kampfgruppe auf Kuba**

Ende August wurde bekannt, daß eine sowjetische Bodenkampfgruppe auf Kuba stationiert sei. Diese Meldung erregte große Aufmerksamkeit und politischen Wirbel in den USA, da gerade das zweite SALT - Abkommen im amerikanischen Senat vor der Ratifizierung steht. (SALT = Strategic Arms Limitation Treaty, bzw. strategische Rüstungsbegrenzung. SALT II sieht 1. quantitative Grenzen, 2. qualitative Einschränkung, 3. gegenseitige Überwachung von strategischen Waffensystemen zwischen den beiden Supermächten vor sowie 4. das Verbot, solche Waffensysteme an Drittstaaten weiterzugeben.).

Nordamerikanische Aufklärungsflüge über Kuba (die Carter bei seinem Amtsantritt einstellen ließ, die aber dieses Jahr wieder aufgenommen worden sind) hatten ergeben, daß die UdSSR 2500 - 3000 Mann auf Kuba haben, die nicht militärische Berater seien, sondern daß es sich um eine Kampfbrigade, ausgerüstet mit 40 Panzern und Feldartillerie, handele. Da sie keine Raketen oder andere strategische Waffen haben, bedeutet die Präsenz der Sowjets auf Kuba auch nach offiziellen Äußerungen keine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit. Es geht vielmehr um die nordamerikanische Vormachtstellung in diesem Raum.



*Mitglieder der Junta El Salvadors: Unternehmervertreter Andino, Oberst Gutierez, Sozialdemokrat Ungo, Oberst Majano und Christdemokrat und früherer Rektor der Universität Mayorga.*

**Die Reaktion in den USA**

Die USA reagiert immer panikartig, wenn ihre Monopolstellung auf der „westlichen Hemisphäre" gefährdet ist. Nach der Monroe - Doktrin (Monroe war 1817 — 1825 Präsident der USA) gehören die beiden amerikanischen Kontinente den (US- ) Amerikanern, und diese Politik wird unverändert weitergeführt. Von Kuba abgesehen sind alle Länder dort mehr oder weniger unter dem nordamerikanischen Einfluß, und die jetzige hysterische Reaktion der USA im Bezug auf Kuba ist nichts Neues. Als die UdSSR 1962 anfing, eine Raketenbasis auf Kuba aufzubauen, spitzte sich die Krise zwischen den USA und der UdSSR soweit zu, daß die Gefahr eines Weltkrieges unmittelbar war. Die UdSSR mußte damals — unter dem amerikanischen Druck — ihre Raketen und Bomber von Kuba zurückziehen. Außerdem mußte sie sich verpflichten, keine Angriffswaffen dort zu stationieren, während die USA ihrerseits versprachen, keine Invasion auf Kuba zu unterstützen oder vorzubereiten. Auf diese Abmachung berufen sich die Amerikaner jetzt, wenn sie die sowjetischen Soldaten von Kuba weghaben möchten. Allerdings ist die damalige Abmachung zwischen den beiden Großmächten derart vage formuliert, daß es auch in den USA Interpretationsschwierigkeiten gibt, ob jene sowjetische Kampfgruppe tatsächlich gegen das Abkommen verstoße. Militärberater dürfen die Sowjets ohne amerikanische Zustimmung auf Kuba ohnehin haben.

**Sowjetische Dementi und die Stellungnahme Kubas**

Die UdSSR hat die Anwesenheit einer solchen Kampfgruppe auf Kuba bestritten. Dort seien lediglich Militärberater, und die ausdrücklich auf Kubas Wunsch, um die militärische Ausbildung kubanischer Soldaten zu Verteidigungszwecken zu verbessern. Sowohl die UdSSR als auch Kuba sehen in der amerikanischen Hysterie einen Angriff gegen die Entspannungspolitik, und dies bewußt zu einem Zeitpunt, wo das SALT - Abkommen aktuell ist. Außerdem fand gleichzeitig die Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna statt. Der kubanische Präsident Castro ist der derzeitige Vorsitzende der Bewegung, und somit spielt er eine bedeutsame Rolle dabei, was den USA sicher ein Dorn im Auge ist. — Castro selbst teilte mit, daß die sowjetischen Soldaten auf Kuba ein Teil eines militärischen Ausbildungszentrums seien, und dies schon seit der Kuba - Krise 1962. Die Amerikaner hätten somit bescheid gewußt über die Angelegenheit.

**Kuba als „Moskaus Stellvertreter"**

Ein weiterer Grund für die Reaktion der USA ist, daß sie Kuba als „Moskaus stellvertretende Interventionsmacht" betrachten. Da die UdSSR es aus machtpolitischen Gründen nicht wagt, in Krisengebieten selbst tätig zu werden, läßt sie Kuba dafür einsetzen: in Angola, Mozambique, Südjemen und Äthiopien. Angeblich sind 40 000 kubanische Soldaten in Afrika, davon 20 000 in Angola, 16 000 in Angola, 17 000 in Äthiopien. Die kubanische Politik in jenen Ländern ist zweischneidig: während es in Angola und Mozambique mit den Befreiungsbewegungen für die Unabhängigkeit kämpfte, so unterstützt es in Äthiopien ein Regime, das brutal gegen die um die Autonomie kämpfenden Eritreer vorgeht.




**Amerikanischer Stützpunkt auf Kuba**

Bei all diesen Argumenten halten die USA es nicht mal für erwähnenswert, daß sie selbst eine Militärbasis auf Kuba haben, Guantánamo im östlichen Teil der Insel. Diesen Stützpunkt haben die USA seit dem Krieg 1898, als Kuba seine Unabhängigkeit von Spanien errang. 1903 wurde dieses Gebiet von den USA für eine unbegrenzte Zeit gepachtet. Die Militärbasis ist eine richtige Enklave auf kubanischem Gebiet: 79 Quadratkilometer groß, von einem 27 km langen und stark bewachten Zaun von Kuba getrennt. Normalerweise sollen dort 5920 Soldaten stationiert sein, dazu kommen 1713 Zivilisten sowie noch etliche Angehörige. Jeglicher Komfort ist vorhanden: den Strom liefert ein eigenes Kraftwerk; es gibt eine eigene Wasserentsalzungsanlage, nachdem Castro 1964 das Wasser abstellte.

Trotz vieler Aufforderungen Castros sind die USA nicht zu Verhandlungen über die Präsenz amerikanischer Soldaten auf kubanischem Territorium bereit gewesen. Kuba betrachtet ihre Anwesenheit als „sittenwidrig". Verärgert darüber hat Kuba die Schecks, die die USA über die schweizerische Botschaft in Havanna zur Zahlung der lächerlich geringen Pachtgebühren — 4000 US-$ pro Jahr — seit 1964 nicht mehr eingelöst. Außer auf Kuba haben die USA Truppeneinheiten in Panama und Puerto Rico, insgesamt mehr als 15 000 Mann.

**Die amerikanische Abschreckungsstrategie**

Nachdem die Anwesenheit sowjetischer Soldaten auf Kuba bekannnt geworden war, wollten die USA sofort eine Erklärung von der Sowjetunion haben. Da aber nur ein Dementi und ein paar ironische Kommentare in der sowjetischen Presse kamen, sahen sich die Amerikaner gezwungen, in die Offensive zu gehen. Es wurde erwogen, die Außenpolitik der VR China gegenüber zu ändern, indem man ihr die gleichen Konzessionen bei Handelsbeziehungen gewähren würde wie anderen Ländern. Dieses Entgegenkommen würde den Zwist zwischen der UdSSR und VR China noch stärken, da die UdSSR diese Konzessionen wegen ihrer rigiden Auswanderungspolitik von den USA nicht erhält. Dieses Vorhaben ist anscheinend fallengelassen worden.

Ebenfalls wurde erwogen, neben der geplanten Eingreiftruppe (die eingesetzt werden soll zur Sicherung amerikanischer Interessen, z.B. die Besetzung von Ölfeldern, um die Ölversorung zu garantieren) Depotschiffe mit schwerer militärischer Ausrüstung in den Häfen befreundeter Länder, in deren Nähe Krisengebiete sind, bereit liegen zu lassen. Somit wären die USA schnell in der Lage, auch mit schweren Waffen in solche Krisengebiete einzugreifen.

Eine dritte Variante zur Demonstration der absoluten amerkanischen Vormachtstellung in diesem Gebiet ist ein Landungsmanöver auf der Militärbasis Guantánamo. Am 17. Oktober brachten drei Kriegsschiffe 2200 Marinesoldaten nach Kuba. Dabei wird ein neuartiges Angriffs - Trägerschiff eingesetzt, außerdem nehmen Hubschrauber und Amphibienfahrzeuge an der Übung teil. Ein sowjetisches Aufklärungsschiff beobachtet die Manöver und kubanische Soldaten wurden in Bereitschaft versetzt.

**Eine geheime Lösung des Konflikts?**

Nach dem amerikanischen Militärmanöver auf Kuba ist es um den Konflikt stiller geworden. Sicher ist auch, daß die UdSSR nicht bereit sind, ihre Soldaten aus Kuba zurückzuziehen. In dem Tauziehen sind Zweifel aufgetaucht, ob es sich überhaupt um eine sowjetische Kampfgruppe handelt oder bloß um kubanische Soldaten. Auf alle Fälle fordern die Amerikaner nicht mehr den Abzug der Sowjets. Zwar sind viele amerikanische Politiker der Ansicht, daß diese Frage mit der Ratifizierung des SALT -II - Abkommens verknüpft werden soll, aber sie scheinen jetzt in der Minderheit zu sein. Zwischendurch gab es Spekulationen über einen Kompromiß. Danach sollte die ganze Affaire im Geheimen gelöst werden, damit die zwei Supermächte „ihr Gesicht bewahren können" — so die Formulierung in Washington. Nach diesem Kompromiß sollte die sowjetische Kampfgruppe aufgelöst und ein Teil von ihr als Beraterstab angerechnet werden. Die übrigen würden diskret abgezogen. Ob dieser Kompromiß erreicht worden ist, ist tatsächlich ein Geheimnis geblieben.

Nach Allem scheint es sich dabei um den Status Quo der USA gehandelt zu haben und um ihre Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre. Die voreilige Aufregung über die Sowjets auf Kuba war ein geeigneter Anstoß, diesen Aspekt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, erweist sich aber im Nachhinein als eine außenpolitische Schlappe für Präsident Carter und seine Gefolgsleute.

rs

**Quellen:**

Der Spiegel, 10.9.79
SZ, 4.9., 12.9., 21.9., 1.10., 4.10., 5.10.
FR, 1.9., 7.9., 5.10., 18.10.
NZZ, 13.9.79
Die ZEIT, 18.5., 14.9.
Libération, 24.9., 1.10.

# Südafrika

**Liberalisierung in Südafrika?**

Botha, der südafrikanische Regierungschef, hat ein Programm der „Liberalisierung" verkündet:
- — städtische Schwarze sollen in ein neues Verfassungskonzept einbezogen werden
- — schwarze Gewerkschaften sollen als Tarifpartner zugelassen werden
- — rassistisch gemischte Ehen sollen eventuell erlaubt werden und einiges mehr.

In der hiesigen Presse wird dieses Programm als große Reform propagiert. Mit „Sorge" wird die Reaktion der weißen Nationalisten der „Herstigte Nationale Party (HNP)" registriert, die Bohta den „Ausverkauf der Interessen des weißen Mannes" vorwirft. Botha selbst kann sich auf die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft stützen, die schon 1977 einen Verhaltenskodex für ausländische Investoren verabschiedet haben, der sich in etwa mit dem Programm Bohtas deckt. Die Investoren sollen „jedes Jahr freiwillig über sozial- und arbeitspolitische Fortschritte für die schwarze Arbeitnehmerschaft berichten" (FAZ 10.9.79).

In der Regierung der BRD soll angeblich diskutiert worden sein, daß zur Durchsetzung des Vrhaltenskodex die deutschen Banken keine Kredite mehr an Südafrika vergeben sollen.



„Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Afrikapolitik, Ministerialdirigent Helmut Müller, hat in der deutsch - englischen Konferenz die Zuversicht geäußert, daß in Südafrika die Einsicht wächst, auch aus eigenem Interesse Grundsätzliches zu ändern. Der Verhaltenskodex der Gemeinschaft sei kein politisches Alibi, sondern innerhalb einer langfristig angelegten Strategie ein geeignetes Mittel, auf diesen Wandel von außen einzuwirken. Die Abgeordnete von Bothmer (SPD) glaubt, daß sich die weiße Minderheit in Südafrika noch von der Notwendigkeit eines Wandels überzeugen läßt" (FAZ 20.9.79).

„Sterben" oder Überleben — so verteidigt Bohta gegenüber den Weißen die Liberalisierung. Denn seit einigen Jahren sinkt die wirtschaftliche Wachstumsrate Südafrikas; allein durch den Verkauf des Goldes werden noch steigende Profite erzielt. Aufgrund der internationalen Verurteilung der Politik Südafrikas, vor allem ausgeübt von den UN, können es sich auch die kapitalistischen Länder nicht mehr leisten, 100% ihrer Einfuhr eines bestimmten Produktes aus Südafrika zu bestreiten. SA als stark exportorientiertes Land leidet unter einer Überproduktionskrise in allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme des Verkaufs von Bodenschätzen. Zur Verbesserung der Lage der schwarzen Bevölkerung wird dieser Überschuß natürlich nicht verwendet.
Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wie lange die weiße Minderheit im Nachbarstaat Zimbabwe noch an der Macht ist.

Südafrika sieht die letzten weißen Bastionen im Kontinent schwinden. Botha reist während der Londoner Rhodesienkonferenz hastig nach London und Paris und deutet für den Fall einer Machtübernahme durch die Patriotische Front an, „Südafrika könne sich zu militärischem Eingreifen gezwungen sehen" (FAZ 10.10.79), weil die „Stabilität" bedroht sei.

Zudem, darauf weisen gemäßigte Schwarze hin, steht ein zweites Soveto bevor. T. Kambule, ein shcwarzer Pädagoge aus W Soweto:

„Es gab keine Veränderung seit den Unruhen! Wenn keine sofortige Lösung gefunden wird, sehe ich das Ganze sich wiederholen." J. Harris, weiße Präsidentin von Black Sash, einer sozialen Hilfsorganisation für Schwarze, stimmt zu: „Ich denke nicht, daß sich irgend etwas geändert hat. Wenn etwas, so würde ich sagen, es ist schlimmer geworden" (FR 1.10.79).

**Was bedeutet dann aber die sogenannte „Liberalisierung" für die schwarze Bevölkerung?**

Am deutlichsten wird der Charakter der „Reformen" am Beispiel der „Tarifpartnerschaft" schwarzer Gewerkschaften. nach Bothas Willen können sich Schwarze und Farbige jetzt ihrer Branche entsprechend in schwarzen Gewerkschaften organisieren und auch über Lohnfragen *sprechen*. Kommt es aber zu Tarifverhandlungen, so müssen sich die schwarzen Gwerkschafter zusammen mit der Weißen Gewerkschaft der jeweiligen Branche registrieren lassen, d.h., daß die schwarze Gewerkschaft nur als untergeordneter Teil der von weißen beherrschten Gewerkschaft einer Branche existiert. Ein eigenständiges Verhandlungsrecht, eigenständig verwaltete Geldmittel, eine eigenständige Satzung etc. für eine schwarze Gewerkschaft gibt es nicht. Bei Verhandlungen müssen sich die schwarzen Gewerkschafter den weißen anschließen. Weiße Südafrikaner haben es aber nicht nötig, für Löhne oder Gehälter zu streiken, deshalb sind in den südafrikanischen Gewerkschaftssatzungen Streiks als Kampfmittel ausgeschlossen.

Ein farbiger Südafrikaner faßte den Inhalt der Botha - Reform für Schwarze und Farbige wie folgt zusammen: ‚Früher war es uns nicht erlaubt, schwarze Gewerkschaften zu gründen. Heute ist es uns erlaubt und wir können sagen, wir wollen mehr Lohn. Aber tun können wir nichts in der Gewerkschaft zur Durchsetzung unserer Forderungen.' Natürlich sind die Versammlungen schwarzer Gewerkschaften auch von der Sicherheitspolizei und von Spitzeln überwacht, sodaß jeder, der durch radikales Auftreten auffällt, schnell ausgeschaltet werd kann.

Gleichzeitig bleibt einem Großteil der afrikanischen Arbeiter der Zutritt zu einer Gewerkschaft verwehrt. Die Wanderarbeiter, die sog. „Fremden aus den Homelands", die offiziell nicht Einwohner Südafrikas sind, dürfen nicht Gewerkschaftsmitglieder werden. Damit will man sie abspalten von den städtischen Schwarzen und Farbigen.

Dieses Prinzip des „Teile und Herrsche" ist auch Inhalt des neuen Verfassungskonzepts für städtische Schwarze. Die Botha - Regierung bemüht sich, Hoffnung unter verschiedene Teile der Schwarzen zu säen auf Verbesserung ihrer Lage. Deshalb besuchte zum ersten Mal in der Geschichte Südafrikas ein weißer Premier Soweto, die schwarze Vorstadt von Jahannesburg und versprach:
1) die Schulbildung für schwarze zu verbessern,
2) mit der Elektrifizierung der schwarzen Siedlungen und der Verbesserung der sanitären Anlagen zu beginnen,
3) die oben geschilderten gewerkschaftlichen Rechte,
4) eine „Lockerung der Rassentrennung in öffentlichen Bereichen".

„Gewiß, bestimmte öffentliche Parks und Büchereien, Postämter, Restaurants, Hotels und Theater wurde seit 1976 zögernd auch „nicht - weißen" Staatsbürgern geöffnet. Verschiedene Sportclubs und einige Kirchengemeinden mehr als zuvor mühen sich um gemeinsame Veranstaltungen. **Solche und weitere Privilegien sollen die Entwicklung einer schwarzen Mittelschicht fördern, die sich durch Interesse und Lebenstil der weißen Gesellschaft verbunden fühlt und bei der Beherrschung der fast 23 Millionen „Nicht - Weißen" behilflich sein könnte.** Doch selbst die wenigen, die in den Genuß dieser Vergünstigungen kommen, bleiben an ihre Gettos, die Townships und Homelands gefesselt" (FR 1.10.79). Das Programm Bothas soll also

1) nach innen bei der schwarzen Bevölkerung den Eindruck erwecken, die Regierung kümmere sich um deren Interessen und gleichzeitig die Spaltung unter ihr z.B. in Wan-

derarbeiter und etwas priviligiertere städtische Arbeiter vertiefen; und
2) sollen die kosmetischen Veränderungen dazu führen, Südafrikas Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, indem Botha der Weltöffentlichkeit eine Liberalisierung der Rassentrennung anpreist um die erzwungene Zurückhaltung gerade der kapitalsitischen Staaten zu lockern.

Als Nebenaspekt deckt sich die Schaffung einer schwarzen Mittelschicht haarscharf mit der „langfristigen Strategie" der kapitalistischen Länder, um auch nach der Entmachtung der „weißen Herren" in Südafrika geeignete „Verhandlungspartner" zu haben, die unter dem Deckmantel einer schwarzen Regierung weiterhin dafür sorgen, daß Kapital und Profit der ausländischen Kapitalisten garantiert sind.

Afrika - Gruppe

# Zimbabwe

**Vorbemerkung:**

Derzeit verhandeln Großbritannien, die Patriotische Front (PF) und die an der Regierung Muzorewa beteiligten Parteien in London über eine Lösung des Rhodesien - Konflikts. Diese Gespräche wurden durch die im August '79 in Lusaka abgehaltene Commonwealth - Konferenz eingeleitet und vorbereitet. Dort wurde auch der Rahmen für die Londoner Konferenz abgesteckt:

Die *derzeitige Verfassung* von Rhodesien - Zimbabwe ist als *„mangelhaft"* zu bezeichnen; eine *neue rhodesische Verfassung*, die auf dem Grundsatz der *Mehrheit der Schwarzen* basiert, muß *„angemessene Garantien" für die weißen* Rhodesier umfassen; eine *neue* rhodesische *Regierung* soll *in Neuwahlen* gewählt werden, die *von Großbritannien überwacht* und *von Beobachtern* aus anderen Commonwealth - Staaten *beaufsichtigt* werden sollen; eines der wichtigsten Ziele muß die *Beendigung des Guerillakrieges* und die *Rückkehr* des isolierten Landes *in die internationale Staatengemeinschaft* sein (FR 7.8.).

**Gründe für die Londoner Konferenz**

Eine breite internationale Anerkennung der jetzigen Regierung Muzorewa ist nicht zu erreichen. Unter den heutigen Bedingungen (Verfassung, Armee usw.) können die Wirtschaftssanktionen nicht offen aufgehoben werden. Der Krieg geht weiter, da die Kriegsursachen nicht beseitigt sind. Damit bleibt Rhodesien in jedem Fall ein ‚unruhiges Land': das Volk von Zimbabwe kann nicht in Frieden seine Eigenständigkeit entfalten. Aus der Sicht imperialistischer Mächte fehlt die ‚ruhige Lage' für Markt und Kapital.

**Besondere Interessen Englands**

Premierministerin Thatcher hielt zwar die ‚Wahlen' (vgl. iz3w Nr. 77) im April '79 für „ausreichend frei und fair, um die Anerkennung der Regierung Muzorewa zu rechtfertigen" (SZ 25.5.) und die konservative Parlamentsmehrheit neigt dazu, die im November notwendige Sanktionsverlängerung abzulehnen, aber dadurch wären die langfristigen Interessen in Schwarzafrika tangiert.





Nigeria als wichtigster Wirtschaftpartner würde die Aufhebung der Sanktionen „als kalkulierte Bosheit und *bewußte Herausforderung der schwarzen Rasse* im Allgemeinen und der OAU im Besonderen" betrachten. (FAZ 12.5.) Doch Nigeria drohte nicht nur, sondern handelte auch: im Juli setzte es einen Vertrag mit britischen Firmen über den Bau eines Hafens (Kosten: 200 Millionen US-$) außer Kraft, bis die britische Regierung ihre Haltung zum Muzorewa - Regime deutlich gemacht hätte (Guardian 13.6.). Ein noch deutlicheres Zeichen wurde zu Beginn der Commonwealth - Konferenz gesetzt: Nigeria verstaatlichte die Anteile des britischen Ölkonzerns BP. Diese Entscheidung dürfte England insofern nicht gleichgültig sein, als Nigeria der wichtigste Exportmarkt Englands in Schwarzafrika ist. 1978 exportierte England für 2 Milliarden Pfund nach Schwarzafrika; die Hälfte davon ging allein nach Nigeria. Zudem macht das nigerianische Öl 12% der Lieferungen von BP aus. (FR / HB 2.8.)

**Situation der Patriotischen Front**

Bei einer Anerkennung der Muzorewa - Regierung durch die USA, EG - Staaten, Australien usw. läuft die Patriotische Front Gefahr, unter erschwerten politischen und diplomatischen Voraussetzungen einen Befreiungskampf führen zu müssen. Sie würde nicht mehr gegen ein *illegales und offen rassistisches* System bewaffnet kämpfen, sondern gegen eine ‚schwarze Regierung' (Einschätzung vgl. iz3w Nr. 77 + 78), hinter der ein mächtiger Propagandaapparat steht. So soll Muzorewa's UANC eine Million US-$ Wahlkampfgelder vom ‚Allegheny Ludlum Industries' - Konzern, dem größten US - Importeur von Chromerzen aus dem südlichen Afrika, über die südafrikanische Regierung erhalten haben (FR 27.8.). Dies behauptete der ehemalige Staatssekretär im südafrikanischen Innenministerium, Eshel Rhoodie, kurz vor seiner Verhaftung in Frankreich. Als Gegenleistung versprachen Muzorewa (und sein damaliger Stellvertreter) Chikerema, auch nach einer internationalen Anerkennung des von ihnen repräsentierten Staates die gegenwärtig enge wirtschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten und auf UN - Ebene eine „gemäßigte" Haltung gegenüber Südafrika einzunehmen (FR 27.8.).

Angeblich wurde dem damaligen südafrikanischen Innen- und Informationsminister Mulder vom Vizepräsidenten der ‚Allegheny Ludlum Industries' versprochen, daß der Konzern sechs Monate nach der ‚Unabhängigkeit' Rhodesiens unter einer Muzorewa - Regierung Investitionen in Höhe von 1 Million US-$ in Südafrika vornimmt, falls Mulder dem damaligen UANC - Stellvertreter Chikerema (jetzt Führer der von ihm gegründeten ZDP) die gleiche Summe zur Verfügung stelle. Mit diesem bewilligten Geld sollen Lautsprecher, eine Druckerpresse für UANC - Wahlpropaganda angeschafft worden sein. Finanziert wurde laut Rhoodie auch die Parteiorganisation und ein von Chikerema herausgegebenes Wochenblatt (vgl. auch: issa, Informationsdienst südliches Afrika, 9/79).

**Die Frontstaaten**

Der umfangreichen materiellen Unterstützung der Muzorewa - Regierung z.B. durch Südafrika steht auf Seiten der Patriotischen Front vor allem Hilfe der ‚Frontstaaten' gegenüber. Diese bringen Flüchtlinge unter und versorgen sie, ohne daß ihnen eine erschreckte Weltöffent-

lichkeit unter die Arme greift wie im Fall der Indochina - Flüchtlinge. Militärische Überfälle des Muzorewa - Regimes bringen ihnen Tote und Verwundete. Durch die Einhaltung der Sanktionen — insbesondere durch Mozambique — erleidet die Wirtschaft dieser Staaten hohe Verluste, woraus sich wiederum Schwierigkeiten beim Aufbau ergeben.

*Sambia* ist z.B. dringend auf Maislieferungen angewiesen, die über südafrikanische Häfen und die im Oktober 1978 wieder eröffnete Eisenbahnverbindung mit Rhodesien importiert werden müssen (Financial Times 16.6.). Inzwischen verhandelt Sambia auch über die Neueröffnung der drei Straßenverbindungen zu Rhodesien (FT 15.6.). Neben Sambia gehören auch Botswana, Angola, Mozambique und Tansania zu den ärmsten Ländern der Welt.

Diese angedeuteten Faktoren sind nur einige Gründe für die erneute Initiative für eine Allparteien - Konferenz, nachdem es in den Jahren zuvor bereits einige gescheiterte Versuche zu einer Regelung gab.

auf die Nachbarländer zusammenhängen. Er ließ in Sambia sechs Aktionen von Luftwaffe und Heer gegen Lager der ZAPU durchführen. Regierungsstellen in Salesbury hatten durchdringen lassen, daß es Teil der Strategie für die Londoner Gespräche sei (!), auf Nkomo Druck auszuüben, damit er den Guerillakrieg einstellt (FT 24.8.). Noch kurz vor Beginn der Gespräche in London fielen die rhodesischen Truppen in Mozambique ein (FT 8.9.). Bei dem „größeren Angriff" (Muzorewa: Präventivschlag) auf neun Lager sollen während vier Tagen 300 Guerillas und FRELIMO - Soldaten getötet worden sein (FR 10.8.). Von London aus gratulierte Muzorewa seinen Truppen zu ihrem „mit Tapferkeit ausgeführten erfolgreichen Einsatz" (FR 10.8.). Es folgte ein Luftwaffenangriff auf die weit landeinwärts gelegene landwirtschaftlich - industrielle Anlage bei Chokue am Limpopo (NZZ 12.9.).

Insgesamt starben seit Amtsantritt Muzorewas 2000 Menschen im Krieg. Die täglichen Kriegskosten werden auf 3 Millionen DM geschätzt (NZZ 2.6.). Muzorewa hatte zwar angekündigt, daß nach seinem Amtsantritt viele Guerillas seinem Amnestieangebot folgen würden und der Krieg „austrocknen" wird (SZ 3.5.), doch war die Zahl der Freiheitskämpfer in Rhodesien nie größer: mindestens 15000 — 20000 werden geschätzt.



*Die Vertreter Zimbabwe-Rhodesiens (von links): Premierminister Muzorewa, Pfarrer Sithole und Ian Smith.*

**Vorstadium der Londoner Konferenz**

Gegen die empfehlenden Beschlüsse der Commonwealth - Konferenz (siehe Vorbemerkung) sprach sich nur Bischof Muzorewa aus. Er lehnte Neuwahlen generell ab (FT 7.8.). Grund dafür dürfte sein, daß er bei Neuwahlen kaum noch Premier würde. Selbst das Handelsblatt (10.9.) hält ein Muzorewa - Wahlsieg heute für „fraglich". Der Aufruf zum Wahlboykott durch die PF führte zu einer Wahlbeteiligung von nur 64%; von einer höheren Wahlbeteiligung bei einer Neuwahl würde mit Sicherheit die PF profitieren. „Zudem scheint die Regierung Muzorewa in den letzten Wochen drastisch an Popularität verloren zu haben" (HB 10.9.). Deshalb jammert Muzorewa - Mitarbeiter, Pater Arthur Lewis, auch: „Wenn wir den Kommunisten und den Zusammenbruch wollen, müssen wir nur dem britischen Drängen nach mehr Zugeständnissen nachgeben" (Newsweek 20.8.).

Der drastische Verlust an Popularität des Bischofs könnte mit den militärischen Überfällen

**Allparteien - Konferenz in London, 10.9.79**

Nachdem von allen beteiligten Parteien Verhandlungsbereitschaft angedeutet wurde, begann am 10.9. die Allparteienkonferenz in London. Die drei Delegationen bestehen aus maximal jeweils 12 Mitgliedern. Obwohl London es für „hilfreich" angesehen hatte (NZZ 16.8.), ohne Ian Smith zu verhandeln, war er Teil der Muzorewa - Delegation. Diese setzt sich zusammen aus Ian Smith's Rhodesischer Front (2 Delegierte), Sithole's (ZANU (2), Chief Kayisa Ndiweni's Vereinte Nationale Partei (2) und dem UANC (6). Chikerema ist nicht in der Delegation (FT 23.8.).

**Grundsätzliche Ziele der Parteien**

Schon in der Zielsetzung der Konferenz und ihrer Bedeutung unterscheiden sich die beteiligten Parteien erheblich.

Während es für Muzorewa eine reine *Verfassungskonferenz* ist, sieht die Patriotische Front in den Gesprächen eine umfassende *Friedenskonferenz.*

Muzorewa geht es hauptsächlich um die internationale Anerkennung seiner Regierung und der Aufhebung der Sanktionen. Dafür ist er bereit, Veränderungen an der Verfassung zu akzeptieren: „Wir erwarten, daß wir mit den Briten zu einer Übereinkunft kommen und daß sie die Sanktionen aufheben werden" (FT 30.8.). Sonstigen Regelungen, insbesondere einer Machtteilung mit der PF tritt er entgegen: „Das Volk von Zimbabwe ist entschlossen, seine gerade errungene Machtposition zu behaupten und mutwillige Ansprüche irgendeines Möchtegern - Diktators zurückzuweisen" (SZ 10.9.). Denn in Rhodesien regiert laut Muzorewa heute eine Mehrheitsregierung. Die Schwarzen seien politisch gleichberechtigt; auch jegliche Art der Rassendiskriminierung sei beseitigt (!); es gebe keine Unterdrückung der Schwarzen durch die Weißen mehr und auch keine neue Unterdrückung der Weißen durch die Schwarzen. Die Verfassung sei von der Mehrheit akzeptiert worden (abstimmen über die Verfassung durften nur die etwa 40% Weissen), dies ergebe sich aus der hohen Wahlbeteiligung (dazu iz3w Nr. 77) (NZZ 13.9.). Er will denn auch die Konferenz verlassen, wenn die Verfassung Dach sei. Für weitere Gespräche gäbe es keinen Anlaß, denn die Patriotische Front kontrolliert keinen Zoll des rhodesischen Bodens. Es sei absurd, den Krieg Nkomos und Mugabos noch als Befreiungskampf zu bezeichnen. Rhodesien sei von der weißen Herrschaft befreit. Die beiden kämpften ausschließlich darum, Rhodesien ihrer kommunistischen oder marxistischen Diktatur zu unterwerfen. Das rhodesische Volk wisse, daß diese Form der Unterdrückung viel ärger sein würde als das einstmalige Regime der Weißen (!); er werde sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren (NZZ 15.9.). Muzorewa in einer Rundfunkbotschaft: „Wir werden keine Probleme diskutieren, die überhaupt keine Themen mehr sind, wie etwa unsere Sicherheitskräfte, unser Militär, unsere Polizei oder unser System von Recht und Ordnung" (SZ 17.9.).

Bleibt er bei diesen Auffassungen, kann es auf der Konferenz nur ein Scheitern geben, denn ohne umfassende Regelung einer Übergangszeit sieht die Patriotische Front keine Möglichkeit, die Zusage zur neuen Verfassung aufrechtzuerhalten. Die Konferenz wäre damit geplatzt. Für diesen Fall deutet Muzorewa schon eine mögliche Perspektive an, die eventuell auch England im Auge hat: „Wenn die Konferenz erfolglos verläuft, trägt die Patriotische Front die Schuld und unter diesen Umständen hat Großbritannien nicht das Recht, die Anerkennung Zimbabwe / Rhodesiens zu verweigern" (MD 12.9.).

Ähnliche Hoffnungen auch beim ‚Handelsblatt': „Die Briten hoffen, Muzorewa als Premierminister halten zu können und haben Nkomo das repräsentative, aber machtlose Amt des Staatspräsidenten zugedacht. Robert Mugabe soll nach Möglichkeit ins politische Abseits gedrängt werden" (HB 26.9.).

Aus den unterschiedlichen Ansätzen ergaben sich denn auch differierende Vorschläge zur Diskussionsreihenfolge. Während England zuerst die Verfassung verabschieden wollte (Lord Carrington: es ist eine Verfassungskonferenz) und damit Muzorewa folgte, wollte die Patriotische Front zunächst die Ursachen für den Krieg beseitigen und über die Struktur und Funktion der Übergangsregierung diskutieren, bevor über die neue Verfassung verhandelt werden könnte. Man einigte sich auf Verfassungsgespräche mit anschließender Diskussion einer Übergangsregelung (SZ 12.9. / FR 13.9.).

#### Einigung über die Verfassung

Inzwischen scheint eine Einigung vorzuliegen: von 120 Parlamentssitzen stehen 24 den Weissen zur Verfügung. Obwohl die Weißen bei einem Bevölkerungsanteil von 4% nunmehr 20% der Parlamentssitze für sich reserviert bekommen, kommt ihnen im Gegensatz zur jetzigen Verfassung *keine* Sperrminorität zu: 70% genügen für eine Verfassungsänderung. Dennoch stimmte die Patriotische Front nur unter Protest zu: der in der Regelung enthaltene Rassismus ist „falsch und unmoralisch". Man werde sie in einem unabhängigen Zimbabwe wieder abschaffen (SZ / FR 25.9.).

Die Verfassung sieht weiterhin das derzeitige System eines Kabinetts unter Führung eines Ministerpräsitenden vor; die Patriotische Front verzichtet auf das geforderte Präsidialsystem, wie es z.B. in Mozambique existiert (SZ 26.9.).

Zeitweise hatte England nur mit Muzorewa „separate Gespräche" geführt, da sich die PF weigerte, die Verfassung mit der Klausel einer „angemessenen Entschädigung" für enteigneten Landbesitz zu akzeptieren (FR 16.10.). England setzte die Patriotische Front unter Druck: es stehe den Vertretern der Patriotischen Front offen, an den Verhandlungen teilzunehmen, wenn sie den britischen Entwurf akzeptieren (FR 16.10.). Änderungswünsche standen nicht mehr zur Debatte.

Erst die Zusage, daß die erforderlichen Mittel für die Entschädigungszahlungen (geschätzt: 850 Millionen Pfund) von einem internationalen Konsortium aufgebracht werden, an dem die britische und amerikanische Regierung maßgeblich beteiligt sind, brachte die Konferenz wieder in Gang (FR 18. / 19.10.).

#### Probleme der Übergangszeit

Das eigentliche (Konferenz- ) Problem ist dennoch ungelöst: wie wird das Land während einer Übergangszeit bis zur endgültigen Unabhängigkeit regiert? Wer hat die *Regierungsgewalt* inne, wie sind die *Streitkräfte* und die Polizei usw. aufgebaut und wie werden die *(Neu-) Wahlen überwacht*?

Überraschenderweise hat die PF inzwischen signalisiert, daß sie ihre ursprüngliche Forderung — Auflösung der Armee — nicht aufrecht erhält. Guerilla - General Josian Tongogara, der die ZANU - Kämpfer seit 1972 anführte, erklärte: „Ich habe keine Bedenken, mit (dem Führer der rhod. Armee) Peter Walls in jedem erforderlichen Umfang zusammenzuarbeiten." Die derzeitige Armee enthalte zwar „unerwünschte Elemente", aber auch „viele gute Elemente, mit denen wir Seite an Seite zusammenarbeiten werden." (FR 28.9.) Hier könnte ein weiterer Kompromiß angedeutet



***Mugabe (links) und Nkomo***

sein, auch wenn Lord Carrington noch öffentlich erklärt: „Es ist weder wünschenswert noch möglich", der jetzigen Regierung (Muzorewa) die Verfügungsgewalt über die Sicherheitskräfte während der Übergangszeit zu entziehen (FR 11.10.).

Abgelehnt hat die PF allerdings den britischen Vorschlag, für die *Übergangsdauer* (3 bis 6 Monate) einen *britischen Gouverneur* in Rhodesien einzusetzen, dem Muzorewa offiziell seine Befugnisse abreten müßte, während seiner Regierung die ‚Geschäftsführung' verbliebe. Das hieße, Neuwahlen unter den gleichen Bedingungen abzuhalten, wie im April 1979, zumal England das Militär unter weißem Oberkommando beibehalten will. Dem Gouverneur sollen noch knapp 100 britische Militärberater unterstehen (FR 19.10. / Tagesanzeiger 20.10. / BZ 27.10.). Ansonsten wollen die Briten bei der Armee alles beim Alten lassen.

Dagegen schlägt die Patriotische Front vor, Rhodoesien für sechs Monate, in denen freie Wahlen abgehalten werden, von einem achtköpfigen Rat regieren zu lassen. Vier Delegierte sollen von der Patriotischen Front benannt werden, vier von der jetzigen Regierung Muzorewa und von Großbritannien. Der Vorsitzende soll Brite sein. Ein ähnliche zusammengesetzter Rat soll Armee und Polizei beaufsichtigen und die Voraussetzungen für einen Waffenstillstand erarbeiten. Die politischen Gefangenen sollen entlassen und das Kriegsrecht aufgehoben werden. Während der Übergangszeit sollen *UN - Truppen* im Land stationiert werden, die auch die Wahlen überwachen (FR 20.9.). Hinter diesen Vorschlägen steht die Auffassung der PF, daß sie durch den erfolgreichen Befreiungskampf die Kolonialmacht Großbritannien de facto abgelöst hat. Von daher ist die PF schon in der Übergangszeit an der Regierungsgewalt zu beteiligen.

#### Die weiteren Verhandlungen

Die jetzt zu diskutierenden Regelungen einer Übergangszeit stellen die eigentlichen Probleme der Konferenz in London dar.

Mir erscheinen zwei Ergebnisse möglich:

1. Es könnte ein Kompromiß zustandekommen, der innerhalb von 6 Monaten nach Konferenzende Wahlen unter UN - Aufsicht vorsieht, Sowohl die PF als auch die Parteien der ‚internen Lösung' geben sich dabei optimistisch, diese Wahlen zu gewinnen.
2. Es könnte aber am Ende auch eine zweiseitige Regelung zwischen England und Muzorewa stehen, die der jetzigen Regierung die internationale Anerkennung bringt. Dann würden auch die Wirtschaftssanktionen aufgehoben.

In diesem Fall könnte sich die gesamte Konferenz als Versuch herausstellen, die PF über unzumutbare ‚Kompromißvorschläge' in die Rolle des ‚kriegerischen Störenfrieds' in Zimbabwe zu drängen. Noch im Juli '79 sagte Premierministerin Thatcher in Australien: „Die britische Regierung ist entschlossen, das Land zurück zur Legalität mit der weitestmöglichen internationalen Anerkennung zu führen." Aber erst dann, „wenn Großbritannien weiß, wieviel andere Staaten sich ihm anschließen" (NZZ 3.7.).

Zur gleichen Zeit betonte der britische Außenminister Lord Carrington — er ist Direktor beim Minenkonzern Rio Tinto Zinc, der im südlichen Afrika große Wirtschaftsinteressen hat (Guardian 23.5,) — gegenüber dem indischen Premier Desai, daß seine Regierung die Muzorewa - Regierung für die „legitime Autorität Zimbabwe - Rhodesien hält" (Le Monde 3.7.).

Nach seinem USA- und Englandbesuch meinte denn Muzorewa auch: „Die Frage ist nicht ob, sondern wann die Sanktionen aufgehoben werden." Vor seinem Abflug nach London ergänzte er: „Die völkerrechtliche Anerkennung sei „nahe und innerhalb der nächsten 3 Monate zu erreichen oder sogar noch früher" (HB 16.7. / FR 16.7.).

Zumindest im Termin hat sich Muzorewa geirrt.

Eines aber ist sicher: im November muß daß britische Unterhaus über die Verlängerung der Sanktionen um ein weiteres Jahr eine Entscheidung treffen. Bislang scheint die konservative Mehrheit die Sanktionen aufheben zu wollen. Der weitere Konferenzverlauf wird dadurch sicher beeinflußt.

rb

# Angola

**Zum Tod von Agostinho Neto**

Agostinho Neto, der Präsident der MPLA und der VR Angola, starb am 10. September. Neto war ein großer Dichter und einer der ersten schwarzen Ärzte Angolas.

Neto wurde 1922 in einem Dorf nahe der Hauptstadt Angolas geboren. Seine Mutter war Lehrerin, sein Vater Pastor. Er zählte zu jener Handvoll Angolesen, die die Sekundarschule beenden und ein Studium in Portugal beginnen konnten. Als Angehöriger der winzigen Oberschicht der schwarzen „marginalen Kleinbourgeoisie" (Cabral), zerrissen durch den Widerspruch zwischen der Anerkennung der Fortschritte naturbeherrschender Vernunft unter dem Kapitalismus und der Sensibilität für die kulturellen und materiellen Verwüstungen, die diese vor allem in den Kolonien anrichtete, engagierte sich der junge Mediziner bald literarisch und poltisch.

Während des Studiums in Portugal, wo er in einer Jugendorganisation arbeitete, die der clandestinen PCP nahestand und mit anderen Afrikanern das „Zentrum für afrikanische Studien" gründete, wurde er zweimal ins Gefängnis gesperrt. Kaum hatte er 1960 in Angola eine Praxis eröffnet, wurde er erneut verhaftet. Eine große Protestdemonstration in der Nähe seines Heimatortes wurde brutal zerschlagen. Sie zeigte das schnell wachsende Widerstandspotential unter den Bauern und Arbeitern, das 1961 zu den großen Aufständen in Luanda, dem Baumwollzwangsanbaugebiet in Cassange und Nordangola führte. Zugleich war die Demonstration ein Hinweis darauf, daß Neto tendentiell gelungen war, worum seine Gedichte (I) u.a. kreisten: Die Verrringerung der Distanz zwischen der marginalen Kleinbourgeoisie und den schwarzen Massen im gemeinsamen antikolonialen Kampf.

Auf weltweiten Druck hin wurde Neto 1962 aus dem Gefängnis entlassen, aber zum überwachten Verbleib in Portugal gezwungen. Mit Hilfe portugisischer Oppositioneller gelang ihm jedoch bald die Flucht in den Kongo (Zaire). Damals galt Neto in Afrika als einziger Politiker, der ein Bündnis zwischen FNLA und MPLA hätte erreichen können. Sein Bemühen war indes vergebens. Ende 1962 wählte ihn die MPLA — um diese Zeit praktisch eine Exilorganisation und belastet durch ihre Konflikte — zu ihrem Präsidenten.

Die wichtigste Entscheidung unter Neto wurde die Eröffnung der Guerillafront in Ostangola, die seit der Unabhängigkeit Sambias (Ende 64) politisch vorbereitet worden war. Hier waren die geographischen, wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen des Guerillakrieges zwar ungünstiger als in Nordangola, aber derartige Verfolgung, wie sie die MPLA durch die FNLA und die Behörden des Kongo (Zaire) in Nordangola erlitten hatte, blieben hier aus. 1970 galt die MPLA als erfolgreichste antikoloniale Bewegung Angolas.

Neto mußte sich zahlreiche, widersprüchliche Etikettierungen gefallen lassen. Mal hieß man ihn einen Kommunisten und Mann Moskaus. mal Nationalisten, mal extremistisch, mal gemäßigt, mal undurchsichtig ... und im allgemeinen fixierte sich die westliche Presse auf das Orakeln um sein Verhältnis zur UdSSR.

ALTER SCHWARZER
von Agostinho Neto

Verkauft
und abtransportiert in Galeeren
ausgepeitscht durch Menschen
gelyncht in den großen Städten
ausgeraubt bis zum letzten Heller
erniedrigt bis in den Staub
immer immer besiegt

Man zwang ihn zu gehorchen
Gott und den Menschen
er verlor sich

Verlor seine Heimat
und die Vorstellung des Seins

Reduziert auf einen Lumpen
äffte man seine Gesten nach und
sein verändertes Gemüt

Alter Lumpen
Schwarzer
verloren in der Zeit
und zerteilt im Raum!

Geht er vorbei im Schurz
sein Geist gut verborgen
im Schweigen
nach innen gekrümmter Sätze
murmeln die Passanten:
Armer Neger!

Und die Dichter lassen verlauten,
daß sie seine Brüder sind.

**Abkürzungen für verwendete Quellen:**

| | | |
|---|---|---|
| AfAs | : | Afrique - Asie (Paris) |
| Afr | : | Africa (London) |
| AK | : | Arbeiterkampf (Hamburg) |
| BdW | : | Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt) |
| DWMD: | | Deutsche Welle - Monitordienst (Köln) |
| FAZ | : | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FEER | : | Far Eastern Economic Review (Hongkong) |
| FR | : | Frankfurter Rundschau) |
| Ft | : | Financial Times (London) |
| Guar | : | The Guardian (London) |
| HB | : | Handelsblatt (Düsseldorf) |
| JA | : | Jeune Afrique (Paris) |
| Lib | : | Libération (Paris) |
| LM | : | Le Monde (Paris) |
| NEUE | : | Die Neue (Berlin) |
| NfA | : | Nachrichten für Außenhandel (Köln) |
| NZZ | : | Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich) |
| SZ | : | Süddeutsche Zeitung (München) |
| TAZ | : | Die Tageszeitung (Berlin) |

Seine Reden (2) aber weisen Neto als einen Politiker aus, dessen Hauptsorge dem Aufbau einer starken Befreiungsorganisation bzw. Partei galt, d.h. der Überwindung von Konfliktquellen zwischen den Ethnien und des reaktiven Rassismus, der Integration möglichst vieler Bauern und Arbeiter in der MPLA, der Orientierung der MPLA an der gesellschaftlichen Besserstellung der Unterpriviligierten, der Entwicklung demokratischer Organisationsstrukturen und der Beschaffung von Waffen aus dem Ausland.

Die großen Schwierigkeiten des Befreiungskriegs jedoch führten dazu, daß die Popularität und manchmal sicher auch eigenmächtige Entscheidungen Netos nicht selten zum Ersatz für Organisation, Ideologie und demokratische Entscheidungsprozesse wurden — was mehr oder weniger auch auf Führer anderer Befreiungsbewegungen zutrifft.

Seine Stellung als Präsident der VR - Angola verdankte Neto in erster Linie seiner Popularität und nicht, wie oft behauptet, kubanischen Soldaten und sowjetischen Waffen. Erst als die MPLA marginalisiert, wenn nicht ausgeschaltet werden sollte, griffen Kuba und die UdSSR gegen die Koalition zwischen den beiden anderen antikolonialen Organisationen, den USA, Südafrikas und Zaire ein.

Wenn Angolesen in den letzten Jahren unter Mißständen, Ungerechtigkeiten und enttäuschten Erwartungen litten — was nahezu unausweichlich der Fall sein mußte —, so wurden die Frustrationen oft gemildert durch die Vorstellung, daß die üblen Dinge ohne Wissen des „Camarada Presidente" geschähen. In der Tat griff Neto häufig persönlich ein, um Konflikte zu schlichten, Unrecht und bürokratische Mißgriffe zu korrigieren.

Die Popularität Netos ist nicht einfach austauschbar, sie hat ihre lange Geschichte, während der er die Hoffnungen auf ein besseres Leben artikulierte, Die Glücksvorstellungen, die dieser zurückhaltend - freundliche, aber gleichwohl bestimmende Mann symbolisierte, werden weiterbestehen, aber ohne seine Integrationskraft. Sein Tod stellt die MPLA daher vor eine neue Bewährungsprobe.

**Anmerkungen:**

1. Agostinho Neto, Sagrada Esperanca, Sa'da Costa, Lissabon 1974; — Gedichte, Röderberg, Ffm., 1977; — Angola, Heilige Hoffnung, Labbe und Muta, Köln, 1976. (Die deutschen Übertragungen von „Sagrada Esperanca" sind teilweise sehr unzureichend. Die Gedichte Netos warten daher noch auf kompetente Übersetzung).
2. Neto, A., O pensamento politico do Camarada Agostinho Neto, (Sammlung der Reden Netos bis 1974), Edicao da Casa de Angola, I u. II, Lissabon, 1974 oder 1975; —, Wer ist unser Feind ... was ist unser Ziel? Einige Aspekte des nationalen Befreiungskampfes in der gegenwärtigen Phase. Universität Daressalaam, 7.2.1974, in INFO des Organisationskomitees „Freiheit für Angola, Guinea - Bissau und Mozambik, Bonn", Nr. 17, Okt. 1974; —, Vamos defender a nossa revolucao, in Diario de Luanda, 26.8.1976; —, O trabalho e a base de toda Construcao Socialista, 17.7.1976, Documentacao, Diario de Luanda No. 4

Bettina Decke, aus Informationsdienst südl. Afrika Nr. 9, Sept. 79

# TANSANIA

# Praxiserfahrungen aus der Arbeit als Entwicklungshelfer

**Praxiserfahrungen aus der Arbeit als Entwicklungshelfer in Tansania**

Weil viele als Alternative zu der unbefriedigenden beruflichen Situation hier an einer Arbeit in der 3. Welt interessiert sind, wollen wir in diesem Bericht unsere Arbeit als Entwicklungshelfer in Tansania darstellen.
Dabei geht es nicht um eine theoretische Analyse (in vielen Veröffentlichungen nachzulesen (1)), sondern um die konkrete Beschreibung der Probleme und Schwierigkeiten, mit denen wir uns tagtäglich auseinanderzusetzen hatten, und der Konsequenzen, die wir daraus gezogen haben.

**Überlegungen vor unserer Ausreise**

Zum einen hatten wir die Erwartung, daß eine Pause vom BRD-Alltag uns guttut, zum anderen, daß wir als Ingenieure in der 3. Welt direkter politisch tätig sein könnten. Ein wichtiger Aspekt bei dieser Form des Arbeitens isi z. B., daß technische Planung und Ausführung danach bewertet werden, inwieweit sie zur Überwindung der Abhängigkeit und der Folgen des Kolonialismus beitragen.
Die politischen Absichten Tansanias haben diesen Anspruch. So wird unter anderem die Anwendung westlicher Planung und Technik bei Entwicklungsprojekten hinterfragt. Es existieren staatliche Einrichtungen, die angepaßte Technologien entwickeln und traditionelle handwerkliche Produktion für Gebrauchsgüter organisieren und unterstützen. Das war mit der Grund, daß wir uns über den Deutschen Entwicklungsdienst zu einer Tätigkeit in einer Baubehörde in Tansania vermitteln ließen.

**Die „Gastarbeiter"**

Wir waren somit zwei der fast 5 000 ausländischen Experten, die größtenteils in staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen arbeiteten und von entsprechenden Ministerien verwaltet wurden. Die Zuteilung unseres künftigen Arbeitsplatzes durch das Ministerium nach unserer Ankunft im Juni 1977 kann verallgemeinert werden: So bestanden bei den tansanischen Behörden keine konkreten Vorstellungen, für welche Aufgaben ausländische Fachkräfte eingesetzt werden können. In vielen Fällen waren auch der direkte Vorgesetzte und die Mitarbeiter am Projektplatz nicht informiert, daß ihnen ein Experte zugeteilt worden war, und stellten somit auch keine Forderungen. Deshalb bleibt einem die Einarbeitung selbst überlassen, und es ist sehr mühsam, überhaupt Einblick in die Verteilung der Kompetenzen, organisatorischen Gepflogenheiten und Möglichkeiten zu bekommen. Viele Experten arbeiten somit orientierungslos, legen ihre Tätigkeit selbst fest, und es wird ihnen kaum von den tansanischen Vorgesetzten Rechenschaft über ihre Tätigkeit abverlangt. Die Tätigkeit vieler ausländischer Experten bleibt wirkungslos. Die meisten halten ihren Vertrag nur aus finanziellen Erwägungen aufrecht, denn westliche Experten verdienen dreimal so viel wie Tansanier in gleicher Stellung und haben einen Lebensstandard, der die Tansanier vor Neid erblassen läßt. Sie stellen sogar eher eine Belastung für das Land dar, weil sie Wohnungen und Arbeitseinrichtungen in Anspruch nehmen, die anderweitig besser genutzt werden könnten. Darüber hinaus verleiten sie ihre tansanischen Kollegen zur beruflichen Gleichgültigkeit.
Der Anspruch und die Forderung an die tansanische „berufliche Elite", möglichst eigenständig zu planen, zu organisieren und auszuführen, verflacht. Durch das Überangebot an ausländischen Experten bewältigen diese den größten Teil technischer und wissenschaftlicher Arbeit und Projekte. Das bedeutet, daß es für tansanische Ärzte, Ingenieure, Techniker und sonstige Personen in verantwortlichen Stellungen keine fachliche Herausforderung gibt. Die meisten tansanischen Fachkräfte ziehen sich auf Verwaltungsaufgaben zurück. Das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft kann deshalb für die berufliche Elite in Tansania keine Bedeutung gewinnen und verhindert entscheidend, die Abhängigkeit abzubauen.

**Die Arbeit**

Wir wurden in einer Stadtverwaltung eingesetzt (Morogoro und Mtwara) und waren verantwortlich für die Bauabteilung.
Unser Einsatz war so begründet:
Solange es an tansanischen Fachkräften mangelt, werden zur Überbrückung in solchen behördlichen Positionen Entwicklungshelfer eingesetzt.
Uns war ein Baubetrieb unterstellt, der öffentliche Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Markthallen, Straßen und Entwässerungsanlagen) zu bauen und instandzuhalten hatte, dazu die Planungs- und Genehmigungsabteilung, die dem Gemeinderat rechenschaftspflichtig untergeordnet war.
Unsere Kollegen waren Verwaltungsangestellte, Arbeiter, Vertreter der Parteien und Vertrauensleute aus den Stadtteilen und Mitglieder des Gemeinderates und der Fachausschüsse wie Bildung, Gesundheit, Planen und Bauen.
Die tansanischen Mitglieder der Fachausschüsse gaben nur flüchtige Hinweise, wie die Verwaltungspraxis gehandhabt wurde und worauf sich die Bauabteilung entsprechend den Beschlüssen des Gemeinderates und den Finanzen zu orientieren hatte.
Den Kollegen Arbeitern wurden wir als neuer Chef vorgestellt, und diese warteten nun auf neue Anweisungen. So war das Naheliegendste, begonnene Bauprojekte weiterzuführen und sich mit dem Baubetrieb und der Verwaltung vertraut zu machen.
Arbeit gab es genug: Ein ungewöhnlich schlechter Zustand der Straßen und Entwässerungsanlagen, was zu ständigen Überschwemmungen während der Regenzeit führte. Bauvorhaben wie Schulen, Markthallen und Werkstätten, bei denen

sich die Fertigstellung über Jahre hinzog, unüberschaubare Material- und Geräteverwaltung mit ständig wechselnden Verantwortlichen und unübersichtliche Arbeitsgruppen.

Es war weniger schwierig, sich einen Überblick zu verschaffen, was vorrangig an Bauaufgaben zu bewältigen war und wie dies mit den zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Mitteln verwirklicht werden könnte. Auch dafür die Zustimmung von Vorgesetzten und Gremien wie Bauausschuß und Gemeinderat zu bekommen, war nicht das Problem.
Jedoch der verwaltungsmäßige Aufwand, um überhaupt mit den Projekten beginnen zu können, hat uns so beansprucht, daß jede fachliche Tätigkeit dabei unterging. Oft hatten wir die Genehmigung und die Finanzen, um Material einzukaufen, doch der Antrag für Transport und Kraftstoff wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt bewilligt. Das Material war dann längst vergriffen. Oder auch, wenn wir uns drei Tage lang total aufgerieben hatten, alles Notwendige für die Beschaffung von Zement zu organisieren, dann war zunächst das Wesentliche, daß auf den Baustellen überhaupt weitergebaut werden konnte. Um den Arbeitern auch noch den sparsamen Gebrauch von Zement und nützliche Arbeitstechniken zu vermitteln, waren wir zu stark ausgelaugt.



Die tansanischen Verwaltungsangestellten zeigten wenig Problembewußtsein und Interesse für einen funktionierenden Arbeitsablauf auf der Baustelle. So waren die Verschleppung von Materialbestellungen, die Verzögerungen von Lohnauszahlungen und unüberschaubare Finanzverwaltung Gründe, daß die Projekte immer wieder eingestellt wurden. Das hatte besonders Auswirkungen auf die Arbeiter:
Da sie nur selten einen reibungslosen Arbeitsablauf erlebten, herrschte Gleichgültigkeit und wenig Verantwortungsbereitschaft. Dieser Situation ist man anfangs ausgeliefert. Es ist schwierig, den tansanischen Kollegen zu vermitteln, daß derartige Probleme nicht mit Geld, Ausrüstung oder zusätzlichen Fachkräften zu lösen sind. Und es widerstrebt einem auch, in einer Art Einzelkämpferhaltung diese Mißstände, fast ohne Unterstützung der tansanischen Kollegen, zu überwinden, so unter dem Anstrich, als „Weißer" die Dinge zum Laufen zu bringen. Die Auseinandersetzung darüber mit der Verwaltung und den Vorgesetzten brachte keine Änderung, obwohl es einfach war, die Verantwortung des Gemeinderates damit in Verbindung zu bringen: Verzögerung und Kostensteigerung von Projekten, der schlechte Zustand von den Straßen und den öffentlichen Einrichtungen. Die Verwaltung war unangreifbar. Die Mißstände wurden stets den Arbeitern angelastet mit der Begründung, sie hätten keine Arbeitsdisziplin. Wie man vorhandenes Potential, so an Maschinen, Material, Finanzen und Arbeitskräften nicht brach liegen läßt, haben die Beamten und ihre Vorgesetzten kaum problematisiert. Bei den Arbeitern war es anders. Sie waren tagtäglich mit solchen Problemen konfrontiert und oft genug über die Arroganz und Unbekümmertheit ihrer Kollegen am Schreibtisch verärgert. Sie zeigten wesentlich mehr Bereitschaft, solche Mißstände auszugleichen. Sie hatten jedoch nur sehr wenig Überblick über die zu bewältigenden Arbeiten, deren Sinn und Zweck. Zudem waren sie meist nur kurzfristige Arbeitsanweisungen von ihren Vorgesetzten gewohnt.
Die Vorgesetzten und vor allem der Inspektor wollten dadurch den Arbeitern die Kontrolle über ihre eigenen Schiebereien entziehen. Sie eigneten sich gegebenenfalls Material, Transporte und Arbeitsgeräte an, ja ganze Arbeitsgruppen wurden zu privaten Arbeiten abgezogen, falls keine Tätigkeitskontrolle im Betrieb praktiziert wurde. Bei bevorstehenden Einstellungen boten sie Arbeitssuchenden gegen Entgelt ihren Einfluß an und versuchten, viele ihrer Verwandten als Zeitarbeiter unterzubringen. Dieser Zustand war allgemein bekannt, und viele der Arbeiter waren hierüber sehr verärgert. Die Möglichkeiten über das „Workers Committee", ihre Vertretung in Verwaltung und Partei, daran etwas zu ändern, scheiterte oft, denn das führende Gremium eines staatlichen Betriebes hat ähnliche Funktionen in der Partei. Versuche von uns, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeitsgruppen selbstorganisatorisch und verantwortlich arbeiteten, schlugen fehl. Z. B.



sollten Vorarbeiter in einer Art Komitee die langfristigen Arbeitsvorbereitungen selbst festlegen, oder es wurden Arbeitsgruppen gebildet, deren Arbeit über einen längeren Zeitraum vorbereitet und eigenständig erledigt werden sollte. Solche Vorstellungen lehnten der Inspektor und die Vorarbeiter ab, und die Arbeiter waren nicht sicher, ob sie es sich leisten konnten, sich einfach über deren Haltung hinwegzusetzen. Letztendlich war allen klar, daß unsere Zeit als Vorgesetzte begrenzt ist und es auf die Dauer von größerer Bedeutung war, sich mit den tansanischen Vorgesetzten gutzustellen.

Ohne die Auseinandersetzung mit den tansanischen Kollegen und nur mit den Ideen und Initiativen, etwas zu verbessern, hat ein Entwicklungshelfer wenig Spielraum. Oder anders ausgedrückt: ohne daß man als Entwicklungshelfer von Tansaniern herausgefordert wird, etwas zu verbessern oder auch nur gute Arbeit zu leisten, hat solch eine Tätigkeit für die Entwicklung des Landes keine Bedeutung.



**Wie werden diese Problem in der tanzanischen Politik aufgegriffen?**

Das politische Programm Tanzanias hat gerade darin eine Bedeutung einmal aufzuzeigen das es solche Probleme gibt und zum Zweiten wie diese zu überwinden sind.

Das geringe gesellschaftliche Bewußtsein der Verwaltungsangestellten ist ein Erbe des Kolonialismus. Während der Kolonialzeit haben die Engländer ihre Verwaltungsstruktur so gegliedert, daß den afrikanischen Verwaltungsangestellten jeglicher Überblick über ihre Tätigkeit genommen wurde. Somit sicherte die Kolonialverwaltung sich ab, daß Tansanier keinerlei Einfluß auf Beschlüsse und Anweisungen ihrer englischen Vorgesetzten hatten. Nach der Unabhängigkeit 1962 wurden unter dem Stichwort „Afrikanisierung" während drei Jahren von den englischen Verwaltungsoffizieren afrikanische Lehrer für solche Tätigkeiten ausgebildet.

Es waren Lehrer, die aus von Engländern privilegierten Volksgruppen stammten, da sich dort auch die meisten Bildungseinrichtungen und Missionsstationen konzentrieren. So hat sich durch diese „Afrikanisierung" an der kolonialen Struktur kaum etwas geändert. Noch heute ist die Autorität eines Verwaltungsoffiziers kaum in Frage gestellt. Die offizielle tansanische Politik hat diese Tatsache problematisiert:

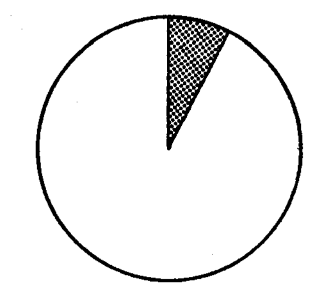
Das Übergewicht einer Volksgruppe und die damit verbundene Vetternwirtschaft; das geringe gesellschaftliche Bewußtsein der Verwaltungsangestellten und deren fehlendes Engagement für die Lösung der Probleme des Landes. Die Regelung, daß kein Verwaltungsangestellter länger als drei Jahre an einem Ort arbeiten darf, sollte die Vetternwirtschaft bekämpfen; zudem bewirkt man durch diesen ständigen Personalwechsel, daß traditionelle Gegensätze der Volksgruppen, auf die sich hauptsächlich die Kolonialverwaltung stützte, mehr und mehr in den Hintergrund treten. Der Arroganz der Beamten gegenüber körperlicher Tätigkeit soll durch die Pflicht, am Bau von Gemeinschaftseinrichtungen praktisch mitzuarbeiten, entgegengewirkt werden. Außerdem soll die Partei durch Vertrauensleute in den Abteilungen kontrollieren, ob die Leitung eines Betriebes den politischen Zielen entspricht. Um „die Kontrolle von unten" wirksam werden zu lassen, stehen Arbeitern und Angestellten in den staatlichen Betrieben drei Stunden in der Woche zu, in denen sie politisch geschult und weitergebildet werden. Doch all diese Ansätze haben inzwischen an Bedeutung verloren. Die Mitglieder der Leitungsgremien staatlicher Betriebe haben meist ähnliche Posten innerhalb der Partei, und somit ist die Kontrolle über die Betriebe eigentlich nicht gegeben. Die praktische Tätigkeit an Gemeinschaftseinrichtungen kann durch Geldbeträge abgegolten werden, und die „Kontrolle von unten" (durch die Komitees) findet nicht statt.

Die meisten der gewählten Vertrauensleute der Arbeiter sind sehr obrigkeitshörig und sehen ihre Wahl auch als Möglichkeit an, um ihre gesicherte Stellung in staatlichen Betrieben auszubauen bzw. zumindest nicht zu gefährden. So werden Konflikte mit Vorgesetzten vermieden, zumal keine Rückendeckung von der Partei zu erwarten ist. Ein Vorgesetzter im Betrieb hat entsprechend mehr Einfluß in der Partei. Wieweit die Belegschaft eines Betriebes politisch aktiv ist und ob ihr ihre Rechte zugestanden werden, hängt von der Haltung ihres Vorgesetzten ab. Es ist auch nachvollziehbar, daß von den Arbeitern nur wenig Initiative zu erwarten ist. Abgesehen davon, daß der gesetzliche Mindestlohn zur Existenzsicherung nicht ausreicht und jeder einzelne neben der Lohnarbeit mit Landwirtschaft, Hausbau und der Beteiligung am Bau von Gemeinschaftseinrichtungen beschäftigt ist, verhindert die unterschiedliche Stellung von Arbeitern und Angestellten das politische Engagement im Betrieb. So beträgt das Verhältnis von Festangestellten zu Zeitarbeitern 1 : 10. Während einem Festangestellten Rechte wie Kündigungsschutz, Urlaub und Soziales zustehen, ist den Zeitarbeitern, den Tagelöhnern lediglich der Lohn gesetzlich abgesichert. Durch diese Regelung wird versucht, das geringe Potential der Lohnarbeit zu verteilen, um vielen die Gelegenheit zu geben, wenigstens über ein paar Wochen im Jahr Geld verdienen zu können. Hat aber ein Tagelöhner länger als 3 Monate gearbeitet, so hat er Recht auf Festeinstellung. Jedoch werden in Dreimonatsabständen alle Zeitarbeiter gekündigt und nach einer Woche wieder eingestellt. Dies stellt einen großen Verwaltungsaufwand dar, und die Produktion liegt oft über zwei Wochen brach, bis die Arbeit wieder aufgenommen ist. Zudem findet ein wirklicher Austausch der Arbeiter kaum statt. Man braucht die erfahrenen Arbeitsgruppen. Diese werden, da sie das ganze Jahr über arbeiten, regelrecht um die ihnen zustehenden Leistungen betrogen. Trotz provozierender Arbeitsbedingungen, Verschleppung der Lohnauszahlungen, Verweigerung von Überstundenzahlungen wehren sich viele

nicht, falls nicht von offizieller Seite (Partei, Gewerkschaften) für die Tagelöhner etwas getan wird.
Bei der Beurteilung der sogenannten Arbeitsmoral der Tansanier muß man besonders die unumgängliche Beanspruchung außerhalb der Lohnarbeit berücksichtigen. Selbstversorgung und die kollektive Arbeit für Gemeinschaftseinrichtungen sind das wesentliche Element der täglichen Arbeit, um über die Runden zu kommen. Die offizielle Politik hat auch den Anspruch, diese Selbstversorgung (self-reliance) in allen Bereichen mitzuorganisieren und zu unterstützen. Sei es durch Kampagnen und Aufklärung für landwirtschaftlichen Anbau, Ernährung und Wohnen, oder daß in allen staatlichen Einrichtungen Arbeiter und Angestellte aufgefordert werden, Kooperativen für alle notwendigen Bereiche zu gründen und selbst zu verwalten (Werkstätten, Landwirtschaft, Handel). Wichtigste Stütze zur Durchsetzung dieser Politik sind die Parteizellen. So ist ein Stadtteil in in sogenannten Zehnhäuserzellen aufgeteilt. Jede Zelle stellt einen gewählten Verantwortlichen, der gleichzeitig die Partei vertritt. Über diese Struktur wird das politische Leben geregelt: Kommunale Entscheidungen, Aufklärung, Politisierung und die kollektive Arbeit für Gemeinschaftseinrichtungen. Doch hatten wir in den Städten den Eindruck, daß die Politik der self-reliance weniger Bedeutung hat; die Anstrengungen sind nicht sehr groß, die Bevölkerung über die kollektive Arbeit zu politisieren und um sie aus der Vereinzelung ihres Existenzkampfes herauszuführen. So wurde landwirtschaftlicher Anbau sehr individuell betrieben, und die Beteiligung an den bestehenden Kooperativen ist nicht sehr groß. Bei den Selbsthilfeaktionen, z.B. für Schulen, und auch bei den Aufklärungskampagnen, hat es oft den Anschein, es ginge den politisch Verantwortlichen hauptsächlich darum, einen Bericht an die nächsthöhere Parteiinstanz schreiben zu können. In den ländlichen Gebieten ist es nicht so, wie oben geschildert; die Politik der self-reliance wird dort konsequenter verwirklicht. Warum das so ist, wird in einer soziologischen Studie erklärt: Der städtischen Bevölkerung sind die Probleme im Heimatdorf und der Volksgruppe wichtiger. Die meisten stehen dem gesellschaftlich-politischen Leben der Städte gleichgültig gegenüber.

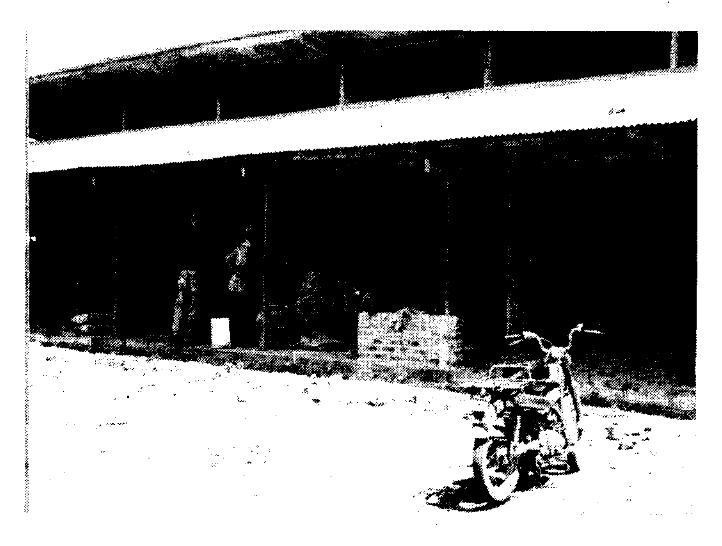
Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung

7 %



**Neueste Tendenzen der Politik**

Die offizielle tansanische Politik hatte der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Gebiete bisher wesentlich mehr Bedeutung zukommen lassen. Die Entwicklung der Städte wurde als zweitrangig betrachtet. So war die Stadtverwaltung das letzte Glied der Verwaltungsstruktur einer Region. Seit Juni 1978 hat sich das geändert. Die Städte haben eine eigene Verwaltung, ähnlich wie sie in der Kolonialzeit praktiziert wurde. Gegenwärtig ist der Ausbau der städtischen Infrakstruktur eines der Hauptziele der künftigen Entwicklung Tansanias. So werden die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Industrien (Tourismus auch) – private, halbstaatliche und staatliche – entstehen. Ohne ausländische Investition oder Investition mit privatem Charakter ist Tansania nur in der Lage, gerade noch den bestehenden Zustand von Dienstleistungen, Infrastruktur, Produktion und Versorgung aufrechtzuerhalten. Doch auch nur dann, wenn die Grundlage der Politik der self-reliance in allen Betrieben Fortschritte machen würde. Da die eingenständige Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist, drängt die gegenwärtige Politik Tansanias dieses Ziel in den Hintergrund.
In vielen Bereichen läßt sich dies feststellen: So war als ein wesentlicher Teil der Eigenständigkeit angestrebt worden, daß Gebrauchsgüter dezentral auf der Grundlage des bestehenden Handwerks hergestellt und verteilt werden. Eine eigens dafür eingerichtete staatliche Institution fördert und betreut Handwerkskooperativen und berät sie in betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen.
Doch nimmt als Folge der gegenwärtigen Politik der Anteil der industriell in Tansania hergestellten Gebrauchsgüter (Schuhe, Kleider, Plastikwaren für den Haushalt) immer mehr zu und bringt bestehende Kooperativen in Schwierigkeiten.



*Von der Stadtverwaltung (Morogoro 1978) erstellte Werkstätte für Schuhmacher-Kollektive- 2 Km entfernt entsteht mittels bulgarischer Entwicklungshilfe die größte Leder und Schuhfabrik Tansanias.*

Auch gibt es umgekehrte Beispiele:
Nach der Fertigstellung von modernen Verarbeitungsanlagen für Baumwolle und Leder in einem industriellen Zentrum können diese nur mit halber Kapazität arbeiten. Das bestehende Verkehrsnetz und die geringe Transportkapazität lassen es nicht zu, daß aus allen Regionen des Landes Rohmaterial zu den Zentren der Verarbeitung angeliefert werden kann. Planungsgrundlage für die Anlagen waren die Rohmaterialvorkommen in ganz Tansania.
Als Ingenieuren ist uns aufgefallen, daß bei der Stadtplanung die Selbstversorgung gar nicht berücksichtigt wird. Bei den tansanischen Bebauungsplänen sind z. B. die Gebiete für die landwirtschaftliche Nutzung weit entfernt von Wohn- und Gewerbegebieten ausgewiesen. Wenig wird darauf geachtet, daß möglichst auf ein öffentliches Nahverkehrssystem verzichtet werden kann und Gebiete für die Einfachbauweise (Selbstbau) so gelegen sind, daß Erschließung und Abwassersysteme ohne großen Aufwand möglich sind.

Die gegenwärtig benutzten Stadt- und Regionalpläne werden, wenn so verwirklicht, der Bevölkerung in den Städten das Leben erschweren, und die Kosten für die geplante Infrastruktur sind hoch.
Diese Stadt- und Regionalpläne sind ein Beispiel für die Unzulänglichkeit ausländischer Expertenarbeit. Eine kana-

dische Ingenieurgesellschaft ist beauftragt worden, Planungsgrundlagen für die Regionen und Städte aufzustellen. Luftbilder und einige Statistiken waren wohl die einzige Grundlage; und man sagt, ganze 14 Tage hätten sich die Kanadier im Land aufgehalten. Trotz alledem ist die mit Hochglanzpapier, vielen Farben und Photos gedruckte Studie Arbeitsgrundlage der tansanischen Gemeinden und Stadträte. „Besser als nichts" sagen die tansanischen Planer und weisen auf die Fragwürdigkeit dieser Studie hin. Doch fehlt es an Möglichkeiten, durch Arbeitsmittel, Fachkräfte und Geld dem etwas entgegenzusetzen.

**Verständigungsschwierigkeiten**

Trotz unserem angelesenen Wissen über die tansanische Gesellschaft brauchten wir sehr lange, um mit unserem Arbeitsalltag zurechtzukommen.
Ein Grund für viele Fehlinterpretationen des Verhaltens tansanischer Kollegen war, daß wir bei der Lösung von Alltagsproblemen auf Konfrontation gehen, während die traditionelle afrikanische Umgangsform dies vermeidet. D. h. Gegensätze werden so lange diskutiert, bis sie eine für alle befriedigende Einigung ermöglichen.
Z. B. haben wir Kampfabstimmungen in den Stadtparlamenten nie beobachten können. Wenn nach einiger Zeit der Debatte der Parteisekretär den Inhalt zusammenfaßt, so gibt es keinen Widerspruch. Auch kann nur durch das höchste Parteigremium jemand auf Grund von beruflichem Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden.
Weniger Sprachschwierigkeiten als vielmehr unterschiedliche Auffassungen verhinderten die Verständigung: daß einem als Weißem von vorherein alle möglichen Fähigkeiten zugeschrieben werden, daß man sich voll und ganz mit dem Gesellschaftssystem des Heimatlandes identifiziert, daß das Konsumangebot in den Industrieländern als Vorbild für gesellschaftlichen Fortschritt und Reichtum gilt.
Daß es gesellschaftliche und soziale Probleme in den Industrieländern gibt, ist für die Tansanier unvorstellbar. Deshalb ist die eigene politische Anschauung und sind auch die Gründe für das Eintreten des politischen Programms Tansanias kaum zu vermitteln.
Hinter der Kontaktfreudigkeit von Tansaniern zu Europäern steht oft der Wunsch, darüber Konsumgüter „Made in Europe" zu erwerben. Berufliches und politisches Interesse sind bei den Kontakten zweitrangig. So wird man um alle möglichen Dinge gebeten:
Uhren und Bluejeans sind die Hauptrenner, aber auch Schuhe, Kassettenrecorder, Maurerkellen und Wasserwaagen „Made in Germany" sind gefragt. Das fängt bei den Kollegen im Büro an und hört bei den Tagelöhnern auf. Jeder versucht, die Gelegenheit auszunützen, ein Stück Wohlstand zu ergattern, koste es was es wolle.
Der Entwicklungshelfer wird so zu einem personifizierten Werbeträger der Industriestaaten und trägt unbewußt dazu bei, einen Begriff von Entwicklung zu vermitteln, der sich am Standard der industrialisierten Länder orientiert.
An diesen Tatsachen ändert auch die Haltung und das politische Verständnis des Entwicklungshelfers nichts.

**Zusammenfassung und Konsequenzen**

Die personelle Entwicklungshilfe in Tansania, unter der die Tätigkeit von Experten und „Freiwilligendiensten" (DED) in den staatlichen Institutionen verstanden wird, ist ein Beispiel, wie vorhandene Möglichkeiten für eine eigenständige Entwicklung verkannt werden können. Durch das Überangebot von Fachkräften aus den Industrieländern im Rahmen der Entwicklungshilfe kann sich die fachliche und politische Elite einer Herausforderung entziehen.
Für einige Entwicklungshelfer war dies der Grund, ihren Arbeitsvertrag vorzeitig zu kündigen.
Dies ist berechtigt. Denn solange keine Ansprüche und Zielvorstellungen an die Arbeit von ausländischen Experten und Entwicklungshelfern gestellt werden, besteht auch keine Möglichkeit der Veränderung.
Die Probleme der 3. Welt politisch zu verstehen, bedeutet: Daß man seinen möglichen Beitrag nicht mit dem eines Missionars verwechselt, d. h. karitativ an Einzelheiten sich verliert und über die gesellschaftlichen Zusammenhänge tagtäglicher Probleme hinwegsieht.
Auf der anderen Seite war für uns die Tätigkeit von großem Wert. Denn zum ersten Mal konnten wir als Ingenieure umfassender arbeiten und unsere politische Einstellung dazu einsetzen, wie man etwas plant, organisiert, ausführt und vermittelt.
Dies ist eine große Erfahrung, vergleicht man die Bedingungen, unter denen man als Techniker in der BRD arbeitet.
Von vielen Entwicklungshelfern wird immer wieder auf die persönliche Bedeutung eines solchen Aufenthaltes hingewiesen. Abgesehen von einer Menge Erlebnisse dort, ist jedoch die Herausforderung auf der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene sehr gering. Man hat als Weißer einen Sonderstatus und Gründe, sich aus allem herauszuhalten.
Viele erholen sich durch die hohe Bewertung ihrer Person und Stellung von den Schwierigkeiten, die sie in der BRD haben.
Doch veranschaulicht solch ein Aufenthalt, wie vielschichtig Imperialismus und Kolonialismus tagtäglich in den Ländern in Erscheinung treten.
D. h. für uns und andere Entwicklungshelferkollegen gilt daher, daß eine antiimperialistische Öffentlichkeits- und Solidaritäsarbeit in der BRD der wichtigste Beitrag der Unterstützung der 3. Welt ist.
Insbesondere jegliche Form der Hilfe für die Befreiungsbewegungen und auch der direkte Einsatz in allen lebensnotwendigen Bereichen gerade in den Gebieten, deren Entwicklung durch die Befreiungskämpfe behindert ist (Mozambique und Nicaragua z. B.), ist wichtig. Gerade dort wird von westlichen Industrieländern keine Hilfe geleistet.

V.K. u. B.W.

# SÜDAFRIKA

## „Für uns schwarze Frauen hat die Ehe keinen Wert"

*Seit 1960 läuft die Zwangsumsiedlung von Schwarzafrikanern (71,2 % der südafrikanischen Bevölkerung) in Homelands, die einmal 13 % des Territoriums umfassen sollen. Da es dort aber kaum Arbeitsmöglichkeiten gibt, leben sehr viele Familienväter in den als weiß erklärten Gebieten. Ihre Frauen und Kinder können sie nicht nachkommen lassen, weil die Aufenthaltserlaubnis von einem Arbeitsverhältnis abhängig ist. Selbst wenn die Frau ihren Mann nur besuchen will, braucht sie dazu die Erlaubnis des örtlichen Kommissars, weil sich Schwarze ohne behördliche Genehmigung nicht in weißen Gebieten aufhalten dürfen. So werden die schwarzen Familien von den Weißen systematisch auseinandergerissen und zerstört.*
*Zu der besonderen Situation der Frauen in Südafrika s. ,blätter' Nr. 76, S. 18 ff. Weitere Informationen gibt es von der Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, 5300 Bonn.*

*Red.*

**Bericht einer Südafrikanerin:**

„Die Ehe hat für uns schwarze Frauen keinen Wert. Wir sind in der Falle. Männer in den Städten haben ihre Freundinnen und Geld, während wir es zu Hause mit leeren Taschen und leeren Versprechungen aushalten müssen. Wir fühlen uns verlassen. Wir fühlen uns einsam an diesem trostlosen Ort, wo so viele unserer Männer weggehen müssen, um Arbeit zu finden, und das ganze Jahr, manchmal viele Jahre, weg sind. Unsere Männer tun uns leid, Wir wissen, warum sie sich Stadtmädchen nehmen müssen – Männer sind Männer –, und wir wissen auch, warum sie wollen, daß wir hier bleiben: um das Haus für sie zu hüten und einen Platz für ihre Kinder zu haben, denn wir haben kein Recht, in den Städten zu wohnen. Unsere Männer müssen so lange sie können in Kapstadt schuften, aber es gibt dort keine Sicherheit für sie.

Wir wollen erzählen, was manchmal mit uns geschieht, obwohl wir nichts davon hören wollen und nicht davon sprechen mögen, weil es Unrecht ist und weil es schmerzlich, sehr schmerzlich ist, wie wir gezwungen werden, unsere Ehemänner anderen Frauen zu geben, manchmal sogar unseren eigenen Schwestern.

Das geschieht so. Ich höre viele Monate lang nichts von meinem Mann. Es kommt kein Geld mehr, auch wenn ich danach schreie, kommt nichts. Meine Kinder haben Hunger. Ich habe Hunger. Kein Essen. Kein Geld. Meine Nachbarn borgen mir Geld, damit ich nach Kapstadt fahren kann, um meinen Mann zu suchen. Es ist ein langer Weg. Ich bin müde. Ich bin hungrig. Man zeigt mir den Platz, wo mein Mann lebt. Es ist ein Männerwohnheim, ein großes graues Gebäude. Viele, viele Männer, aber auch viele Frauen und Kinder.

Ich halte meine Kinder fest. Ich suche nach meinem Mann. Sein Bruder kommt zu mir. Mein Mann lebt jetzt woanders, wird mir gesagt, aber manchmal kommt er hierher. Seine Sachen sind noch hier, aber sein Bett wird von anderen benutzt. Ich schlafe auf dem Boden, bis mein Mann kommt. Er freut sich nicht, als er mich sieht. Er ist ärgerlich, verlegen, er sieht weg, aber schließlich erzählt er mir über diese andere Frau. Sie ist eine Hausgehilfin, die einen Raum im Haus ihrer Herrschaften hat. Sie hat „Rechte" in Kapstadt.

Es kommt mir in den Sinn, daß es diese Frau ist, die das Geld aufgegessen hat, das mein Mann für mich und unsere Kinder hätte schicken sollen. Sie ist jetzt wohlgenährt und attraktiv. Ich bin abgemagert und häßlich in den Augen meines Mannes. Ich bin eine Last für meinen eigenen Mann geworden. Ich bin schwach, und er könnte mich mitnehmen, aber er tut es nicht. Er geht. Er geht zurück zu dieser anderen Frau. Das ist so schmerzhaft. So grausam. Ich kann nicht nach Hause zurückgehen und den Leuten in die Augen sehen. Ich habe nichts. Ich kam in die Stadt, weil ich Geld für den Haushalt meines Mannes brauchte, und jetzt habe ich kein Geld und keine Wohnung. Seine Brüder und andere Männer aus dem Wohnheim müssen mir helfen. Sie geben mir sein Bett. Es steht im gleichen Raum, wo ihre Betten sind. Sie leihen mir 10 Rand, damit ich Lebensmittel kaufen kann. Wenn ich sie für mehr verkaufe, kann ich den Gewinn behalten. Aber das ist sehr wenig. Ich brauche Unterstützung. Ich bin gezwungen, mich mit Männern einzulassen, die mir 5 Rand geben.
Und so werde ich eine „Stadtfrau" für die Brüder meines Mannes. Aber sie sind verheiratet. Ich kenne ihre Frauen. Ich kann gar nicht daran denken, was sie zu Hause sagen würden. Es ist alles so schmerzend.
Die Männerwohnheime werden immer nachts von der Polizei und Regierungsbeamten durchsucht. Frauen wie ich werden festgenommen, wenn wir nicht Geld bei uns haben und zahlen, oder vielleicht, wenn ich ein Baby auf dem Rücken habe, bin ich sicher. Und so muß ich ein Baby an der Brust haben oder in meinem Bauch. Aber wenn das geschieht, weiß ich, daß ich keine Chance mehr habe, meinen Mann zurückzubekommen. Das ist unwiderruflich das Ende." (epd)

**Tagungshinweise**

„Selbstherstellung von audiovisuellen Basismedien", 23.—25. November 1979, München, Veranstalter/Anmeldung bei Audiovisuelles Zentrum (avz), Pariserstraße 7, 8000 München 80, THl. 089/4484808

„Theologie der Befreiung", 15.—18.11.79, in der Ev. Studentengemeinde, 59 Siegen, Burgstr. 20, Tel. 0271-51237 und 54260

Fortbildungsseminar „Dritte Welt", 16.—18.11.79, im Eiren-Zentrum, Engerserstr. 74b, 5450 Neuwied 1, Tel. 02631-22011

Einführendes Seminar „Die Dritte Welt", 19.—24.11.79, im Jugendhof Vlotho, 4973 Vlotho, Postfach 1763, Tel. 05733-5063
„Dritte Welt in schulischer und außerschulischer Bildung", 16.—18.11.79, Jugendhof Vlotho (s.o.)

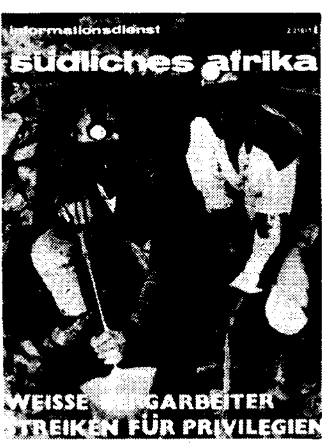
„Möglichkeiten der Vermittlung entwicklungsbezogener Inhalte im Unterricht", 10./20.11.1979, im Pädagogischen Institut der Evang. Kirche von Westfalen, Haus Villigst, Iserlohnerstr. 25, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304-7161
„Die Menschenrechtsdiskussion in Asien", 3.—5.12.1979, im Pädagogischen Institut ... (s.o.)

„Wie schwarz ist Gott in Afrika" (Authentische Theologie afrikanischer Christen), 23.—25.11.1979, in Melle. Anmeldung und Information bei AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn, Tel. 02221-234021 oder ESG, Kniebisstraße 29, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711-281034/35







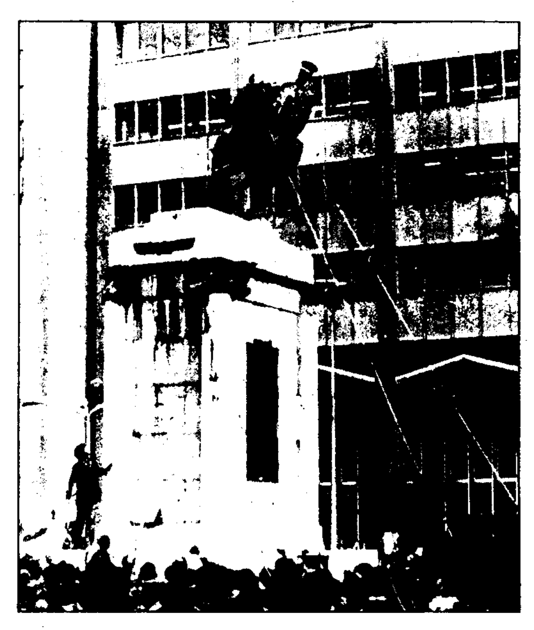
# LESERBRIEF

**Putsche auch in der Afghanistan-Berichterstattung des iz3w?**
Anmerkungen des „Chronisten" zu einem Leserbrief und einem Reisebericht

Nachdem dreimal in den „blättern des iz3w" mit gewisser Sympathie von der Khalq-Regierung berichtet worden war (Nr. 70, S. 8; Nr. 76, S. 11; Nr. 77, S. 11) wurde in Nr. 78, S. 19 zunächst ein kritischer Leserbrief dazu veröffentlicht, in Nr. 79, S. 47—53 folgte ein längerer Reisebericht, der in seinen reaktionären Aussagen an die Qualität der BUNTEN heranreicht. Woher dieser Umschwung?
Ursache ist, daß man sich auch innerhalb des iz3w in der Einschätzung uneinig ist. Und ein längerer Auslandsaufenthalt der beiden bisherigen Chronisten hat eine plötzliche Richtungsänderung begünstigt. Deshalb möchte ich meine eigene Position erläutern, die angängliche Berichterstattung im wesentlichen verteidigen und zu den Gegenpositionen Stellung nehmen.
Wenn man eine politische Bewegung oder Regierung beurteilen will, muß man 1. ihre Ziele und 2. ihre Mittel kritisch untersuchen.
Bei unseren anfänglichen Artikeln geschah stets beides: die Texte aus Nr. 78 und 79 hingegen haben über die Ziele und Pläne der Khalq-Regierung kein Wort verloren.
Christiane Kaiser wirft uns in ihrem Leserbrief erstens vor, daß wir die Reformen der Taraki-Regierung unhinterfragt als fortschrittlich eingestuft haben. Es ist richtig, daß wir der Regierung damals mehr Kredit eingeräumt haben, als sie es verdiente und wir es heute tun. Wir sind aber der Meinung, daß Agrarreform und Alphabetisierungskampagne und viele andere von der Khalq-Regierung ergriffenen Maßnahmen sehr notwendig sind, und wissen, daß es derzeit keine andere Kraft im Land gibt, die solche Veränderungen angehen will. Nur die reaktionären Kräfte in Afghanistan und in den westlichen Industrieländern bekämpfen diese Reformen. Weil die bürgerliche Presse die Tendenz hat, von den eigentlichen Zielsetzungen eines sozialismus-verdächtigen Regimes abzulenken und seine Schwächen bei der Durchführung, hochzuspielen, haben wir solche Pressemeldungen anfänglich stark relativiert. Aber wir haben sie nicht verschwiegen! Wenn C.K. und A.E. aber die Zielsetzungen der Khalqis überhaupt nicht erwähnen oder gar beurteilen, sich nur über volksfeindliche Maßnahmen empören, dann sind sie unseren Medien voll auf den Leim gegangen.
Der zweite Vorwurf von C.K. ist, daß wir die UdSSR nicht wegen ihrer imperialistischen Beherrschung und Ausplünderungen Afghanistans anprangern. Wir haben sehr wohl dargestellt, wie eng die Beziehungen der beiden Länder sind, und daß Afghanistan dadurch von der UdSSR abhängig ist. Solange es aber keine Beweise für eine imperialistische Ausbeutung gibt, die C.K. und A.E. auch keineswegs zu liefern versuchen, erheben wir diese Anschuldigungen auch nicht. Dies unterscheidet m.E. das iz3w gerade von einer Partei.
In ähnliche inhaltliche Richtung wie C.K.'s Leserbrief geht auch A.E.'s Reisebericht, der sich redlich bemüht, ohne jegliche Analyse alle reaktionären Vorurteile gegen eine sozialistisch sein wollende Regierung zu schüren — untermalt noch von einem wunderbaren Bildmaterial, für das wohl die iz3w-Redaktion veranwortlich zeichnet: 4 x mit Breschnew. Sie prangert in einem Atemzug ohne jede Zwischenstufe in der Beschreibung das jahrehundertealte Elend der Bevölkerung und das brutale Vorgehen der Regierung an, dazu noch die Abhängigkeit von den „Russen". Mit ihrem eindrucksvollen Beobachtungsvermögen (in Herat, einer Stadt: „Es fiel mir auch auf, daß die Leute auf der Straße wenig miteinander redeten, sie verhandelten nur über das, was gerade für ihre Arbeit nötig war.") stellt sie sich offen auf die Seite der islamischen Widerstandskämpfer, ohne überhaupt deren Zielsetzungen zu hinterfragen. Sie erwähnt vielmals ihre „volle Sympathie und Unterstützung durch das Volk"; welche Mechanismen das zu über 90% aus Analphabeten bestehende Volk zum Widerstand gegen die Regierung bringen, wird einfach verkürzt erklärt über die Brutalität der Regierung und dem traditionellen Streben nach Unabhängigkeit. Aber mit welchem Recht vertreten denn die islamischen Widerstandskämpfer das Volk? Unabhängig von ihren jeweiligen Zielsetzungen verurteilt dieser Reisebericht das Taraki-Regime und jubelt stattdessen für die islamischen Rebellen; die die jahrhundertealte Unterdrückung weiterführen wollen; damit ist es der reaktionärste Artikel, den ich jemals in den „blättern des iz3w" gelesen habe. Ich hoffe, daß die Redaktion keine solchen Rückfälle mehr erlebt.

Eberhard Gohl





# ERITREA - BEFREIUNGSKAMPF

## Geschichte der Abhängigkeit

Eritrea, und selbst Äthiopien, bestehen in den heutigen Grenzen noch keine 100 Jahre.

Eritrea war durch Jahrhunderte hindurch immer wieder Zielscheibe feindlicher Invasionen gewesen. Von verschiedenen Seiten (unter anderem Ägypter und Türken) und für unterschiedlich lange Zeiträume wurden jeweils Teile jener Region im Nordosten Afrikas besetzt, die erst durch die Kolonialmacht Italien feste Grenzen und ihren Namen erhielt.

Eritrea, der alte römische Name für das Rote Meer – die Italiener übernahmen ihn für ihre Kolonie. Eritrea, 3,5 Millionen Einwohner in einem Land von der Größe Österreichs. Eritrea, mit seiner 1300 Kilometer langen Küstenlinie am Roten Meer strategische Schaltzentrale für den Zugang zum Indischen Ozean.

Wie jedes andere Land unter der Kolonialherrschaft auch, so war Eritrea ausschließlich zum Nutzen und Wohlergehen Italiens da. Die Bevölkerung und das Land wurden hemmungslos ausgenutzt.

- Um den natürlichen Reichtum auch im Landesinnern am „bestmöglichsten" ausbeuten und außer Landes bringen zu können, scheuten die Italiener nicht die Kosten für den Bau von Straßen, Eisenbahnlinien und Häfen.
- Alles fruchtbare Land wurde enteignet und italienischen Siedlern gegeben, welche in großer Zahl nach Eritrea strömten. Die so landlos gewordenen Bauern hatten zum Teil keine andere Wahl, als in die Städte zu gehen. Diese entwickelten sich zusehends, besonders, da die Italiener anfingen, Industrien aufzubauen. Als billige und ausgenutzte Arbeitskräfte verdienten sie dort ihr bitteres Brot.
- Die Diskriminierung der dunkelhäutigen Eritreer durch die „weißen" Italiener war dem heutigen System der Apartheid in Südafrika nur zu ähnlich.

*

**Inhalt des Themenblocks**

**Eritrea – Befreiungskampf**



Nachdem Italien, während des zweiten Weltkriegs, bereits 1941 seine gesamten Afrikakolonien verloren hatte, wurden die italienischen Kolonien erst einmal unter die Oberaufsicht der Alliierten Mächte gestellt.

Großbritannien setzte noch im selben Jahr in Eritrea eine Militärverwaltung ein. Ungefähr zehn Jahre sollte die britische Herrschaft über Eritrea dauern. Da Leben der Bevölkerung besserte sich während dieser Zeit jedoch nicht wesentlich. Im Gegenteil, nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Briten damit, ganze Industrieanlagen in Eritrea zu demontieren und ins Ausland zu verkaufen.

Auch die Vereinten Nationen beschäftigten sich mit der Frage, was mit der ehemaligen italienischen Kolonie geschehen solle. Großbritannien schlug vor, daß Eritrea zweigeteilt werden solle. Ihren Vorstellungen zufolge sollte der westliche Teil des Landes dem Sudan zugeteilt werden, zu der Zeit noch britische Kolonie. Den östlichen Teil sollte Äthiopien bekommen, das, selbst landumschlossen, damit endlich den begehrten Zugang zum Roten Meer erhalten würde.

Die Bevölkerung von Eritrea widersetzte sich diesem neukolonialen Plan Großbritanniens. Es entstanden politische Organisationen (Parteien, Gewerkschaften etc.), die sich für die volle Unabhängigkeit Eritreas einsetzten. Die Vereinten Nationen entschieden jedoch, daß Eritrea mit Äthiopien eine Föderation eingehen sollte.

### Föderation

Die Förderation Eritreas mit Äthiopien trat im Jahre 1952 in Kraft. Sie besagte, daß Eritrea, obwohl an Äthiopien angegliedert, in seinen inneren Angelegenheiten (z.B. Organisationen des öffentlichen Dienstes, Erziehung, Steuererhebung) selbst bestimmen konnte. Eritrea hatte eine Verfassung, ein gewähltes Parlament, Parteien, Gewerkschaften. Die demokratischen Grundfreiheiten wie Rede- und Versammlungsfreiheit waren in bestimmten Grenzen zugestanden.

Kurz gesagt: Eritrea sollte, ähnlich wie in den westeuropäischen Staaten, einen bürgerlich-demokratischen Charakter haben.

Äthiopien als Zentralregierung sollte in allen überregionalen Angelegenheiten entscheiden, wie z.B. Außenpolitik, internationaler Verkehr und Handel.

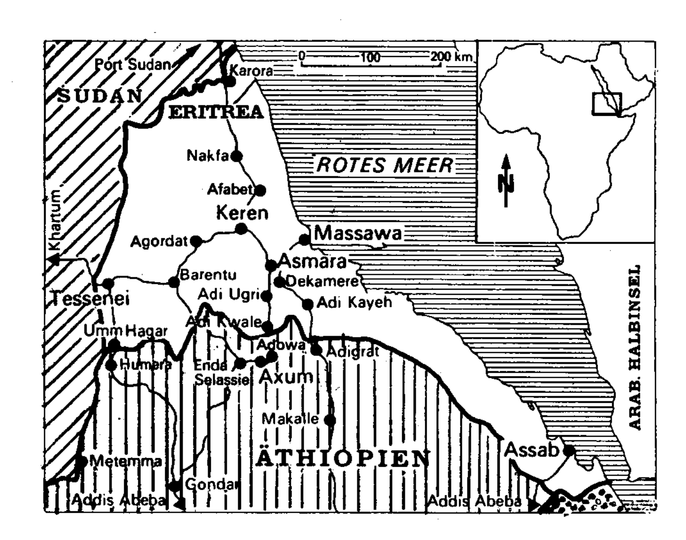
Durch die Resolution der Vereinten Nationen wurden zwei Länder miteinander verbunden, die politisch und wirtschaftlich auf völlig verschiedenen Entwicklungsstufen standen. Die kommenden Konflikte waren also schon auf höchster Ebene vorprogrammiert.

**Eritrea 1952:**

Das Land befindet sich in den Anfängen einer Industrialisierung. Eine neue Gruppe innerhalb der ländlichen Bevölkerung war entstanden, die der Industriearbeiter und der Landarbeiter. Sie machten 20% der gesamten Bevölkerung aus. Außerdem gab es Handwerksbetriebe und einheimische Händler und ein gut ausgebautes Verkehrsnetz.

**Äthiopien 1952:**

Das war das „Geheimnis in Gottes Hand" (Haile Selassie). Ein mittelalterliches, feudales Kaiserreich, von einem absoluten Monarchen regiert. Seine Bevölkerung, zu fast 100 Prozent Bauern, lebte am Rande des Existenzminimums, Haile Selassie, der „König der Könige, Löwe von Juda" (so sein offizieller Titel), ein prunkvoller Herrscher in einem Land, das das „Armenhaus der Welt" genannt wurde und auch heute, 1979, noch das drittärmste Land der Welt ist.




## Annexion

Haile Selassie war sich der Gefahren durchaus bewußt, die demokratische Tendenzen auf Äthiopien und damit auf seinen kaiserlichen Thron haben würden. Systematisch begann er, den Autonomiestatus Eritreas zu unterhöhlen. Hier nur einige Fakten:

1952 – alle Gewerkschaften wurden verboten
1955 – Abschaffung aller politischen Parteien
1959 – alle Staatssymbole Eritreas (wie z.B. die Nationalflagge) werden abgeschafft und durch äthiopische ersetzt
1960 – Das eritreische Erziehungssystem wird Äthiopiens unterstellt. Die beiden Hauptsprachen Eritreas, Tigrinia und Arabisch, dürfen nicht mehr in den Schulen gesprochen werden. Es muß in einer der äthiopischen Sprachen, Amharisch, unterrichtet werden. Für die Eritreer eine Fremdsprache. (Man stelle sich vor, in der Bundesrepublik dürfe plötzlich nur noch in Englisch unterrichtet werden).

**Basisdaten zu Eritrea und Äthiopien**

**Eritrea**

Größe: 119 000 qkm.
Einwohnerzahl: ca. 2,5 Mill.
Hauptstadt: Asmara mit ca. 250 000 Einwohnern.
Bevölkerung: Neun verschiedene Ethnien (Barria, Tigrina, Saho, Kunama, Bilen, Afar, Bazza, Tigre, Bedja); ein Großteil sind Nomaden.
Religion: Orthodoxe Christen (35%), Moslems (50%), Animisten (15%).
Sprachen: In der Hauptsache Tigrinja und Arabisch.
Bodenschätze: Kupfer (japanische Prospektion ca. 250 Mill US-Dollar), Chrom, Nickel, Magnesium u.a.
Landschaft: Schmaler Küstenstreifen (Rotes Meer, Küstenlänge ca. 1100 km); auf bis zu 2500 m ansteigendes Hochland (fruchtbar); Danakil-Wüste im Süden.

**Äthiopien**
**(Vergleichsdaten ohne Eritrea)**

Größe: 1,1 Mill. qkm
Einwohnerzahl: 25,5 Mill.
Sprache: Amharisch als Amtssprache.
Geographische Lage: Ohne Eritrea kein Zugang zum Meer.
Nachbarstaaten: Sudan, Somalia, Kenia.

## Entwicklung des Widerstands

Die Bevölkerung Eritreas setzte sich mit allen Mitteln gegen die fortgesetzte Entdemokratisierung zur Wehr. Es waren am Anfang noch friedliche Mittel: Es wurden Proteste geäußert, die Arbeiter organisierten Streiks, und besonders in den Städten fanden immer wieder Demonstrationen statt. Haile Selassie setzte bewaffnete Truppenverbände ein. Mit nackter Gewalt sollte der unbewaffnete Widerstand gebrochen werden. Es wurde auf Demonstranten geschossen, mehrere hundert Menschen kamen ums Leben.

Im Jahr 1962 erklärte Haile Selassie die Föderation für null und nichtig. Gewaltsam, und unter völliger Mißachtung der Resolution der Vereinten Nationen, wurde Eritrea an Äthiopien angeschlossen und seitdem als Provinz betrachtet.

Die Wurzeln des heutigen Befreiungskampfes liegen begründet in der fortgesetzten Entrechtung der Eritreer durch Äthiopien. Ihre friedlichen Waffen waren Proteste, Streik, Demonstrationen, sie waren erfolglos! Die äthiopische Antwort war Unterdrückung. Die Konsequenz aus diesem gewaltsamen Vorgehen seitens Äthiopiens war, ebenfalls Waffen zu benutzen, um gegen weitere Entrechtung und für die Unabhängigkeit ihres Landes zu kämpfen.

So begann 1961 der bewaffnete Befreiungskampf unter der Organisation der ELF (Eritrean Liberation Front). 1970 wurde die EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) gegründet.

Der Machtwechsel in Äthiopien 1974 – Haile Selassie wurde

von einer „revolutionären" Militärjunta gestürzt – bedeutete keine Lösung des Konflikts trotz revolutionären Anspruchs beider Seiten. Die neuen Machthaber wollten lediglich Verwaltungsautonomie innerhalb der äthiopischen Grenzen gewähren. Die Eritreer lehnten ab und kämpften weiter um ihre nationale Unabhängigkeit. Bis Mitte 1978 gelang es den Befreiungsbewegungen, 90% ihrer Heimat unter Kontrolle zu bekommen, die äthiopischen Streitkräfte behaupteten sich nur noch in den beiden Städten Asmara und Massana. Dann startete die äthiopische Regierung – mit Unterstützung Kubas und der Sowjetunion, die im November 1978 direkt in den Konflikt eingriffen, um die drohende Niederlage Äthiopiens zu verhindern – eine großangelegte Offensive und zwang die eritreischen Befreiungsbewegungen zur Aufgabe der befreiten Gebiete.

Lisa Sendker

# „Keine Angst, wir leben noch"

*Den folgenden Artikel bringen wir nach einer langen Zeit des Schweigens über den eritreischen Befreiungskampf. Der Artikel beruht auf einer zweimonatigen Eritreareise im Sommer dieses Jahres und wurde uns von einer Reiseteilnehmerin, die sich schon seit längerer Zeit mit Eritrea beschäftigt, zugänglich gemacht. Der Artikel enthält eine insgesamt recht optimistische Einschätzung der augenblicklichen Lage des Befreiungskampfes, die in Begriffen wie „strategischer Rückzug" und „verlängerter Volkskrieg" zum Ausdruck kommt. Auch der Rückhalt der Befreiungsbewegung EPLF in der eritreischen Bevölkerung wird als sehr fest dargestellt.*

*Da in der Redaktion niemand in das Thema eingearbeitet ist, können wir über die Berechtigung dieser optimistischen Haltung nichts sagen.*

*Wir hoffen, in den folgenden Nummern der „blätter des iz3w" die Eritreaberichterstattung fortsetzen und vertiefen zu können.*

*Red.*

## – Die Eritreische Volksbefreiungsfront konsolidiert ihren strategischen Rückzug –

Das militärische Kräfteverhältnis in Afrikas längstem Befreiungskrieg scheint sich in den letzten 15 Monaten zugunsten Äthiopiens und gegen Eritrea gewendet zu haben. Im Juni 1978 eröffnete Colonel Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender der äthiopischen Militärregierung, mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, die erste von mittlerweise 5 Großoffensiven, die als nördliches Äquivalent zur Ogaden-Kampagne gedacht war.

Der Charakter des nun schon 18 Jahre andauernden Befreiungskrieges in Eritrea hat sich durch die Intervention der Sowjetunion auf Seiten Äthiopiens entscheidend geändert. Bereits im Mai 1975 und April 1976 hatte die Militärregierung Äthiopiens (der Provisorische Militärische Verwaltungsrat „Dergue") versucht, durch großangelegte Offensiven mit Hilfe von eilig rekrutierten Bauernmilizen die Eritrea-Frage zu seinen Gunsten zu entscheiden. Ohne Erfolg. 1977 konnten die beiden Befreiungsbewegungen, die Eritreische Volksbefreiungsfront EPLF und die Eritreische Befreiungsfront ELF, melden, daß sie 90% ihres Landes befreit hatten. Die äthiopischen Besatzungstruppen in Asmara, der Hauptstadt Eritreas, konnten nur noch über eine Luftbrücke versorgt werden, da die Stadt von EPLF und ELF belagert wurde.

Heute ist die äthiopische Armee mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, die der Dergue auf Kreditbasis erhalten hat und deren Wert mittlerweile auf 2 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Im Lieferprogramm stehen neben schwerer Artillerie und T–54 Panzern auch 40 Düsenbomber vom Typ Mig 21 und 23. 3.000 sowjetische Militär„berater" lernen die Armee nicht nur auf diese hochtechnisierten Waffensysteme an, sondern beteiligen sich auch direkt an der Planung und Durchführung der Großoffensiven. Solchermaßen ausgerüstet, überrannte die äthiopische Armee im Juni die ELF-Gebiete im westlichen Tiefland Eritreas und plante, mit der Novemberoffensive die EPLF in den von ihr befreiten Gebieten im zentralen Hochland und im Norden Eritreas zu schlagen.



*Erbeuteter sowjetischer Panzer*

**Die November-Offensive und der strategische Rückzug**

Mit Panzern, Stalinorgeln, Flächenbombardements und dem Einsatz von 80 – 90.000 Soldaten (das entspricht einem Verhältnis von einem Soldaten auf 3 Eritreer), rückten die äthiopischen Truppen von 3 Fronten vor. Die Äthiopier und ihre sowjetischen Verbündeten konzentrierten sich dabei nicht nur auf militärische Ziele. Migs bombardierten Hospitäler, Schulen und zerstörten ganze Dörfer.

Angesichts dieses waffentechnischen Übergewichts entschloß sich die EPLF zu einem Schritt, der im Ausland häufig – so bewußt wie fälschlich – als das Ende des Befreiungskampfes interpretiert wurde, in Wirklichkeit der EPLF jedoch das militärische Überleben sicherte: den „strategi-

schen Rückzug". Alle Städte im EPLF-Gebiet, mit Ausnahme Nakfa – der Provinzhauptstadt Sahels, wurden noch 1978 evakuiert. Kämpfer, mit denen ich sprach, berichteten selbstbewußt und mit stolzem Unterton, wie der Rückzug in den sicheren Norden Sahels geplant und durchgeführt worden war. „Bei der Evakuierung Kerens, der zweitgrößten Stadt Eritreas," so einer der Kämpfer, „hatten wir zeitweise bis zu 200 LKW's eingesetzt: für die Alten, Kranken und die Kinder. Alles Brauchbare haben wir innerhalb einer Woche mit der Unterstützung der Bevölkerung demontiert und ebenfalls in den Norden gebracht. Keren glich einer Geisterstadt, als die Äthiopier sie „eroberten". Im städtischen Krankenhaus hatten wir außer 50 Betten nichts zurückgelassen."

Mit ihrem strategischen Rückzug leitete die EPLF die Phase des „verlängerten Volkskrieges" ein, einer ihr wohlbekannten Kampfform. Bevor sie sich 1977 in den von ihr befreiten Gebieten militärisch, ökonomisch und politisch konsolidierte, hatte sie mit dieser Form des Befreiungskampfes ihre Gebiete mehr und mehr ausgedehnt. Einen „verlängerten Volkskrieg" zu führen, das bedeutet für die EPLF, die äthiopische Armee in einen langwierigen, kräfteverzehrenden und für den Gegner kostspieligen Kampf zu verwickeln. Während jetzt der Norden Eritreas mit der Basis der EPLF in überwiegend konventioneller Kriegsführung verteidigt wird, operieren überall in den von den Äthiopiern zurückeroberten Gebieten Guerillaeinheiten, greifen äthiopische Militärkonvoys an und verminen deren Nachschubwege. Am 26. Mai wurde die Stadt Decamare in einer wohlvorbereiteten Blitzaktion für eine Nacht von der EPLF besetzt, die politischen Gefangenen aus dem Gefängnis befreit und die Vorräte der äthiopischen Truppen niedergebrannt.

Auch mit ihrer Zentralbasis hat sich die EPLF im Februar 1979 in noch unzugänglichere Gebiete zurückgezogen. In wochenlanger Arbeit waren Krankenhäuser, Werkstätten, Schulen, Ausbildungscamps und die Verwaltungsdepartments verlegt worden.

**Das Gesundheitswesen**

Es ist Nacht, als wir Karora, den Kontrollposten der eritreischen Volksbefreiungsfront – EPLF – an der sudanesisch/eritreischen Grenze passieren. Streckenweise ohne Scheinwerfer, und selbst die Tachometerlampe verklebt, fahren wir in jenes Land, von dem die Militärregierung Äthiopiens immer wieder behauptet hatte, es sei unter ihre Kontrolle gebracht.

Bevor wir das Zentralkrankenhaus, eines der 4 großen Krankenhauser der EPLF, erreichten, mußten wir in mehrstündiger Nachtfahrt mehrere Bergpässe überwinden. Mit einem heute insgesamt 1.500 km langen Straßennetz hat sich die EPLF jedoch selbst die unzugänglichsten Gebiete erschlossen. Die Dunkelheit ist der natürliche Verbündete der Befreiungsfront, und so findet – wegen der ständigen Gefahr von Luftangriffen – das Leben nachts statt.

Das Krankenhaus zieht sich mit den Unterkünften für die ca. 500 Patienten, Operationszelten, dem Labor, der Apotheke, Röntgeneinheit und Zahnklinik über ein 5 km langes Tal. Auf den ersten Blick wirkt es wie ein riesiges, wohlgetarntes Zeltlager. Nachts wird es von einer matten Lichterkette, gespeist von einem erbeuteten Dieselgenerator, erleuchtet. Ich kann mehrere Operationen beobachten, darunter eine Gliedamputation. Dr. Haile, einer der 18 vollausgebildeten Ärzte, erklärt mir, daß 97% aller Operationen an



*Teilansicht einer Krankenhausaoptheke*

Ort und Stelle durchgeführt werden können. „Gleichzeitig haben wir", so fährt er fort, „bisher 1.300 Barfußärzte in 3-monatigen Kursen und darauf aufbauend Feldärzte ausgebildet, die selbst einfache Operationen durchführen können." In der Tat basiert die Wirksamkeit des eritreischen Gesundheitssystems darauf, daß die medizinischen Hilfskräfte alle leichteren Krankheiten behandeln können, während die vollausgebildeten Ärzte so für die wirklich ernsten Fälle frei sind.

Die Konsequenzen des strategischen Rückzugs auf die medizinische Versorgung stellen sich folgendermaßen dar:

Aufgrund der veränderten militärischen Situation sind die stationären Kliniken in den ehemals befreiten Gebieten zugunsten von mobilen medizinischen Teams aufgelöst worden, die Bevölkerung in den zurückeroberten Gebieten erfährt von den Guerillakämpfern, wann ein Team in ihre Gegend kommt. In Filfil, ca. 40 km von Asmara entfernt, unterhält die EPLF auch heute noch neben mehreren Zitrusfarmen eine stationäre Klinik.

Die Härte der militärischen Auseinandersetzung hat die EPLF bewogen, 2 weitere Feldkrankenhäuser nahe der Front einzurichten, wo bereits während der Kampfhandlungen Operationen durchgeführt werden können. Deshalb sind die Verlustziffern der EPLF, im Gegensatz zu denen auf äthiopischer Seite, sehr niedrig.

**Die Revolutionsschule**

Eigentlich hätten für die 2.000 Schülerinnen und Schüler der Revolutionsschule Mitte August die Sommerferien begonnen. Aber seit Ende letzten Jahres mußte auch diese Internatsschule mehrmals ihren Standort wechseln, wobei die Lehrer und älteren Schüler Bänke, Tafeln und Zelte auf ihren Rücken nahmen, während für die Jüngeren LKW's ein-



*Unterricht in der Revolutionsschule, 1. Klasse*

gesetzt wurden. Seit April in einer unwegsamen, heißen Gegend etabliert, holen die Schüler nun den Lehrstoff nach, den sie durch ihren Umzug versäumt haben. Der Unterricht findet – noch – unter schattenspendenden Akazienbäumen statt, die Schultafel an den Baumstamm gelehnt, sitzen die Schüler auf großen Kieselsteinen, ihre Hefte auf den Knien.

Eingerichtet wurde diese Schule für Waisenkinder, Kinder von herumziehenden Nomaden und von Kämpfern. Die Lehrer leben mit den Schülern zusammen, und zusätzliche „Gruppenväter und -mütter" lassen hier nicht die Atmosphäre eines Kasernenbetriebs aufkommen. Bemerkenswert ist der Eifer, mit dem hier gelernt wird und die Ungezwungenheit, mit der sie in der Freizeit z.B. die nationalen Tänze tanzen oder die Lieder der Revolution singen. Immer wieder zeigten mir die Jungen und Mädchen, wie die 9 Nationalitäten Eritreas tanzen, und am Ende meines einwöchigen Aufenthalts hielten meine noch etwas unbeholfenen Tanzschritte ihren fachkundigen Augen stand. Häufig diskutierten wir auch über den Verlauf des Befreiungskampfes – alle Schülerinnen und Schüler geben als „Berufswunsch" Befreiungskämpfer an – und über das Leben in der BRD. „Was weiß das deutsche Volk von unserem Kampf? – Kämpfen die Massen in Deutschland auch gegen Unterdrückung? – Sind die Frauen in Deutschland gleichberechtigt? . . . " Dabei versetzten mich nicht nur die Fragen in Erstaunen, sondern auch das gute Englisch, das die Schüler im Unterricht gelernt hatten.

**Das Trainingscamp und die Werkstätten**

„Kämpfe mit der einen Hand und produziere mit der anderen". Dieses Motto lese ich auf einem Poster in der Zentralbasis. Die Verbindung von nationaler und sozialer Befreiung ist die Basis, auf der die EPLF 1970 ihren Befreiungskampf begann. Sie unterscheidet sich dadurch grundlegend von der älteren, 1961 gegründeten ELF, die stärker nationalistisch geprägt ist. Die konsequente Verfolgung dieser beiden Ziele hat die EPLF zur stärkeren der beiden Befreiungsbewegungen gemacht mit der größten Unterstützung aus dem Volk.

Wer sich im Trainingscamp der EPLF meldet -- es werden keine Kämpfer rekrutiert – muß mindestens 15 Jahre alt sein. Neben dem Umgang mit den Waffen wird all denjenigen, die Analphabeten sind, Lesen und Schreiben beigebracht. Die politische Schulung ist – wie auch bei den Kämpfern – fester Bestandteil eines jeden Tages. Dabei werden neben einer Einführung in die Geschichte Eritreas – von den Kolonialmächten immer wieder geleugnet – auch die Ziele der EPLF sorgfältig studiert und eifrig diskutiert. „Nach Abschluß der mindestens 6-monatigen Ausbildungszeit", so Berhemichael, einer der Ausbildungsleiter im Camp, „gehen die Jungkämpfer entweder an die Front oder in die verschiedenen Departments. Diejenigen, die noch nicht 18 Jahre als sind, werden noch nicht im Kampf eingesetzt, sondern erhalten eine Berufsausbildung".



*Jungkämpfer in der Berufsausbildung*

In ihren Werkstätten stellt die EPLF alles her, was sie für ihren tägliche Bedarf benötigt: aus alten Autoreifen werden Sandalen hergestellt, aus Bombenhülsen Eimer, hier werden Armbanduhren, Radios und Feldtelefone wieder instand gesetzt, und in der Holzwerkstatt neben Kisten, Tischen u.a. auch Prothesen für die Kämpfer hergestellt, die ein Bein verloren haben. Überall arbeiten auch Kämpferinnen. Die Frauen stellen bereits 1/3 der gesamten Befreiungsarmee, und dieses Verhältnis spiegelt sich auch im Produktionsbereich wider. In der Autowerkstatt sind 40 der insgesamt 120 Kämpfer Frauen. Hier werden nicht nur LKW's aller Art repariert und umgebaut, sondern auch erbeutete Panzer.

Das Material wird nur zu einem geringen Teil im Ausland eingekauft. Altes wird soweit wie möglich wiederverwendet. Das meiste ist jedoch erbeutet, oder, wie man in Eritrea sagt „befreit". Fahruntüchtige Autos und Panzer werden bis auf die letzte Schraube ausgeschlachtet, eine Methode, die von den Kämpfern den Spitznamen „Kanibalismus" erhalten hat.

Ich war erstaunt und beeindruckt, wie sorgfältig die Kämpfer in den Werkstätten mit dem Material umgehen und altes, so lange wie möglich, wiederverwenden. Bei jeder qualifizierten Arbeit, ob in den Werkstätten, Krankenhäusern, beim Straßenbau etc. finde ich stets auch „Studenten", die zusehen und durch die Praxis lernen. Durch diese kluge Politik konnte die EPLF im Laufe der Zeit eine große Anzahl von „field-trained specialists" – im Feld ausgebildeter Fachkräfte heranbilden.

**Die Departments**

Über alle Aktivitäten auf militärischem, ökonomischem, politischem und sozialem Gebiet werden regelmäßig Berichte und Statistiken angefertigt und an die zuständigen Departments weitergeleitet. Für die Autoreparaturwerkstatt ist z.B. das Transport-Department zuständig, und ein monatlicher Bericht über die Art der durchgeführten Reparaturen und die genaue Verwendung von Ersatzteilen bildet die Grundlage für eine weitere Planung in diesem Bereich. Überhaupt ist es erstaunlich, mit welch einer Präzision die ELPF über alles Buch führt. Ohne einen so genauen Überblick wäre der strategische Rückzug wahrscheinlich nicht so planvoll und wohlorganisiert abgelaufen.

**Propagandawaffen**

Die „Stimme des Volkes" ist der neueste Stolz der ELPF. Jeden Morgen pünktlich um 8.00 h sendet der Rundfunksender als Teil seines 6-stündigen Programms Nachrichten über Nationales und Internationales. Auch in den Nachbarländern einschließlich Äthiopien ist die „Stimme des Volkes" zu hören und wird dabei zu einer wichtigen Propagandawaffe der Befreiungsfront.

Zweimal pro Woche werden Nachrichten in der äthiopischen Sprache amharisch gesendet.

„Ewnet" (zu deutsch: Wahrheit) ist der amharische Titel eines wöchentlich erscheinenden Flugblatts für die äthiopischen Soldaten in Eritrea. Gedruckt wird es auf einer modernen Offsetmaschine in der Druckerei des Informationsdepartments. Die 9. Ausgabe vom 28. Juli berichtet über den Verlauf der 5. Offensive und die hohen Verlustzahlen auf äthiopischer Seite: 4.910 Tote, 6.790 Verletzte und 720 Kriegsgefangene.

Auch Lautsprecher setzt die ELPF entlang der Frontlinie ein, um die äthiopischen Truppen mit den Zielen ihres Befreiungskampfes bekanntzumachen und über den Charakter des Dergue aufzuklären.

„Das äthiopische Volk", erläutert der Leiter des Informationsdepartments, Adem, „ist nicht unser Feind. Wir kämpfen gegen die faschistische Militärregierung und ihren Verbündeten, die Sowjetunion. Eine Regierung, die uns als „arabische Reaktion" diffamiert und unter dieser Parole zwangsweise Bauern für ihre Milizen rekrutiert, die das ohnehin schon arme Land durch immer neue Waffenkäufe wirtschaftlich ruiniert und das Volk bis an den Rand von Hungerkatastrophen treibt, die die äthiopischen Kriegsgefangenen in unserer Hand als Desserteure bezeichnet und sie damit zum Tode verurteilt, und die jede Opposition zum Schweigen bringt, eine solche Regierung ist keine Volksregierung, sondern eine Militärdiktatur".

**Das Volk ist das Rückgrat der Revolution**

„Awet nehafasch – Sieg den Massen“ so wurden meine eritreischen Begleiter und ich überall begrüßt: Von den Kämpfern, den Schülern, Patienten, den Vertriebenen innerhalb Eritreas und den Flüchtlingen im Lager „Salomona“, diese Grußformel ist der Leitgedanke der eritreischen Revolution. Ein Volk, das bisher ökonomisch rückständig und politisch entmündigt gehalten worden war, auf die Übernahme der Macht vorzubereiten, ist eine langwierige Aufgabe.

Dabei beginnt die Aufbauarbeit der EPLF, besonders auf politischem Gebiet, nicht erst mit der militärischen Befreiung eines Gebietes – schon vorher infiltrieren politische Kader die noch von den Äthiopiern besetzten Gebiete – im Untergrund arbeitend – die Bevölkerung mit ihren Zielen bekannt. Das ausgeprägte Nationalgefühl der Eritreer und ihre erniedrigenden Erfahrungen mit den äthiopischen Besatzungstruppen sind dabei der Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit. So wurden schon vor der Befreiung Untergrundzellen gebildet, die Teile der Massenorganisationen sind.

Landreformen für die besitzlosen Bauern, freie Gesundheitsversorgung für jedermann und Schulen für jung und alt, auf diesem Hintergrund realer Verbesserungen bewegt sich das Programm, das die EPLF der Bevölkerung in den befreiten Gebieten vorstellt. Die Menschen werden ermutigt, ihre Interessen, gemäß ihrer sozialen Gruppierung organisiert zu vertreten und Massenvereinigungen zu gründen. Diese Vereinigungen sind ein Sammelbecken aller nationalen, antifeudal gesinnten Kräfte Eritreas und das eigentliche Rückgrat der Revolution. Aus ihren Reihen werden die Delegierten für die örtlichen Selbstverwaltungsorgane gewählt, die das politische und ökonomische Leben in einem Dorf oder einer Stadt eigenverantwortlich bestimmen. Die ELPF achtet jedoch darauf, daß die Anzahl der Delegierten aus den einzelnen Massenvereinigungen der tatsächlichen Stärke ihrer sozialen Gruppe entspricht.

Im Januar 1977 führte die EPLF in ihren befreiten Gebieten den 1. nationaldemokratischen Volkskongreß durch. Die Massenvereinigungen stellten dort immerhin ein Drittel aller Delegierten, verabschiedeten zusammen mit den Delegierten aus den Reihen der Kämpfer den programmatischen Rahmen für die weitere Entwicklung des Landes und wählte das Zentralkomittee. Die Eritreer betrachten die ELPF als ihre Regierung.

Fatima und Kudesan, zwei eritreische Frauen, erzählen mir, wie sich das Leben in ihren Städten – Afabet und Decamare – nach der Befreiung geändert hatte, und wie sie sich beide erstmals in Politik und produktiver Arbeit engagieren konnten. Ich traf sie im Flüchtlingslager „Salomona“ nahe der eritreisch/sudanesischen Grenze, wohin sie mit vielen anderen Eritreern geflüchtet waren, als die Äthiopier im letzten Jahr mit ihren Militäroffensiven begannen.

Fatima ist 51 Jahre alt und aus Afabet, einer kleinen Stadt mit überwiegend moslemischer Bevölkerung im Nordosten Eritreas, Kudestan, 48 Jahre, kommt aus Decamare ca. 40 km südlich von Asmara. Die Bevölkerung ist überwiegend christlich.

Fatima: *„Als die EPLF Afabet am 6. April 1979 befreite, ging ein großes Aufatmen durch unsere Reihen. Ich selber habe die italienischen, britischen und äthiopischen Kolonialherren erlebt. Einen Unterschied, daß die einen besser waren als die anderen, habe ich nicht gesehen.*

*Die EPLF kannten schon einige von uns vor der Befreiung. Ich selber war in einer Untergrundzelle organisiert.“*

Die Untergrundzellen arbeiteten vor der Befreiung auf einer Basis von 4 Mitgliedern pro Zelle. Die Zellen kannten sich untereinander nicht, um Denunziationen bei den Äthiopiern unmöglich zu machen. Die Aufgaben bestanden nicht nur in politischer Schulung, sondern auch aus Sabotageakten und Propagandaarbeit.

*„Die EPLF stellte auf Versammlungen ihr Programm und ihre Ziele vor. Es war eine Zeit des persönlichen Kennenlernens von Bevölkerung und EPLF. Alle, die in Untergrundzellen gearbeitet hatten, waren bereits Mitglieder der Massenvereinigungen. Wir organisierten, zusammen mit der EPLF, nun öffentlich politische Schulungen. In diesen Gruppen waren viele, die zwar nicht organisiert waren, aber interessiert. Die EPLF hatte ein Büro eingerichtet, wo Kämpfer aus den Departments für die Massenvereinigungen, Ökonomie, Soziales, Gesundheit etc. waren und an die wir uns mit allen Fragen wenden konnten.*

*Das Leben in unserer Stadt und den umliegenden Dörfern sollte durch eine örtliche Volksversammlung geregelt werden. Bis zur Wahl der Delegierten vergingen jedoch noch ein paar Monate, in der die einzelnen Massenvereinigungen sich trafen, die Vorschläge der EPLF diskutierten und in der wir auch unsere eigenen Vorschläge machten. Vieles war am Anfang spontan, wir hatten das Gefühl, daß Ketten von uns weggenommen worden wären. Wir alle hatten aber keine praktische Erfahrung, wie man die richtigen Leute in die Volksversammlung wählt. Früher wurde man aufgrund von Alter, Religion, Nationalität, Reichtum oder Bildung gewählt. Daß das schlecht war, hatten wir selbst erfahren, denn nichts hatte sich geändert. Wie rückständig unser Leben war, kann man daran sehen, daß wir Frauen überhaupt kein Mitspracherecht hatten.*

*Unsere Kämpfer schlugen vor, darauf zu achten, ob vorgeschlagene Kandidaten frei von rückständigen Verhaltensweisen seien und ihre Zeit und Energie für die Revolution und das Wohl der Massen einsetzten. Nach langen Diskussionen innerhalb der Massenorganisationen und mit unseren Kämpfern wurden dann die Delegierten gewählt. Einige unserer Kämpfer sind ebenfalls Mitglieder der Volksversammlung von Afabet.*

*Für 6 Monate hatte Afabet nun eine Volksversammlung, die erste überhaupt, soweit ich mich zurückerinnern kann. Wir merkten jedoch nach einiger Zeit, daß wir Fehler gemacht hatten, z.B. bei der Wahl weniger Delegierter. Da war einer, der vor der Wahl kluge Reden gehalten hatte, aber hinterher nichts tat und die Volksversammlung für seine eigenen Zwecke benutzen wollte. Ein anderer Delegierter wollte seine Schwester davon abhalten, am politischen Leben teilzunehmen. Beide wurden offensichtlich kritisiert und dann ausgeschlossen.*

*Nachdem die 6 Monate abgelaufen waren, haben wir unsere Schwierigkeiten und auch unsere Fehler ausführlich besprochen. Wir wollten unsere Erfahrungen dazu verwenden, die nächste Wahl besser zu machen. Die Delegierten für die 2. Volksversammlung wurden im Mai (1978) gewählt. Es*

*wurden soviel Delegierte hineingewählt wie das erste Mal: 73. Das lag daran, daß sich in der Zwischenzeit viele Leute den Massenvereinigungen angeschlossen hatten. Von den Delegierten waren 37 Bauern, 7 Arbeiter, 7 von der Jugendorganisation der EPLF (4 Mädchen und 3 Jungen), 20 Frauen und 2 von der petit bourgeoisie.*

*Wir Frauen hatten in der 1. Volksversammlung nur 15% der Delegierten, jetzt waren es schon fast ein Drittel.“*

**Kudestan** beschrieb mir die Arbeit der Frauenvereinigung in Decamare:

*„Als Decamare befreit wurde (6. Juli 1977) waren schon 800 Frauen organisiert, wir hatten ebenfalls im Untergrund gearbeitet. Alle Frauen, die Interesse hatten, konnten Mitglieder werden. Neben der allgemeinen politischen Schulung diskutierten wir auch, daß wir Frauen nicht nur durch die alte Gesellschaft unterdrückt worden waren, sondern auch durch die Männer. Dadurch, daß wir unter uns waren, trauten sich auch schüchterne Frauen, etwas zu sagen.*

*Unser erster praktischer Anfang war eine Teestube, in der wir auch kleine Imbisse verkauften und mit dem Erlös das nächste Projekt planen konnten: eine Geflügelfarm mit Gemüsegarten. Jede Frau spendete dafür ein Huhn, das machten mehr als 800 Hühner. Mit dem Geld kauften wir Saat für den Garten. Wir versorgten so unsere verwundeten Söhne und Töchter (gemeint sind die Kämpfer) im Krankenhaus mit frischen Eiern und 1–2 mal pro Woche mit Hühnern. Den Rest der Eier verkauften wir wieder. Einige Fachleute von der EPLF unterrichteten uns, wie wir unsere Farm am besten bewirtschaften könnten. Welches Futter am besten für die Hühnermast geeignet sei. Welches Gemüse wir auf dem Boden am besten anbauen könnten. Dadurch haben wir gleichzeitig etwas über Landwirtschaft gelernt. In kurzer Zeit hatten wir durch diese beiden Projekte 8.000 äthiopische Dollar gespart. Ein Mißstand war, daß die Händler aufgrund der Lebensmittelknappheit ihre Waren zu Wucherpreisen verkauften. Zusammen mit der EPLF beschlossen wir, mit dem Geld einen Kommunalladen einzurichten. Wir bezogen Lebensmittel wie Mehl, Zucker, Öl etc. entweder aus dem Sudan oder von innerhalb Eritreas und hielten die Gewinnspanne bewußt klein. So kostete 1 Pfund Zucker bei uns 3 äth. Dollar, während die Händler 5 äthiopische Dollar verlangten.*

*Ein Problem für uns Frauen war auch, was wir während unserer Versammlungen mit den Kindern machen sollten. Wir beschlossen deshalb, einen Kindergarten zu gründen. Wir Frauen wechselten uns im Betreuen der Kinder ab, auch die unverheirateten Frauen beteiligten sich. Mit dem kleinen monatlichen Beitrag wurden die Kinder im Kindergarten mit allem, auch mit Essen versorgt. Bei der Betreuung wurden keine Unterschiede gemacht, ob nun ein Kind aus einer armen oder einer reichen Familie kam.*

*Ein Projekt konnten wir nicht mehr in die Tat umsetzen. Wir hatten vor, eine Textilwerkstatt einzurichten. Frauen, die Nähmaschinen besaßen, hatten diese dafür schon der Frauenvereinigung zur Verfügung gestellt, über 100 Frauen hatten sich bereits zum Nähkurs angemeldet.*

*Wir hatten vor, Kleidungsstücke für unsere Kämpfer zu nähen. Einen Teil wollten wir auch in Decamare selbst verkaufen. Unsere Arbeit wurde aber gestoppt. Am 26. 7. 1978 besetzten die Äthiopier wieder unsere Stadt. Die EPLF hatte uns 10 Tage vorher gesagt, daß Decamare nicht zu halten sei. Fast die gesamte Bevölkerung zog – zumindest zeitweise – wegen drohender Bombenangriffe aus der Stadt. Wir nahmen alles mit. Die Hühner von unserer Farm haben wir, um sie nicht den Äthiopiern zu überlassen, einige Tage vorher geschlachtet und gegessen.“*

**„Wir werden zurückkehren“**

Was ist heute aus diesen gesellschaftlichen Umwälzungen geworden, nachdem die äthiopischen Truppen weite Teile der ehemals befreiten Gebiete wieder besetzt haben: der Umverteilung des Landbesitzes an die armen Bauern, der Teilnahme der Bevölkerung – und erstmals auch der Frauen – am politischen Leben, den örtlichen Selbstverwaltungsorganen?

Mit der äthiopischen Armee sind wieder Kriegsrecht und Ausgangssperre verhängt worden. Die EPLF mußte langfristig geplante Projekte, z.B. in der Landwirtschaft und dem Gesundheitswesen, stoppen, um sich nicht zur Zielscheibe für die äthiopischen Truppen zu machen. Die Äthiopier bedienen sich der organisatorischen Struktur der Massenvereinigungen, indem sie sie als konform mit dem äthiopischen „Sozialismus“modell erklären, stützen sich politisch jedoch auf jene Kräfte, die schon von jeher mit Äthiopien kollaboriert haben: auf die feudalen Großgrundbesitzer und jene Teile der Bourgeoisie, die sich von dem „Machtwechsel“ eigene Vorteile versprechen. Das Wohlwollen der Bevölkerung ließ sich auf diese Weise nicht gewinnen. Im Gegenteil herrscht in den zurückeroberten Gebieten ein zwiespältiges Kräfteverhältnis, mit den Äthiopiern, die Propagandaveranstaltungen organisieren, auf der einen Seite, und der EPLF – und ihren Massenvereinigungen, die nun im Untergrund arbeiten, auf der anderen Seite. Daß der Befreiungsbewegung die aktive Unterstützung der Bevölkerung erhalten blieb, kann sie mit einigem Stolz auf das Konto ihrer politischen und ökonomischen Aufbauarbeit verbuchen.

Die Moral unter der Zivilbevölkerung und den Kämpfern ist ausgesprochen hoch, war es doch gelungen, durch den strategischen Rückzug das Leben beider Gruppen zu schützen und so die Voraussetzungen für den weiteren Kampf und die Fortsetzung der sozialen Transformation der Gesellschaft zu schaffen. 100 000 Vertriebene, die sich in den sicheren Norden geflüchtet haben und ganz oder teilweise von der Unterstützung der EPLF und Hilfe von außen abhängig sind, sind keine so einfach zu akzeptierende Konsequenz äthiopischer Machtpolitik. „Wir werden zurückkehren“, das hörte ich immer wieder von ihnen, „und dort weitermachen, wo wir aufgehört haben.“ Die Eritreer haben sich auf einen langen Volkskrieg eingerichtet, und durch die ständig neuen Aggressionen schließt sich das Volk immer enger zusammen. Der Sieg wird, trotz ihres sowjetischen Verbündeten, nicht Äthiopien gehören.

Lina Sendker



# Interview mit der EPLF

### Interview mit einem ZK-Mitglied der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF

FRAGE: *Wie beurteilt die EPLF die direkte sowjetische Intervention?*

ANTWORT: Die russische Intervention basiert nicht auf revolutionären Prinzipien, sondern auf machtpolitischen Erwägungen, die das Interesse der Sowjets am Roten Meer, im Indischen Ozean und am Horn von Afrika betreffen. Gesamtäthiopien, welches z.Z. zwar völlig pro-sowjetisch aber nicht revolutionär ist, wird von den Russen als besserer Garant zur Durchführung der eigenen Interessen betrachtet als ein revolutionäres aber doch kleines und politisch selbständiges Eritrea.

FRAGE: *Sehen Sie sich nicht gezwungen, Ihren politischen Standpunkt nach den massiven Erfolgen der Äthiopier zu ändern?*

ANTWORT: Das Hauptziel der eritreischen Revolution ist die völlige Unabhängigkeit vom äthiopischen Kolonialismus, und was dieses Ziel angeht, werden wir uns niemals auf einen Kompromiß einlassen. Zeitweilige Rückzüge bedingen naturgemäß eine Änderung des taktischen Konzepts, aber sie können und werden unter keinen Umständen dazu führen, daß wir unser gerechtes Ziel der totalen nationalen Unabhängigkeit und der sozialen Emanzipation des eritreischen Volkes aufgeben.

FRAGE: *Wäre es nicht an der Zeit mit Mengistu über eine friedliche Lösung des Konfliktes zu verhandeln?*

ANTWORT: Was die friedliche Lösung angeht, so haben wir keine Illusionen über den DERGUE und seine politischen Absichten in Eritrea. Mengistu wird nicht aufhören, eine militärische Lösung erzwingen zu wollen. Wir haben einen prinzipiellen Standpunkt. Die äthiopische Regierung muß erstens anerkennen, daß das eritreische Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung besitzt und zweitens, daß die EPLF und die ELF die legitimen Vertreter des eritreischen Volkes sind.

Wenn die Äthiopier dies respektieren, sind wir allzeit bereit, uns zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Die äthiopische Militärjunta aber ist überhaupt nicht gewillt, unsere Grundrechte zu akzeptieren. Dazu kann sie nur durch den bewaffneten Widerstand gezwungen werden –, und um dies zu erreichen, sind langfristig gesehen alle Bedingungen auf unserer Seite. Die Zeit ist unser Hauptverbündeter.

FRAGE: *Aus welchen Gründen bezeichnen Sie Mengistus Regime als faschistisch?*

ANTWORT: Wir tun dies aufgrund der Praktiken dieses Regimes. Mengistu hat jegliche politische Opposition und alle demokratischen Forderungen mit brutaler Gewalt unterdrückt, indem er eine Herrschaft des Terrors etablierte. Er hat die politischen Parteien zerschlagen und eine Diktatur einer Handvoll Militärs errichtet. In Äthiopien herrscht eine Atmosphäre chauvinistischer Hysterie, eine Atmosphäre der Furcht, des Verrats und der Verdächtigungen und dies alles nur, um das eigene Volk durch Einschüchterung zu unterwerfen.

Mengistu will jedes politische Problem mit militärischer Gewalt lösen. Daher fährt er auch in Eritrea mit seinen barbarischen und genozidartigen Massakern fort, weil er um jeden Preis eine militärische Lösung des Problems erzwingen will. Slogans wie „Sozialismus", „Anti-Imperialismus", „Verteidigung des Mutterlandes" können seine wahren, das heißt unmenschlichen Praktiken nicht verbergen. Die äthiopische Militärjunta verfügt über äußerst raffinierte Methoden der Unterdrückung, ihre politische Orientierung ist die der totalen Kontrolle und der Ausrottung jeglicher demokratischen Entwicklung.

FRAGE: *Wie ist die Situation in den von der äthiopischen Armee zur Zeit besetzten Gebieten?*

ANTWORT: Alle Prozesse der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung, die wir in Gang gebracht hatten, sind zum absoluten Stillstand gekommen. Die meisten Bewohner verließen die Städte als unsere Armee sich zurückzog. Mit massiven Repressalien und Exekutionen versuchen die Besatzer, ihre Macht zu festigen. Der Befreiungskampf wird jedoch auch in diesen Städten weitergehen. Unsere „Massenorganisationen" sind in den Untergrund gegangen und werden den Feind mit Sabotageakten zermürben.

Es herrscht akuter Mangel an allem; in den Städten greift der Hunger um sich. Daher verlassen jetzt immer mehr Eritreer die besetzten Ortschaften und flüchten in die von uns kontrollierten Gebiete oder in den Sudan. – Auf dem Land wollte der Feind aus jedem Dorf 15 bis 20 junge Burschen und Frauen mit Gewalt einberufen, um mit dieser „Puppenarmee" gegen unsere Revolution zu kämpfen. Die Jugendlichen flüchteten und der Feind mußte diese Lächerlichkeiten einstellen. Die Äthiopier haben Massaker verübt und unser Eigentum zerstört, aber die tiefen Wurzeln unserer Revolution im Volk konnten sie nicht abhacken.

FRAGE: *Sind ELF und EPLF nach den jüngsten Verhandlungen tatsächlich näher zusammengerückt?*

ANTWORT: Auf der Basis unserer Übereinkunft vom 21. Januar 1979 wurde eine gemeinsame Militärstrategie entwickelt. Jetzt beginnen wir, erste Militäraktionen gemeinsam durchzuführen. Spezifische Führungsrichtlinien und Arbeitspläne sind auf höchster politischer Ebene bei den letzten Verhandlungen am 6. 4. 1979 in Khartum erstellt worden. Unsere Zusammenarbeit und damit unsere Stärke werden weiter wachsen.

FRAGE: *Gibt es Veränderungen in der Haltung der afrikanischen Staaten zum Eritrea-Konflikt?*

ANTWORT: Mehr und mehr wird das Insistieren der äthiopischen Militärjunta auf einer militärischen Lösung verurteilt. Daneben wächst die Opposition gegen das direkte militärische Eingreifen der Sowjets in den Konflikt. Auch begreifen immer mehr afrikanische Länder, das sich die Eritrea-Frage in historischer und politischer Hinsicht von anderen internen Konflikten Afrikas unterscheidet. Es bahnt sich also eine positive Tendenzwende in Afrika an, wo der nationale Befreiungskampf des eritreischen Volkes bisher weitgehend ignoriert wurde.

FR v. 6. 7. 79

## Eritrea-Hilfswerk Deutschland e.V.

Trotz der ermutigenden Arbeit, die überall in Eritrea geleistet wird, ist durch die ständigen Militäroffensiven besonders unter der Bevölkerung eine aktue Notsituation entstanden.

Als die äthiopische Armee im letzten Jahr vorrückte, setzten sich, besonders aus den Städten, ganze Flüchtlingszüge in Bewegung. Selbst während ihres wochenlangen Fußmarsches in den sicheren Norden wurden sie noch von sowjetischen Migs bombardiert. Heute befinden sich 100.000 Eritreer, Vertriebene im eigenen Land, hinter den Frontlinien, und sind auf die Hilfe der Befreiungsbewegungen und der Unterstützung von außen angewiesen. Diesen Menschen fehlen die Mittel, um selbst ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen zu können.

Die Eritreer wollen frei von jeder Fremdherrschaft sein, und sie wollen ihre Lebenssituation durch eigene Arbeit grundlegend verbessern. Aber unermüdliche Arbeit allein kann keine Nahrungsmittel, Medikamente und Zelte ersetzen, die gerade in der jetzigen Situation dringend gebraucht werden.

Das „ERITREA–HILFSWERK IN DEUTSCHLAND e.V." hat es sich als humanitäre Organisation zum Ziel gesetzt, für die vom Krieg betroffene Bevölkerung Hilfe zu mobilisieren. Wir konnten in den letzten 3 Jahren Hilfsgüter im Wert von insgesamt 1 Mio. DM nach Eritrea schicken. Aber wir brauchen für unsere Arbeit ihre aktive und solidarische Unterstützung:

– um unsere Hilfsarbeit verstärkt fortsetzen zu können, sind in vielen Städten EHD-Ortsgruppen gebildet worden, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, humanitäre Hilfe zu sammeln und die Bevölkerung am Ort mit der Situation in Eritrea vertraut zu machen.
– im Dezember werden in vielen Städten der Bundesrepublik Straßensammlungen durchgeführt, um mit dem Erlös Nahrungsmittel und dringend benötigte Medikamente nach Eritrea schicken zu können. Jede aktive Unterstützung ist dabei herzlich willkommen.

Wenn Sie sich weiter über unsere Arbeit informieren wollen oder eine Eritrea-Veranstaltung an Ihrem Ort durchführen möchten, schreiben Sie uns. Wir schikken Ihnen dann weiteres Informationsmaterial zu.

Die Eritreer haben schon damit begonnen, ihre Situation zu verändern. Helfen wir ihnen dabei!

**Eritrea – Hilfswerk Deutschland e.V.**
**Postfach 180 338**
**5000 Köln 1**

Spendenkonto:
Postscheckamt Köln 4093–503
Deutsche Bank Bonn 073 2222
Wir sind vom Finanzamt Bonn als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

**Neuerscheinung**
**Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (Hg.)**

## ENTWICKLUNGSPOLITIK – HILFE ODER AUSBEUTUNG?

**Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe**

320 S., mit vielen Schaubildern und Tabellen, 2. Auflage 1979.

**Aus dem Inhalt:**

- **Zum Begriff von Entwicklung**
- **Entwicklungspolitik – Kind des Kalten Krieges?**
- **Gesundheitshilfe: Westliche Medizin gegen armutsbedingte Krankheiten? Rindfleischproduktion für die Reichen in Lagos**
- **„Militärhilfe" und Waffenexporte in Spannungsgebiete**
- **Profitable Textilproduktion – Entwicklungshilfe für den Tschad?**
- **Hafenbau – Förderung des Raubbaus in den Wäldern der Elfenbeinküste**
- **Die Außenhandelspolitik der BRD im Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen**
- **Entwicklungspolitik der BRD – Politik im Dienste des Kapitals?**
- **Alternative Entwicklungspolitik: Kampf um den Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten**
- **Was können wir in der BRD tun?**

- **im Anhang:**
  **Erfolgsaussichten kapitalistischer Industrialisierung in der Dritten Welt**
  **Multinationale Konzerne in Entwicklungsländern**
  **Liste wichtiger Literatur**

# DRITTE WELT IM UNTERRICHT

# Kinder und die Dritte Welt - Kinder in der Dritten Welt

**Materialien für Lehrer, Erzieher, Gruppenleiter**

## I. Unterrichtsmaterialien

Misereor: Materialien für Kindergärten und Grundschule 6 von Bernhauser / Stockheim, **Kinder erleben die Dritte Welt**, Aachen 1977, Preis: 29 DM; Bezugsquelle: Misereor, Mozartstr. 9, 51 Aachen

**Inhalt:** Fotobilderbuch, Poster, Geschichten zum Vorlesen, Landkarten, Fotos, Ausschneide- und Bastelbogen, Spielszenen, afrikanische Spiele, Märchen, Rätsel, Fabeln und Sprichwörter, Liedblätter, Schallplatte, Kochrezepte, Zeichnungen, didaktisches Begleitheft, Länderheft Kamerun.

Diese Materialien sind gut geeichnet für den Einsatz in der Vorschule, bzw. Kindergarten, sowie in der Grundschule. Sie sind sehr abwechslungsreich gestaltet und wollen den Kindern die Alltagswirklichkeit Schwarzafrikas nahebringen und vorhandene Vorurteile abbauen. Für den, der diese Materialien einsetzt, ist es allerdings nötig, sich noch zusätzliche Hintergrundinformationen zu diesem Thema zu beschaffen.

Diaserie zu diesen Materialien: **Alme in Kamerun**, Preis: DM 10,– Bezugsquelle: Misereor

R. Schmitt, **Dritte Welt in der Vorschule** und M. Krull, **Evaluation des Teilcurriculums Dritte Welt in der Vorschule** in: Schule und Dritte Welt Nr. 46 hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit; kostenlos erhältlich: Karl - Marx - Str. 4-6, 5300 Bonn

Das Heft berichtet über ein in Göttingen durchgeführtes Projekt zur Sozialerziehung in der Vorschule und dessen wissenschaftliche Begleitung. Obwohl es unter ziemlich optimalen Bedingungen durchgeführt werden konnte, können Lehrer und Erzieher wertvolle Anregungen aus diesem Unterrichtsprojekt entnehmen. Es geht vor allem um den Abbau von Vorurteilen (Außenseiter in der Vorklasse; Gastarbeiter in der Nachbarschaft; Südafrika / Tansania: Begegnung mit der Dritten Welt).

Jörg Becker, **„Es ging spazieren vor dem Tor, ein kohlpechrabenschwarzer Mohr"**, in Schule und Dritte Welt Nr. 48 hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dort kostenlos erhältlich: Karl - Marx - Str. 4-6, 5300 Bonn

Einerseits werden hier typische Argumentationsmuster und Klischees, die man in Kinder- und Jugendbüchern zum Thema Dritte Welt findet, aufgezeigt; zum Anderen werden Vorschläge gemacht, und sehr differenzierte didaktische Hinweise gegeben, wie man das im Unterricht einsetzen kann. Das Problem liegt darin, daß eine solche ideologische Untersuchung der Kinder- und Jugendbücher erst in der Sekundarstufe zum Unterrichtsgegenstand gemacht werden kann, Texte aus den Büchern aber meist für jüngere Kinder sind.

Högerle u.a., **„Marion unterwegs" - Comics im Dritte - Welt - Unterricht** in: Schule und Dritte Welt Nr. 50, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dort kostenlos erhältlich

Das Comic eignet sich gut für den Einsatz im Erdkunde-, Gemeinschatskunde- und Religionsunterricht. Ein deutsches Mädchen besucht Brasilien und lernt dort eigene Probleme des Landes kennen. Das Heft enthält ausserdem Berichte über den Einsatz dieses Comics im Unterricht.

**Unterrichtsmaterialien zu 3. Welt - Kinderbüchern**

Die 4 im folgenden vorgestellten Unterrichtseinheiten wurden erarbeitet von der Schweizerischen Aktion 3. Welt - Kinderbücher und sind erhältlich bei „Erklärung von Bern" Gartenhofstr. 27, CH - 8004 Zürich.

Die Unterrichtseinheiten sind erstellt zu 4 guten Kinderbüchern mit dem Thema Dritte Welt und geben dem Lehrer Hintergrundinformationen, machen didaktische Vorschläge und enthalten Anregungen für Schülerarbeitsblätter (Bastelbögen, Malbögen, kleine Texte etc). Der Lehrer kann sowohl die Kinder die Bücher selbst lesen lassen und dann das Thema aufgreifen, als auch den Kindern die Bücher bzw. Geschichten vorlesen oder falls er genügend Exemplare hat, sie mit ihnen im Unterricht lesen. Preis: DM 4,– pro Mappe.

Diese Unterrichtseinheiten gibt es zu folgenden Büchern:
Günther Feustel, **Ein Indio darf den Tag nicht verschlafen**, ab 3. Schuljahr
Betty Baker, **Kleine Läufer aus dem Langhaus**, Kindergarten, 1./2. Schuljahr
Robinson Matsele, **Ein Anzug für's Konzert**, in: Wer sagt denn, daß ich weine, ab 7. Schulejahr
Christoph Lutz, **Muraho – zu Besuch bei der Familie Simbomana** für Kindergarten und 1.–3. Schuljahr, genauere Angaben zu den Kinderbüchern weiter unten.

Zu jeder Unterrichtseinheit sind eine vierteilige **Plakatserie** (Preis: DM 10,– je Serie) und eine **Diaserie** (12 Dias zu 12 DM) bei der Erklärung von Bern erhältlich.

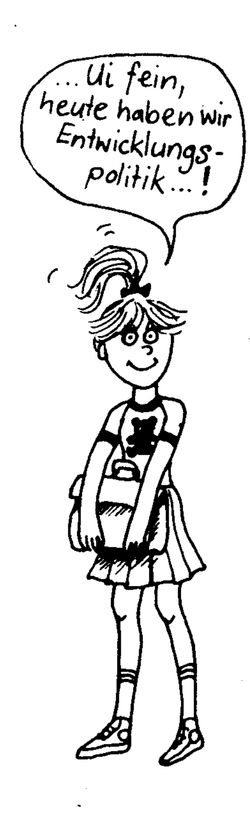
**Die Erde ist für alle da**, eine Unterrichtseinheit für die Grundschule, hrsg. Brot für die Welt, Postfach 476, 7000 Stuttgart, Preis: pro Schülerheft 50 Pfg

Am Beispiel der Dorfgemeinschft in der das Mädchen Anahi in Paraguay lebt, werden die Probleme der Kleinbauern dargestellt.

**Anahi- ein Campesinomädchen aus Paraguay**, hrsg. Brot für die Welt, Preis: 2 DM

Das Heft ist konzipert als Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I, aber auch als Einzellektüre geeignet. Bei Bestellung in Klassenstärke werden Arbeitsblätter kostenlos mitgeliefert.

Für ältere Schüler erarbeitet die **Dritte Welt - Lehrerinitiative** c/o Christian Neven-du Mont, Elsässerstr. 43, 78 Freiburg **Unterrichtseinheiten als Loseblattsammlungen.** Bisher erschienen:
Nicaragua - Unterdrückung und Widerstand; Argentinien; Praktische Unterstützung für Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara; Peru.




## II Bücher

Baker Betty: **Kleiner Läufer aus dem Langhaus.**
Schauplatz: Nordamerika (Irokesen)
Form: Erzählung
Verlag: Carlsen, Reinbeck 1976
Lesealter: 5 - 7 Jahre
Preis: ca. DM 11,–

„Kleiner Läufer", ein kleiner Junge aus dem Volk der Irokesen, kann schon in manchem am Leben des Dorfes teilnehmen. Er möchte auch bei den Ritualen der Falschgesichtergesellschaft mitmachen. Da er noch zu jung dafür ist, erprobt er andere Möglichkeiten. Die Leser erhalten Einblick in die traditionelle Lebensweise einer Irokesen - Familie.

geeignet: zum Vorlesen und Selberlesen.

Lutz Kathrin (Illustrationen) und Lutz Christoph (Text)
**Muraho / Zu Besuch bei der Familie Sibomana**
Schauplatz: Rwanda
Form: Bilderbuch mit einer Erzählung und Zusatzinformationen
Verlag: Jugenddienst
Lesealter: Kindergarten und 1. - 3. Schuljahr
Preis: DM 16,80, 31 S.
Einen Tag lang besuchen die Leser zusammen mit zwei weißen Kindern deren afrikanische Freunde in Rwanda. Zusammen mit der Familie Sibomana erleben sie viel Heiteres, erfahren aber auch von manchen Problemen. Sie gehen gemeinsam zum Marktplatz, kaufen ein und besuchen die Schule, eine Krankenstation und erkunden die Umgebung.
Der Leser gewinnt einen ausgezeichneten Einblick in die Lebensgewohnheiten einer rwandesichen Familie. Anhand der liebevoll, realistisch und fast minutiös gemalten Bilder läßt sich lange und ausführlich mit den Kindern diskutieren. Kleingedruckt begleiten den Text Zusatzinformationen, die von Kindern im Lesealter bereits selber in die Erzählung einbezogen werden können.

geeignet: „Muraho" eignet sich vor allem für gemeinsames Betrachten und Gespräche in Gruppen, als Einstieg ins Thema wie andere Kinder leben, wie der Alltag einer afrikanischen Familie aussieht. Für größere Kinder zum Selberlesen.

Wölfel Ursula
**Die grauen und die grünen Felder**
Schauplatz: verschiedene
Form: kurze Geschichten
Verlag: Neithard Anrich Verlag, Mülheim a.d. Ruhr
Lesealter: 7 - 9 Jahre, 2. Teil 9 - 12 Jahre
Preis: DM 9,80, 96 S.
Die Geschichten von Ursula Wölfel sind alltägliche Geschichten. Sie sind unbequem, weil sie von den Schwierigkeiten der Menschen, miteinander zu leben, erzählen, und wie Kinder in vielen Ländern diese Schwierigkeiten erfahren: Juanita in Südamerika, Sintajehu in Afrika und viele andere Kinder in den Industrieländern. Diese Geschichten zeigen eine Welt, die nicht immer gut ist, aber veränderbar.
Vier Geschichten handeln von Kindern aus der Dritten Welt. Die anderen zehn Geschichten erzählen von benachteiligten Kindern bei uns, von alten Leuten, von kranken und süchtigen Erwachsenen, von Vorurteilen und deren Folgen.

geeignet: als Klassenlektüre, zum Vorlesen als Diskussionsanstoß

Feustel Günther
**Ein Indio darf den Tag nicht verschlafen**
Schauplatz: Bolivien
Sprache: deutsch
Form: Erzählung
Verlag: Weismann Verlag München, 1977 (1974)
Preis: DM 11,30, 95 S.
José, ein kleiner Indianerjunge, wandert in die Stadt Potosi, um Arbeit zu suchen. Ein Struppiger, ein-ohriger Esel wird sein Begleiter. Aber die beiden finden keine Arbeit. Die Sandalenmacher, die José für kurze Zeit bei sich aufnehmen, sind gezwungen, sich auf unehrliche Weise Material zu beschaffen. José erfährt, wie viel besser die Weißen leben. Der Autor zeigt, wie hart das Leben eines Jungen in Südamerika sein kann: erschreckende Arbeitslosigkeit in den Städten, schlechte Existenzmöglichkeiten in den Anden, überall Hunger und Not. Die Geschichte endet jedoch nicht in Hoffnungslosigkeit, weil José Pedro, den Musikanten, kennenlernt, der wie ein Vater für ihn sorgt.

geeignet: als Einzel- und Klassenlektüre sowie zum Vorlesen

Lühring Anneliese
**Bei den Kindern von Concepción**
Schauplatz: Bolivien

Form: Tagebuch
Verlag: Reinbeck, Rowohlt Verlag, 1976, rororo 4060, 156 Seiten
Lesealter: ab 13 Jahren
Preis: DM 5,60
Eine deutsche Gemeindeschwester arbeitet für das Kinderhilfswerk Terre des Hommes in Bolivien. Sie hilft während 5 Jahren den Gesundheitsdienst im bolivianischen Tiefland aufzubauen und führt ein Tagebuch, das die Realität einer solchen Arbeit sehr gut darstellt. Das Buch ist in einer einfachen Sprache geschrieben und bereits für 13 - jährige verständlich.

geeignet: als Einzellektüre und im Unterricht

Renschler Regula und eine Arbeitsgruppe (Herausgeber)
**Wer sagt denn, daß ich weine**
Schauplatz: Afrika, Asien, Lateinamerika, USA, Schweiz
Form: Erzählungen, zum Teil aus dem Englischen, Spanischen und Portugiesischen übersetzt.
Verlag: Lenoz (Co - Produktion Lenoz und Z - Verlag, Basel), 1977
Lesealter: Je nach Geschichte ab ca. 10 bis über 16 Jahre
Preis: DM 12,80, ca. 200 S.
Die zehn Geschichten dieses Lesebuches handeln alle von Kindern und Jugendlichen, die der Verhältnisse wegen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die einen leiden mehr unter rassischen und religiösen Vorurteilen, andere mehr unter Armut und Elend, wieder anderen machen die Spannungen zwischen der eigenen traditionellen Kultur und den ganz anderen Wertvorstellungen der Weißen zu schaffen. Das Thema der Armut, der Abhängigkeit und der Unterdrückung zieht wie ein roter Faden durch diese sehr unterschiedlichen Erzählungen. Sie sind z.T. sehr spannend geschrieben. Alle zeigen eindrücklich, wie die meisten Kinder in der Dritten Welt und viele Kinder in den Industrieländern leben müssen.

Hetmann Frederik
**„Ich habe sieben Leben"**
Die Geschichte des Ernesto Geuvara, genannt Che
Schauplatz: Lateinamerika, Stationen von Che Guevara
Form: Biographie und geschichtlicher Tatsachenbericht
Verlag: Rowohlt, rororo-rotfuchs 137
Lesealter: ab 15 Jahren
Preis: DM 7,80
Aus Materialien, die der Autor in Europa, Nord- und Südamerika zusammengetragen hat, entstand eine umfassende Biographie, ein packender Bericht über Kindheit, Jugend, Leben und Absichten des großen Revolutionärs. Viele Vorstöße in Richtung auf die „Wahrheit" sind notwendig, wenn Ernesto Guevara nicht unbemerkt zum Plakat erstarren soll. Dieses Buch will einen Lernprozess in Gang setzten, der über die Person Guevaras hinausreicht.

geeignet: als Einzellektüre und als Ergänzung im Unterricht. Die Lektüre stellt auch vom formalen Aufbau her einige Ansprüche an den Leser.

## III. Spiele, Bastelmaterial, Posters

Cooper Terry Touff / Ratner Marilyn
**Koch mit uns; Das internationale Jugendkochbuch**
Schauplatz: Ganze Welt
Form: Kochrezepte mit farbigen Illustrationen
Verlag: Ex Libris Zürich / Unicef 1974 / 1977
Lesealter: ab 8 Jahren
Preis: DM 13,80, 51 S.
Aus 41 Ländern in Nord- und Südamerika, Afrika, Europa und Asien werden verschiedene Rezepte vorgestellt (Vorspeisen, Suppen, Getränke, Eintopfgerichte, Desserts). Das Kochbuch ist hübsch illustriert, handlich, gut aufgebaut und übersichtlich: Einzelne Hinweise auf das beschriebene Nahrungsmittel oder Rezept, Angaben der Schwierigkeiten in der Zubereitung. Zutaten- und Gerätelisten. Schrittweise Erklärung der Zubereitung in kindgemäßer Sprache. Das Kochbuch soll Kindern und Erwachsenen andere Kulturen vertrauter machen und sie zum Selberkochen anregen (für Kinder auch ohne Hilfe von Erwachsenen möglich).
Das Buch ist wirklich als Kochbuch gestaltet, mit nur wenig Informationen über die jeweiligen Länder, über ihr alltägliches Essen oder Hungern.

Misereor, **Dritte Welt Memory**, erhältlich bei Misereor, Preis 1,50.
Auf 80 Kärtchen sind 20 Situationen aus der Dritten Welt und die entsprechende Darstellung aus unserer Umgebung je paarweise abgebildet (z.B. Wohnung, Medizin, Arbeit, Schule, etc.). Es kann in verschiedenen Variationen gespielt werden. Die Kärtchen sind schwarzweiß und können von den Kindern noch ausgemalt werden. Das Spiel ist gut einsetzbar, da es den Kindern einige Denkanstöße geben wird.

**Ihre, Eure, Unsere, Meine, Seine, Deine Erde**
Form: Kalender mit Gedichten, Bildern, Texten und Spielen aus Entwicklungs- und Industrieländern
Verlag: Informations- und Dokumentationsdienst Technische Zusammenarbeit Eidg. Polit. Departement Bern
Lesealter: ab 8 Jahren
Preis: gratis
Der Katalog ist nach Themen gegliedert. Jan./Febr.: Einheit und Vielgestaltigkeit der Welt, März: Spiel, April: Schule, Mai: Wohnen, Juni: Klima usw. Zu jedem Thema sind mehrere farbige Fotos oder Bilder vorhanden, dazu Gedichte einheimischer Kinder, Rätsel, Spielanleitungen usw. Auf der Rückseite (z.T.) auch vorne) sind Texte aus Büchern über die Dritte Welt abgedruckt.

## IV. Filme, Dias

**Grüße von Rosita in Peru** (25 Min) BRD 1977, Regie: H.R. Strobel, Verleih: FWU, ab 6 Jahren
Rosita wohnt mit ihrer Familie in einer peruanischen Bauernsiedlung. Sie berichtet über ihre Familie, über die Arbeit ihres Vaters, und von ihrer eigenen Arbeit. Dieser Dokumantarfilm ist kindgemäß gestaltet und gibt ein realistisches Bild vom Leben der Kinder in Peru.
In ähnlicher Art gestaltet sind außerdem folgende Filme:

**Grüße von Twaña aus Tansania**, BRD 1975, Regie: H.R. Strobel, 20 Min. Verleih: Amt für Medienarbeit Diözese Rottenburg, Sonnenbergstr. 15, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711 / 24 17 02

**Vana**, Schweden 1975, 17 Min, Verleih: Evangelische Filmzentrale, Theodor-Heuss-Str. 23, 7000 Stuttgart 1. Tel. 0711 / 22 12 31

**Reka**, 10 Min, Verleih: Landesfilmdienst Baden - Württemberg, Hölderlinstr. 55, 7000 Stuttgart 1,
Tel. 0711 / 62 41 82

Jung, R.**Carlos und die Wellblechkinder**
Schauplatz: Kolumbien
Form: Erzählung mit 24 Dias und einem „Gucki" zum Betrachten der Dias
Verlag: Terre des Hommes Deutschland, 1976
Lesealter: 8 - 12 Jahre
Preis: DM 12,--, 24 S.
Die kurze Erzählung beschreibt den Alltag von Carlos, einem kleinen Buben, der in einem Slum von Bogotá lebt. Millionen von Kindern und Erwachsenen in der Dritten Welt wohnen wie Carlos in riesigen Elendsquartieren rund um die großen Städte. Dort gibt es keine gepflasterten Straßen, kein elektrisches Licht, kein fließendes Wasser, keine Schulen, keine Läden. Die Menschen hausen in Baracken aus Holz, Karton oder Strohmatten, die mit Wellblech gedeckt sind. Wie viele Wellblechkinder hat auch Carlos keinen Vater. Die Mutter arbeitet in der Stadt. Carlos hütet die kleinen Geschwister und lernt schon früh, das Seine zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, manchmal mit Stehlen und Betteln. Schließlich findet er Aufnahme im Club Michin, wo Terre des Hommes arme Kinder betreut.

Jung R.
**Gita im Loch**
Schauplatz: Indien
Form: Erzählung mit 24 Dias und einem „Gucki" zum Betrachten der Dias
Verlag: Terre des Hommes Deutschland, 1976
Lesealter: 10 - 12 Jahre,
Preis: DM 12,--, 34 S.
Gita hat eine Orange gestohlen. Dabei ist sie erwischt worden. Deshalb sitzt sie im Loch. Gita ist ein kleines Mädchen, das der Autor auf einer Reise durch Indien kennen gelernt hat. In der Arrestzelle eines Waisenhauses hat sie ihm ihre Geschichte erzählt. Sie gleicht dem Schicksal von Millionen Kindern in der Dritten Welt. Auf der Suche nach Arbeit kam die Familie Gitas nach Bombay. Aber statt des erhofften besseren Lebens wird ihre Lage immer schlimmer.

## V. Zusammenfassungen, Bibliographien, Allgemeine Literatur zum Thema Dritte Welt

**Südafrika im Unterricht**, hrsg. Aktionskomitee Afrika Bielefeld und Evangelische Pressestelle für Weltmission, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, dort ist das Heft kostenlos erhältlich. Es handelt sich hier um eine Übersicht und kritische Bewertung von Unterrichtsmaterialien, Büchern, Filmen, Diaserien und Spielen zu Südafrika, Namibia und Zimbabwe.

Regula Renschler/Käthi Bärtschi und eine Arbeitsgruppe, **Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher**, 4. erweiterte Auflage 1979, erhältlich bei „Erklärung von Bern", Gartenhofstraße 27, CH–8004 Zürich, Preis: 5 DM

Aus der Fülle der Kinder- und Jugendbücher, die sich mit dem Thema Dritte Welt befassen, wurden ca. 150 ausgewählt, nach Lesealter geordnet und kommentiert. Der Liste vorangestellt ist ein Kriterienkatalog zum Rassismus in Kinder- und Jugenbüchern.
Für alle, die sich einen Überblick über Dritte Welt Kinder- und Jugendbücher verschaffen wollen oder Näheres über einzelne Bücher wissen wollen, ist dieses Buch unentbehrlich. — Die Kommentare zu den Dritte Welt - Kinder- und Jugendbüchern auf dieser Liste sind diesem Buch entnommen.
**Probleme der Dritten Welt - Eine Einführung für Schüler**, hrsg. Informationszentrum Freiburg, Postfach 5328, 78 Freiburg, Preis: DM 1,50.
Das Heft gibt für ältere Schüler aber auch Erwachsene einen kurzen Überblick über die Probleme der Dritten Welt. Es ist als Einstieg gut geeignet.
**Unterrichtsmaterialien zum Thema Dritte Welt** für Vorschule, Schule und Erwachsenenbildung, hrsg. vom Arbeitskreis 3. Welt Reutlingen, Ausgabe 1977 / 78
Bezug: Infromationszentrum Dritte Welt Reutlingen, Lederstr. 34, 741 Reutlingen, Preis: DM 4,–
Ziemlich vollständig werden hier die Unterrichtsmaterialien zum Thema Dritte Welt aufgelistet mit genauen Angaben über Herausgeber, Bezug, Preis, Form etc. Der Inhalt wird nur kurz wiedergegeben, es reicht jedoch als Orientierungshilfe.
Meueler, E. Hrsg.: **Unterentwicklung** — Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer, und Aktionsgruppen, Reinbeck 1974, rororo Sachbuch Nr, 6906/07, 2 Bände zu je 9,80 DM; (Lehrer erhalten vom Verlag Prüfstücke zum halben Preis)
Strahm, Rudolf H., **Überentwicklung — Unterentwicklung,** Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, Nürnberg 197, Laetare-Verlag, Herzbachweg 2, 646 Gelnhausen,
Preis: DM 7,–. 12 dieser Schaubilder gibt es beim gleichen Verlag auch als Poster (Preis: DM 12,–), die meisten Schaubilder sind auch als Kopiervorlagen, ebenfalls bei Laetare, erschienen (Preis: ca. DM 30,–).

Der Autor versucht die sehr schwierigen und komplexe wirtschaftliche Thematik anschaulich, d.h. mit vielen Schaubildern und kurzen Texten darzustellen.





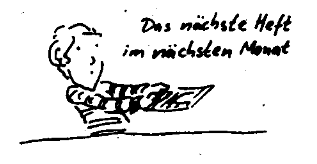

# NICARAGUA

## „patria libre o morir"

Die Situation in Nicaragua ist weiterhin katastrophal und durch die Kriegs-Zerstörungen chaotisch. Die Ausgangslage für ein neues Nicaragua ist nach wir vor erschreckend: 50.000 Todesopfer, davon 80% aus der Zivilbevölkerung, die sich vor den Bombadierungen der Luftwaffe nicht hatten retten können, 40.000 Kriegswaisen, 100.000 Verletzte, eine Million Hungernde (bei etwas über zwei Millionen Einwohnern), 25 bis 30% Arbeitslosigkeit, Milliardenschulden und leere Banken. „Die wichtigsten Wirtschaftszweige und mindestens ein Drittel der Landwirtschaft gehörten zum Privatimperium Somozas, und der Diktator hat dafür gesorgt, daß seine Nachfolger nichts zu lachen haben. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat das neue Institut für Agrarreform noch nicht einmal einen vollständigen Katalog sämtlicher Grundstücke des jahrzehntelang herrschenden Clans erstellen können, so undurchsichtig sind teilweise die Besitzrechte" (NZZ, 8.10.79). Der Schriftsteller Sergio Ramirez, Mitglied der neuen Regierung, bekräftigt hierzu: „Wir versuchen, der vielfachen Schwierigkeiten, die wir als Erbe der Diktatur übernommen haben, Meister zu werden. Diese Schwierigkeiten sind vor allem ökonimischer Natur: eine hohe Verschuldung gegenüber dem Ausland, das Fehlen flüssiger Mittel, ein niedriges Produktionsniveau und Arbeitslosigkeit. Dazu kommt, daß Nicaragua generell an wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit leidet." (Tages-Anzeiger 10.10.)
Zu alledem fließt die anfänglich zugesagte Hilfe aus dem Ausland spärlich. Nicht so wie nach dem Erdbeben 1972, als reichlich finanzielle Hilfe kam und in Somozas Privatbesitz floß, wird Nicaragua heute unterstützt. Ernesto Cardenal, bekannter Priester und jetzt Kultusminister, beklagt, daß die USA von den zugesagten 200 t Lebensmitteln pro Tag bisher lediglich 20 t liefern. Die angekündigte Luftbrücke zur Vermeidung des Hungers gibt es nicht. Von internationalen Hilfeleistungen könne keine Rede sein, jedes Land verlasse sich anscheinend auf das andere. Über die Kredite der USA besteht außerdem große Enttäuschung, denn von den zugesagten 6 Millionen Dollar seien bei der Überweisung gleich zwei Millionen für den Transport der Lebensmittel abgezogen worden. (SZ, 21.8.79) Das Verhalten der Bundesrepublik ist ähnlich. Zugesagt war eine Hilfe im Wert von 35 Millionen DM. Eingetroffen ist nach einer Aufstellung des Sozialministeriums über Lieferungen auf dem Luftweg erst ein Flugzeug am 31. August mit Milchpulver und Medikamenten. Zugesagte Kredite, nach Aussagen der Bundesregierung „freigegeben", sind nicht ausgezahlt worden.
Aber eine Million Menschen brauchen dringendst Lebensmittelhilfe, davon sind 450.000 unter 15 Jahre alt. Täglich benötigt Nicaragua mindestens 300 t Lebensmittelhilfe, bis Ende August kamen aber täglich nur Mittel zwischen 100 und 120 t. Geographisch verteilen sich diese eine Million Menschen folgendermaßen: 400.000 in der Gegend von Managua und 600.000 in den Städten im Innern. Somit ist die Gefahr von Unterernährung und Seuchenbildung sehr groß.
Von einem Gesundheitswesen kann so gut wie keine Rede sein. Vor dem Krieg gab es auf 10.000 Einwohner 22 Krankenhausbetten, 2,9 Pfleger, 6,4 Ärzte und 0,8 Zahnärzte, wobei durch diese Zahlen der Stadt-Land-Unterschied sowie die Klassentrennung bezüglich der Pflege und Pflegebedürftigkeit nicht zum Ausdruck kommt. Ein Großteil der medizinischen Einrichtungen ist in den letzten Tagen des Krieges noch zerstört worden, denn die Nationalgarde Somozas hat sich in die Krankenhäuser zurückgezogen, weil die Sandinisten diese nicht angriffen. Bei ihrem Abzug hatten die Söldner Somozas den Befehl, diese Einrichtungen noch zu zerstören.
Ähnlich wie im Gesundheitswesen sieht es in allen Wirtschafts- und Sozialbereichen aus. Die Industrie wurde von der Nationalgarde auf ihrem Rückzug zum Flughafen zerstört, in der Landwirtschaft fehlen zunächst einmal Saatgut, Dünger und Insektenvertilgungsmittel, der Viehbestand soll aufgrund des Handels der letzten Kriegstage um 100.000 Stück geschrumpft sein, Geflügel um etwa 70%. Die Zerstörung der Infrastruktur schätzt die UNO auf 80 Millionen Dollar.
Die Probleme wie etwa der Analphabetismus (1970 waren es 43%, was sich nicht verbessert hat) bleiben bestehen.
Zur Überwindung dieser Situation sind neben der Änderung der Besitzverhältnisse (nur der Besitz des Somozaclans wurde umverteilt, was aber mehr als 50% des Landes sind) Lebensmittelrationierungen und weitere strukturelle Maßnahmen ergriffen worden.

**Der Aufbau sandinistischer Komitees:**

Die sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS = Comite de Defensa Sandinista) sind die Fortführung der zivilen Verteidigungskomitees (CDC) und werden überall im Land aufgebaut. Die während des Kampfes entstandenen und schnell bewaffneten Volksmilizen hatten ihre vorrangige gemeinsame Aufgabe im Kampf gegen die Nationalgarde. Nach dem Sieg tritt eine neue Etappe ein, die auf eine neue Organisation dieser zum Teil in den letzen Tagen entstandenen und sich gegenseitig nicht kennenden Milizen erfordert. Die Milizen müssen ihre Waffen abgeben, die aber bezirksmäßig bzw. wohnblockmäßig wieder ausgegeben und kontrolliert werden. Es ist also keine Entwaffnung der Milizen, sondern eine Umorganisierung unter Kontrolle der Komitees. Luis Carrion, Mitglied der nationalen Führung der FSLN, erklärte in der ‚Barricada' vom 27.8.79 zu diesen Komitees, daß die CDS „heute die wichtigste, die größte Massenorganisation ist, die es in unserem Lande gibt. Sie können an den Kampagnen zur Alphabetisierung und zur Impfung teilnehmen. Sie mobilisieren sich gemäß den Interessen der Massen und der Revolution. Sie sind aufgefordert, jeden Tag die Disziplin zu straffen und auf die Orientierung und Anordnungen der FSLN zu hören."
Neben den CDS werden überall in Nicaragua Gewerkschaftsgruppen aufgebaut, die in der CST (Central Sandinista de Trabajadores), dem Sandinistischen Gewerkschaftsbund, organisiert sind. Wie es keine Tradition in der Gewerkschaftsbewegung gibt, sind auch wenig Kenntnisse über die eigene Kultur, Geschichte und Freiheitsbewegungen vorhanden. Deshalb werden täglich Veranstaltungen organisiert, die zur Erinnerung und Kenntnis der jüngsten Befreiungsgeschichte nach Sandino anhand von Personen oder Ereignissen beitragen sollen.



**Die vorläufige neue Verfassung:**

Sofort nach der Machtübernahme wurde die erste vorläufige Verfassung verkündet, die wesentliche unter Somoza nicht geltende Menschenrechte verkündete. Inzwischen gibt es eine zweite, das „Statut über Rechte und Garantien der Bürger". Wesentliche, grundlegende demokratische Freiheiten und Rechte sind dort gewährleistet: Die Todesstrafe ist abgeschafft und wird auch nicht auf Kriegverbrecher angewandt. Nicht einmal auf Somoza. Höchststrafe ist dreißig Jahre Haft. Eine Festnahme darf nur mit dem Haftbefehl einer Richters erfolgen. Ein Festgenommener muß binnen 24 Stunden entweder einem Richter vorgeführt oder freigelassen werden. Gerichtsverhandlungen sollen öffentlich sein. Weiterhin wird dem Volk garantiert: die direkte Beteiligung an den „fundamentalen Angelegenheiten des Landes", die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion, der Information und der Meinungsäußerung, der freien Versammlung und der Demonstration, der Gründung von Parteien und Gewerkschaften sowie das Streikrecht in „Übereinstimmung mit den Gesetzen". Wesentlich ist auch „das Recht auf freie und volle Bestimmung ihrer politischen Verhältnisse" und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Neben der freien Betätigung in politischen Organisationen und Gruppen wird auch die Freiheit der Lehre und Autonomie der Universität garantiert.

**Erlassene Dekrete**

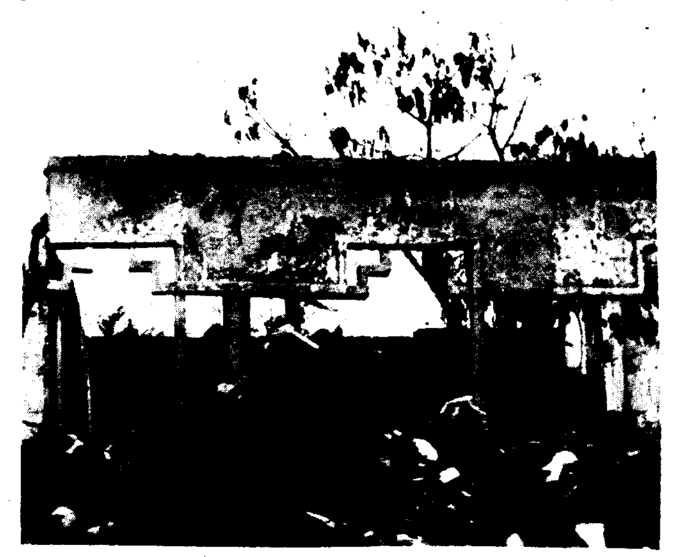
Eines der ersten Dekrete war die Konfiszierung der Güter Somozas schon am 20. Juli 1979, was sich auf die verschiedensten landwirtschaftlichen und industriellen Zweige bezog. (z.B. Goldbergwerke, Baumwolle, Kaffee, Viehzucht, Fischfang, Banken, Handel, Bauwirtschaft, Schiffahrt, Luftfahrt, Landtransport, Presse ...) Bis Ende August waren bereits 168 Betriebe konfisziert worden sowie 19 Haciendas, 159 Gebäude und 40 Fahrzeuge.
Ferner sind die Banken per Dekret nationalisiert worden. Außer den Somozisten erhielten alle Aktionäre im Austausch Staatsbons mit einem Jahreszins von 6,5% auf fünf Jahre.
Nach diesen grundlegend notwendigen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Landes und einer beginnenden Wirtschaftsplanung folgte die Aufteilung des Landes, und zwar zunächst an die 64.000 Kleinbauern, die weniger als einen ha Land besitzen. Aufgrund der wirtschaftlichen Notlage wurden größere produktionsfähige Höfe nicht angetastet. Der Direktor des Instituto Nacional para la Reforma Agraria, INRA (Nationale Institut für Agrarreform) Wheelock, kündigte eine „integrale, realistische Agrarreform" an, die durchgeführt werden wird „von Leuten, die technisch sehr qualifiziert sind und ein tiefes soziales Einfühlungsvermögen besitzen."
Am 6. August wurden Kaffee, Baumwolle, Zucker und Fischfangprodukte wie möglich weitere Exportgüter per Dekret unter die Kontrolle des Institutes für Außenhandel gestellt.
Die nächste einschneidende Maßnahme war ein Dekret am 25.8.79, als über Funk und Presse zum Umtausch aller 500 und 1000 Cordoba-Scheine innerhalb der nächsten zwei Tage aufgerufen wird. Diese Geldumtauschaktion war eine notwendige Maßnahme, weil die Somozisten 500 und 1000 Cordoba-Scheine in Millionen Werte gestohlen und mitgenommen hatten.
Zu weiteren wesentlichen Maßnahmen läßt sich momentan lediglich sagen, daß mit allen Kräften Projekte entworfen werden, um die Notsituation in sämtlichen Bereichen des Lebens aufzuheben. Das wichtigste sind zur Zeit Lebensmittel und Geld für den Wiederaufbau.
Interessant sind die Vorstellungen der Regierung über die Indianerpolitik und die ersten Eindrücke ihrer Kinderpolitik.

**Indios**

Die bisherige Indianerpolitik, die es auf eine Assimilierung oder gar Ausrottung dieser Minderheit absah, soll nicht nur beendet, sondern, soweit möglich, auch rückgängig gemacht werden. Dazu soll die uralte Kultur dieser Völker wiederentdeckt werden, die durch jahrhundertelange europäische und nordamerikanische Beherrschung verdeckt ist.
Das ist Aufgabe des Ministeriums für Kultur (nicht zu verwechseln mit einem deutschen Kultusministerium, dem in Nicaragua am ehesten das Ministerium für Erziehung ähnelt), dem der bekannte Dichter Ernesto Cardenal vorsteht.
Es geht nicht nur um die Wiederentdeckung der indianischen Kultur, sondern um die nicaraguanische Kultur überhaupt, die Spanien und später die USA systematisch für minderwertig erklärt und zerstört haben. Das Ganze ist kein Folklore-Programm für Touristen, sondern soll den Nicaraguanern ermöglichen, sich mit ihrem Volk und ihrem Land zu identifizieren.

**Kinder**

Adoptionen von Waisenkindern durch Europäern oder Nordamerikanern werden von der FSLN strikt abgelehnt. *„Das sind unsere Kinder, sie sollen als Nicaraguaner in einem freien Nicaragua aufwachsen."*
Kinderheime und Kinderdörfer (hier bekannt als „Kindernothilfe" und „SOS-Kinderdorf") werden aufgelöst, weil ihre Funktion war, Kinder isoliert von der Gesellschaft heranwachsen zu lassen. Die Waisen sollen in Gruppen zu 6 oder 8 mit kinderlosen Ehepaaren als Eltern in der Stadt oder dem Dorf aufwachsen. Waisenkinder haben keinen anderen Status als alle anderen Kinder.
Häufig sieht man Kinder jetzt in den Straßen der Ortschaften mit Spielzeugpistolen oder Holzgewehren Krieg spielen. Das Spiel heißt „Sandinisten gegen Nationalgarde" und ist sehr langweilig, weil sich nie Kinder finden, die die Nationalgarde sind. In Nicaragua bedeuten Waffen für die Kinder etwas anderes als in der BRD. Sie haben keinen aggressiven, sondern einen strikt defensiven Charakter. Es gibt kein Kind, das nicht Eltern oder Nachbarn unter den Kugeln der Nationalgarde hat sterben sehen. Eine Waffe zu haben ist in den Augen der Kinder nicht nur ein Recht, sondern eine Notwendigkeit, um sich gegen die „Guardia" verteidigen zu können, um, wenn die Mörder der Eltern und Freunde einmal zurückkehren, überleben zu können. An Rache wird — für viele Europäer unverständlich — nur von wenigen gedacht. (wite)



*Zerstörtes Krankenhaus in Esteli*

# Unterstützung beim Aufbau des Gesundheitswesens

**Zur Lage im Land**

Im Bürgerkrieg starben etwa 40.000 Menschen. Die genaue Zahl ist bis heute nicht eindeutig feststellbar, denn die Sandinisten führten in der Phase des Befreiungskampfes Tarnnamen, und die Identifizierung der Opfer ist daher sehr schwer. Täglich finden sich den Zeitungen Suchmeldungen. Auch die Zahl der Verletzten ist nur schwer exakt feststellbar. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß es Hunderttausende sind. Die von den militärischen Auseinandersetzungen besonders stark betroffenen Bewohner der Elendsviertel, der Barrios, versuchten, die Verletzten so gut wie möglich selbst zu behandeln. Auch an den Fronten wurden keine Statistiken über Verletzte und Gefallene geführt. Aber auch die wenigen vorhandenen Zahlen vermitteln ein erschütterndes Bild.
Allein in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, sind bis jetzt 400 Personen mit Querschnittslähmung durch Schußverletzungen erfaßt. Weitere 250 Personen mit Amputationen müssen ebenfalls behandelt werden. Die Krankenhäuser sind zum größten Teil zerstört bzw. vor dem Rückzug von der „Nationalgarde" Somozas geplündert worden. Nachdem Somoza keine Möglichkeit zu seiner Machterhaltung sah, betrieb seine Privatarmee eine Politik der verbrannten Erde. So zerstörten Somozas Truppen auf ihrem Rückzug zum Flughafen in Managua fast alle Industriebetriebe durch Brandbomben und mit Dynamit. Da sich die meisten Industriebetrieb auf mehrere Kilometer entlang der Straße zum Flughafen erstrecken, wurden davon etwa 80% der Industrieanlagen der Hauptstadt Nicaraguas betroffen. Die Arbeiter sollten auf diese Art und Weise arbeits- und brotlos gemacht und ein schnelles Erholen des Landes vom Bürgerkrieg verhindert werden.
Die 6.000 Nationalgardisten, die nach Norden und schließlich nach Honduras flohen, trieben es noch grausamer. In Esteli, einer Kreishauptstadt am Rande unseres Projektgebietes, benutzten sie das Krankenhaus als militärischen Stützpunkt. Zum einen, weil es ein fester Steinbau ist — oder richtiger — war, vor allem aber, weil es dort noch etwas zu Essen gab und die Patienten als Geißeln benutzt werden konnten. Die Nationalgarde wußte, daß die Kämpfer der Sandinisten kein Krankenhaus, in dem sich Patienten befinden, angreifen würden.
Die Nationalgarde hingegen bewarf nach ihrem Rückzug aus dem Krankenhaus — die Nahrungsmittel waren ausgegangen — die Gebäude mit Brandbomben. Vor ihrem Rückzug erschossen sie vor den Augen der Patienten in einem Krankensaal einen Arzt, weil er seiner selbstverständlichen Pflicht nachgekommen war und einem Mann medizinisch geholfen hatte, der im Verdacht stand, mit den Sandinisten zu sympathisieren. Sie zerstörten die Brunnenlage und steckten das Küchengebäude in Brand.
Weiter im Norden, zum Beispiel in einem kleinen Gesundheitszentrum in Totigalpa, räumten sie bis auf den Impfstoffkühlschrank und einen gynäkologischen Untersuchungsstuhl alles aus.
Aber nicht erst der Bürgerkrieg brachte Elend über das Land. Obwohl Nicaragua ein fruchtbares Agrarland ist, findet man in den Elendsvierteln Tausende von unterernährten Kindern. Die Landwirtschaft auf den großen Ländereien im Privatbesitz des Somozaclans war ausschließlich exportorientiert.
Zu Hauptanbauprodukten wurden Reis, Kaffee, Bananen, Zuckerrohr und Baumwolle gemacht und auf dem Weltmarkt verkauft, die Devisen auf Somozas Privatkonten angelegt. Die Camesinos, die Landarbeiter, zogen als Saisonarbeiter von Latifundie zu Latifundie und arbeiteten abwechselnd in der Zuckerrohr- in der Baumwoll- und in der Kaffeernte. Mit den gezahlten Minimallöhnen war es unmöglich, die Familien ausreichend zu ernähren.
Außerdem hatte das Erdbeben von 1972 Tausenden Tote und Verletzte gefordert, Häuser und Produktionsstätten zerstört. Wie mittlerweile bekannt ist, kassierte Somoza die Gelder aus den internationalen Hilfsfonds privat und ließ die Medikamente, die die Hilfsorganisationen schickten, in Apotheken verkaufen. Seine „Aktion Koffer", wie sie in Nicaragua heißt — nämlich Geld zu besorgen, um es ins Ausland zu schaffen — nahm zum Teil groteske Formen an.
So rief Somoza Planungsbehörden ins Leben, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, Projektvorschläge bei internationalen Organisationen zu unterbreiten. Wurden die Gelder dann bewilligt, blieben die Projekte teilweise oder garnicht verwirklicht, während die Hilfsgelder in Somozas Taschen flossen.
Das nicaraguanische Volk dagegen hungerte und litt unter Krankheiten. Z.B. wurden die Wasserleitungen nach dem Erdbeben nie wieder repariert. Als Folge der unzureichenden Trinkwasserversorgung leiden 90 Prozent der Kinder unter Magendarmerkrankungen.
Dies sind nur einige Schlaglichter, die die aktuelle Situation in Nicaragua beleuchten.
Jetzt, nachdem die Bevölkerung das Joch Somozas abgeschüttelt hat und die militärische Lage ruhig ist, wird ein ungeheurer Aufbauwille sichtbar. Dazu wollen wir einen solidarischen Beitrag leisten!



*Elendviertel in Managua*

**Zu unserer Projektplanung:**

Nach Rücksprache mit dem Gesundheitsminister Nicaraguas und dessen Planunsstab, der den Wiederaufbau des Gesundheitswesens organisiert, und nach Absprache mit dem deutschen Medizinerteam Dr. Ernst Fuchs, Dr. Barbara Kloss, Dr. Jürgen Wagner und Claudien Ohlandt, wird medico international in den Nordprovinzen Nueva Segovia (Hauptstadt Ocotal) und Madriz (Hauptstadt Somoto) sowie in der Umgebung von Matiguas den Aufbau eines dezentralen, basisbezogenen Gesundheitsdienstes unterstützen.

Wir wollen dabei in drei Stufen vorgehen:
1. Ausrüstung von zwei Medizinerteams mit mobilen medizinischen Einheiten, einer Art rollender Arztpraxen, mit denen sich diese Teams auch in die abgelegensten Dörfer begeben können.
2. Ausrüstung von acht Gesundheitsposten und zehn Gesundheitszentren mit medizinisch-technischem Gerät, Medikamenten und Verbandsmaterial. Renovierung und Vervollständigung der Ausrüstung von drei ländlichen Hospitälern in Ocotal, Somoto und Matiguas.
3. Präventivmedizinische und gesundheitspädagogische Maßnahmen z.B. im Ernährungssektor, im Mutter-Kind-Bereich und im Hygienebereich.

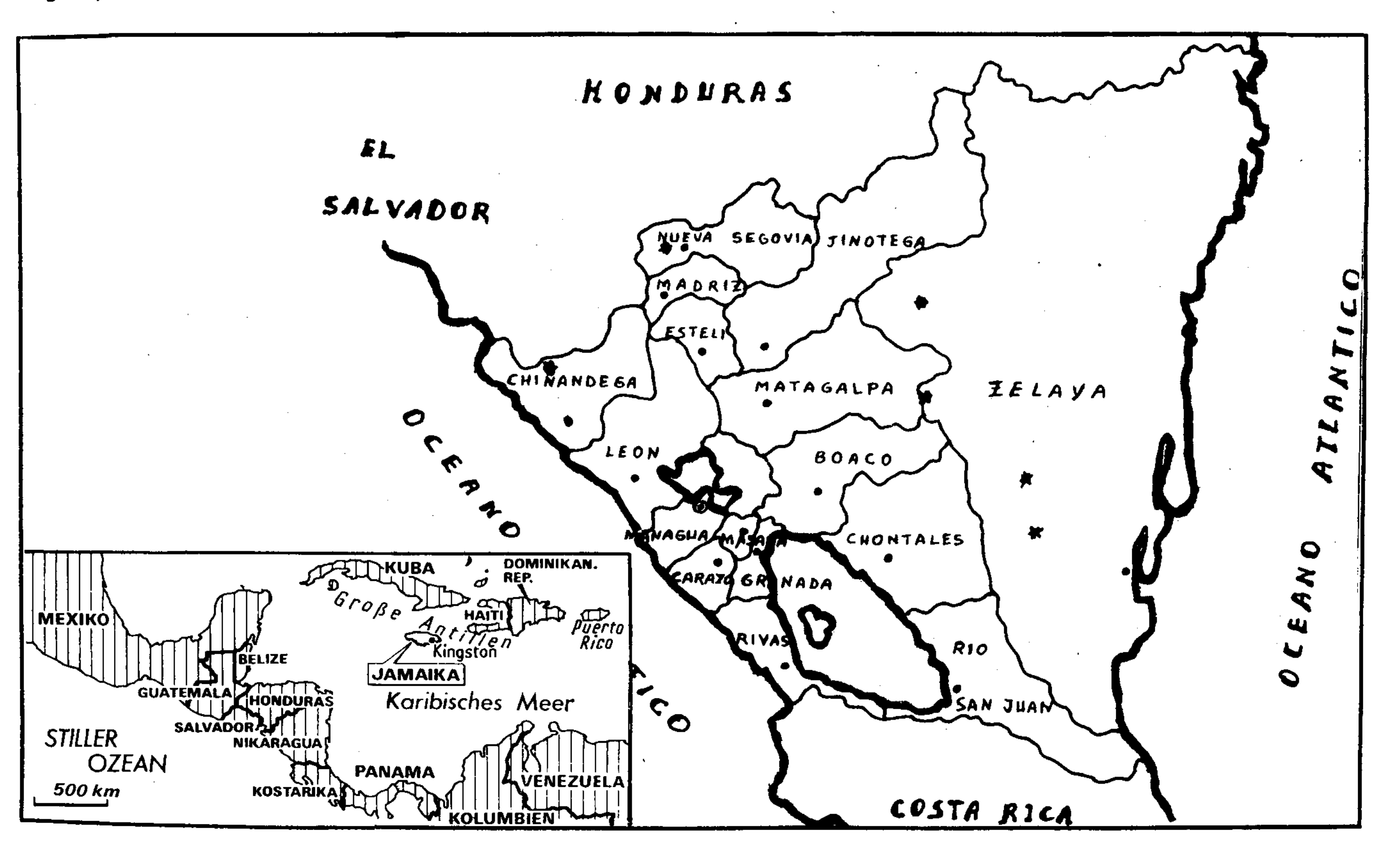
**Warum diese Region:**

Im Einzugsgebiet der Provinz Nuava Segovia und Madriz leben ca. 120.000, in der Region Matiguas etwa 20.000 Menschen.
Es kommt unseres Erachtens darauf an, auch den Menschen in den oft vernachlässigten ländlichen Regionen das Gefühl zu geben, daß ihr Wille zum Wiederaufbau unterstützt wird. Darüberhinaus ist es wichtig, dezentrale Anlaufpunkte für die Gesundheitsversorgung zu schaffen bzw. Ärzteteams mobil zu machen, damit sie in die Dörfer fahren können, weil das Krankenhaus in Esteli, am Südrand des Projektgebietes liegend, zerstört ist.
Außerdem ist es möglich, auf vorhandene Bausubstanz zurückzugreifen, die durch den Einsatz einheimischer Handwerker schnell instand gesetzt werden kann.

Wir verfügen mit dem deutschen Ärzteteam, das in diesen Stützpunkten arbeiten wird, über qualifiziertes Personal, das aufgrund seiner Erfahrung im Land in der Lage ist, mit dem einheimischen Personal und der Bevölkerung zusammenzuarbeiten.
Darüberhinaus gibt es einen weiteren wichtigen Grund, in dieser Region zu arbeiten. Wir schließen nicht aus, daß es mittelfristig in El Salvador, Honduras und Guatemala zu verstärkten politischen AuseinandersetNungen kommen wird. Dort herrschen heute noch vergleichbare Verhältnisse wie zu Somozas Zeiten in Nicaragua. Vermutlich werden dann die Nordregionen Flüchtlingszustromgebiet werden, und es würde zu einer Katastrophe führen, wenn bis dahin die Versorgungslage dieser Region nicht gesichert wäre.

**Unsere Bitte an Sie**

Unterstützen Sie dieses Aufbauprojekt in Nicaragua. Leisten Sie einen Solidaritätsbeitrag für ein Volk, das sich unter großen Opfern von der Herrschaft eines Tyrannen befreit hat!
Wir bitten Sie, Geldspenden auf unser Konto 182 bei der Stadtsparkasse Frankfurt oder auf das Konta 6999-508 beim Postscheckamt Köln einzuzahlen. Wir bitten außerdem diejenigen, die es sich finanziell leisten können, dieses Entwicklungsprojekt durch Übernahme einer Projektpatenschaft in Form einer Einzugsermächtigung oder eines Dauerauftrages über einen längeren Zeitraum zu unterstützen. Entwicklungsmaßnahmen werden nicht von heute auf morgen verwirklicht. Wir rechnen mit einem Projektzeitraum von zwei Jahren.
**medico international, Homburger Landstraße 455,**
**6000 Frankfurt/Main, Telefon: (0611) 541091**



**Auszug aus einem Interview mit Henrique Schmidt,**

früher Repräsentant der FSLN in Europa, heute Mitglied (Vizeminister) der Junta zum Wiederaufbau Managuas, der Hauptstadt Nicaraguas.
Interviewer: Walter Schütz (medico international, m.i.) Aufnahmetermin: 28. August 1979

m.i.:
Vielleicht einige Stichworte zum Gesundheitswesen und zur Ernährungsproblematik?
H.S.:
Ja, die Ernährungsproblematik ist eine der Hauptsorgen zur Zeit. Wir können sagen, daß in dieser Regierungsphase einmal die Ernährungsprobleme, dann die Gesundheitsprobleme und zum dritten die Wohnungsmisere, die es nicht nur in Managua sondern auch im übrigen Land gibt, die Hauptprobleme sind. Wir haben versucht, die Ernährungsprobleme irgendwie zu regeln, indem man gewissen Rationierungen einführt. Dabei muß aber gesagt werden, daß wir gehofft haben, daß die Kooperation auf internationaler Ebene noch sehr viel stärker sein würde, als es bis jetzt der Fall ist.
m.i.:
Was erwartet man von draußen? Was erwartet man aus der Bundesrepublik? Erwartet man viele Linkstouristen, die hierherkommen und Revolutionsvoyeure spielen oder erwartet man außer Geld massenweise Paketchen, was erwartet man konkret?
H.S.:
Ich glaube, daß die Genossen, die mit uns gearbeitet haben, daß die Genossen, die Klarheit haben über das was wir hier machen wollen, daß diese Genossen die Hauptaufgabe haben, diesen Prozess im Ausland zu unterstützen. In den Ländern, wo sie politisch arbeiten, sollen sie versuchen diese Revolution tatsächlich zu fördern. Sie sollen versuchen, auch ihre eigenen Regierungen aufzufordern, tatsächlich das einzuhalten, was sie früher einmal versprochen haben, egal ob ihnen die Entwicklung dieses Landes passt oder nicht.
Denn eines muß klar sein:
In diesem Land wird nicht gemacht, was die Regierungen in anderen Ländern für wünschenswert halten, sondern das, was die Bevölkerung von Nicaragua will und das werden wir auch weiterhin garantieren. Das ist ja die Hauptsache.
Wir haben vor dem Sturz der Diktatur eine ganze Menge gesagt und das halten wir ein. Wir haben das nicht gesagt, um irgendwelche Konzessionen zu leisten gegenüber anderen Regierungen, anderen Kreisen, die vielleicht etwas unruhig waren, etwas befürchtet haben.
Wir haben das gesagt, weil wir an diese politische Entwicklung glauben, an der wir beteiligt sind. Das, was wir jetzt machen ist das, was in unserem Land tragbar ist. Wenn wir etwas anderes nicht gemacht haben, dann einfach deshalb, weil das in der augenblicklichen Situation einfach nicht geleistet werden kann. Sicher ist aber, daß wir eine Gesellschaft wollen, und brauchen, die die Bevölkerung von Nicaragua, die eigentlich die Revolution gemacht hat, freier macht, daß sie ihre Bedürfnisse auch erfüllen kann. Wir wollen, wie General Sandin auch gesagt hat, eine Gesellschaft der freien Menschen und wir werden bis zum Ende kämpfen.

# ARGENTINIEN

**Die argentinische Diktatur hat Adriana Lesgart entführt**

Die peronistische Montonero-Bewegung denunziert die Entführung der Genossin Adriana Lesgart, erste Sekretärin der Frauensektion des MPM. Sie wurde am 21. September in Buenos Aires entführt. Die Entführung dieser Widerstandskämpferin steht in einer Reihe mit der Ermordung des Gewerkschaftsführers Armando Croatto und des Kommandanten der Montonero-Partei Horacio Mendizábal, sowie der Entführung des Montonero-Führers Regino Adolfo González, dessen Frau und drei Töchter von den Militärs gefangen gehalten werden, wie ein Kommuniqué des Oberkommandos der Armee bestätigt.
Diese tragischen Ereignisse erwecken schlimmste Befürchtungen für das Leben von A. Lesgart. Gleichzeitig beweisen sie aber auch, daß die Führer der Montonero-Partei sich in der ersten Linie des Kampfes gegen die Militärdiktatur befinden. Die entführte Montonera gehört zu einer Familie, die von der Repression besonders hart betroffen ist: ihre Schwester Susana wurde 1972 unter der Diktatur von General Lanusse zusammen mit 15 anderen politischen Gefangenen beim „Massaker von Trelew" ermordet. Ihre Geschwister María Amelia und Rogelio Aníbal wurden von der Videla-Diktatur entführt.
A. Lesgart wurde 1947 in der Stadt Córdoba, die über ein kämpferisches Proletatiat verfügt, geboren. Bereits sehr jung begann sie in der Reihen des Montonero-Peronismus mitzuarbeiten. Wie viele andere hervorragende junge Leute — sie hat ihr Diplom in Erziehungswissenschaften mit einer Goldmedaille absolviert — zögerte sie nicht am Kampf des Volkes gegen die Diktatur von General Onganía teilzunehmen. Ziel ihrer Arbeit war die Verteidigung der politischen Gefangenen und die Aufklärung der Ereignisse des Massakers von Trelew, bei dem ihre Schwester ermordet worden war. Diese Ziele blieben auch in ihrem späteren Widerstandkampf ihr Hauptanliegen. Ihr Widerstandskampf war immer mit der Solidaritätsarbeit mit den Angehörigen der Verschwundenen und der Denunzierung der Verbrechen der Videla-Diktatur verbunden.
1973 war sie ein Gründungsmitglied der „Gruppe Evita" der peronistischen Bewegung. 1977 wurde sie in den Obersten Rat der Peronistischen Montonero-Bewegung gewählt. Zwischen 1977 und 1979 organisierte sie im Ausland die Solidarität mit den Angehörigen der Verschwundenen und kehrte in den ersten Monaten dieses Jahres nach Argentinien zurück, um Aufgaben in der Gegenoffensive des Volkes gegen die Diktatur zu übernehmen.
Miguel Bonasso, Pressesekretär der Peronistischen Montonero-Bewegung, 26. September 1979

# BRASILIEN

# Deutsche Atomtechnologie in Brasilien

### Umfang des Vertrages

Am 27. 6. 75 wurde zwischen Bonn und Brasilia ein Vertrag unterzeichnet, der den Rahmen für das größte Exportgeschäft der westdeutschen Industrie abgeben soll: der Atomvertrag zwischen der BRD und Brasilien. Dieses Abkommen sieht die Lieferung von acht deutschen Atomkraftwerken (des Biblis-Typs), einer Urananreicherungsanlage und einer Wiederaufbereitungsanlage vor. Das Auftragsvolumen an die westdeutsche Industrie wurde auf 10 Mrd. DM geschätzt. (1)

### Die brasilianische Bombe?

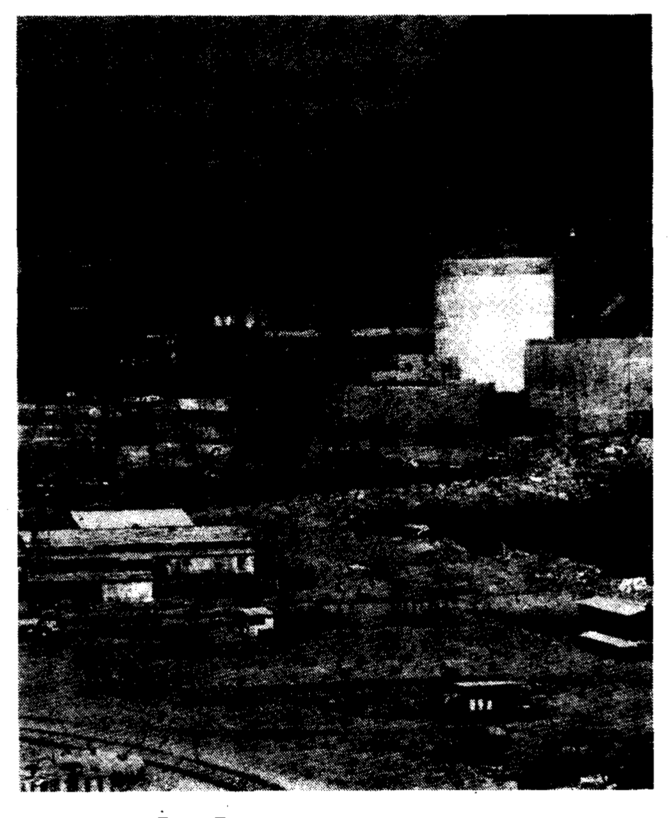
Gerade die Bereitschaft von seiten der BRD, eine Urananreicherungsanlage und eine Wiederaufbereitungsanlage zu exportieren, brachte der westdeutschen Industrie den Auftrag, und nicht der amerikanischen, die nur Kernkraftwerke und angereichertes Uran exportieren darf, qua Gesetz aber nicht Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen. (2) Durch die Lieferung eines vollständigen Nuklearsystems würde Brasilien, das den Atomwaffensperrvertrag unter Verweis auf eine mögliche Beeinträchtigung der „nationalen Sicherheit" nicht unterschrieben hat, in die Lage versetzt, nukleare Sprengkörper herzustellen. Brasilien hat zwar vertraglich Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) akzeptiert. Wie wenig solche Kontrollen letztlich ausrichten können, zeigt zum Beispiel Indien, das trotz der durch die kanadischen Reaktor-Lieferanten verhängten Restriktionen genug Plutonium für die erste indische Bombe beiseite schaffte. (3) Der Generaldirektor der IAEO sprach in diesem Zusammenhang von einer Erosion des internationalen Kontrollsystems. (4) Diese Gefahr war Inhalt scharfer Kritiken von seiten amerikanischer Politiker und der amerikanischen Regierung, dabei spielte die Befürchtung eine Rolle, die USA könnten ihrer eigenen Reaktorindustrie gegenüber den gesetzlichen Ausfuhrstopp für Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen nicht mehr aufrechterhalten. (5)

### Die Aufteilung des Atommarktes

Gerade die Hoffnung für die US-Konkurrenz der westdeutschen Lieferanten, von lästigen Auflagen befreit zu werden, könnte die Erklärung dafür abgeben, daß es im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen auf der politischen Ebene zwischen den „konkurrierenden" westdeutschen und amerikanischen Firmen eher friedlich zuging. Archivunterlagen der International Electric Association, einem weltweiten Elektro-Kartell, dem auch die KWU-Mutter Siemens angehört, wurden dem Kartellkritiker Kurt Mirow zugespielt. Aus diesen Unterlagen geht die weltweite Aufteilung des Atommarktes hervor. Schon lange vor Abschluß des Atomvertrages mit Brasilien war dieser innerhalb des Kartells den Deutschen zugeschlagen worden, so wie der Atomvertrag mit Pakistan vereinbarungsgemäß den Franzosen zufiel. (6)

### Brasilianische Kritik am Atomvertrag
### Zweifel an der Sicherheit der Atomanlagen

Die bisherigen Erfahrungen mit dem brasilianischen Atomenergieprogramm geben den Bedenken gegen die Sicherheit von Atomanlagen reiche Nahrung. Der erste brasilianische Reaktor Angra I, ein amerikanischer Westinghouse-Reaktor, in einer Bucht bei Angra dos Reis südlich von Rio de Janeiro gelegen, sollte 1976 in Betrieb genommen werden; auch heute ist daran noch nicht zu denken. Die Bucht ist geologisch äußerst ungünstig für einen Reaktor, eine Schicht aus Lehm und Felsen liegt über einer leicht ins Meer abfallenden Gesteinsformation. Das Turbinenhaus des Reaktors wurde nicht auf Fels, sondern auf einen großen Findling gebaut, der unter dem Gewicht des Reaktors in Richtung Meer wandert, in drei Monaten immerhin 6 cm. Nicht umsonst heißt die Bucht in der Sprache der Indianer „Strand des faulen Steines".
Im September 79 ist die Stützmauer, die die Reaktorbucht gegen den Berg schützt, auf einer Länge von etwa 20 m eingebrochen, Plastikplanen sollen verhindern, daß der Hang vom Regen weggespült wird. Auch ein Übertragungsmasten mußte auf diese Weise geschützt werden. Auch die unmittelbare Nähe zum Meer wirft Probleme auf; wegen eines Hochwassers 1978 mußten Notdeiche aufgeschüttet werden, um die Überflutung des Reaktors zu verhindern. Völlig ungeklärt sind zudem die Probleme der Salzwasserkühlung; derzeit erhält der Reaktor Angra I sein drittes Kühlsystem. In den USA wurden 38 salzwassergekühlte Westinghouse-Reaktoren stillgelegt. Zu allem Überfluß steht der Reaktor im einzigen Erdbebengebiet Brasiliens, das letzte Erdbeben 1967 war nur 25 km vom Reaktor entfernt. (7)
Trotz dieser Probleme entsteht der erste deutsche Reaktor unmittelbar neben dem Westinghouse-Reaktor in der gleichen Bucht, ursprünglich war sogar geplant, hier einen



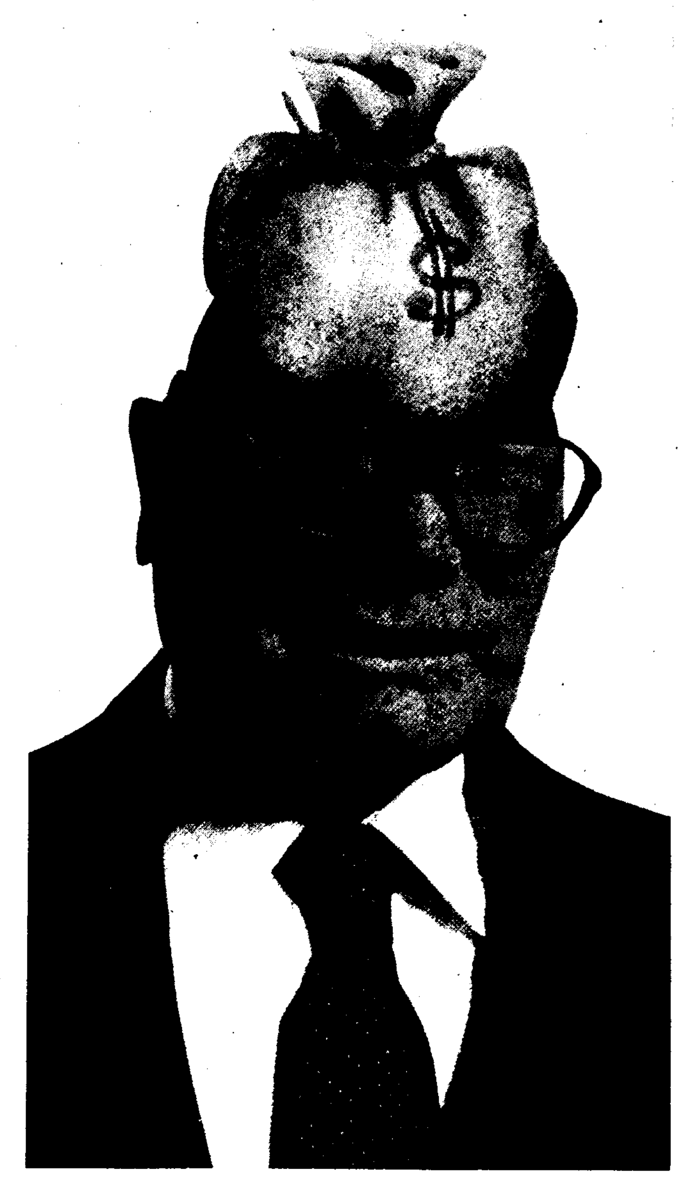
bei Angra Dos Reis

dritten Reaktor aufzubauen. Die ungünstige geologische Formation erzwang gigantische Grundierungsarbeiten, die den Reaktor zum teuersten Pfahlbau der Welt machen werden: 1 600 Pfeiler, 50 m lang und bis zu 2 m breit, die Baukosten pro Pfeiler betragen bis zu 250 000 US-Dollar. Auch an der Tragfähigkeit der Pfeiler bestehen starke Zweifel. (8) Warum dieser technische und ökonomische Wahnsinn nicht durch die Wahl eines anderen Standortes vermieden würde, erklärt sich, wenn man weiß, daß die Grundierungsarbeiten – übrigens ohne öffentliche Ausschreibung – von der Firma Odebrecht ausgeführt werden, deren Aktionär und früherer Chef Calmon de Sá Industrie- und Handelsminister unter dem letzten Präsidenten, Geisel, war. Die Firma darf alle anfallenden Kosten ohne Beschränkung dem Auftraggeber in Rechnung stellen und für sich selbst 12 % als Aufschlag kassieren. Je höher die Kosten, desto höher also der Gewinn. Die deutsche Firma Hochtief ist als Zulieferer von technischen Kenntnissen für Odebrecht mit 50 Mill. DM am Grundierungsgeschäft beteiligt. Hochtief pries ihren Partner Odebrecht gegenüber der brasilianischen Regierung als einzige zur Grundierung fähige Firma, allerdings ohne ihre geschäftlichen Verbindungen kundzutun. (9)

**Es gibt Alternativen zur Kernkraft**

Brasilien verfügt über reiche Wasserkraftreserven. Gegenwärtig werden über 90 % der Elektrizität in Wasserkraftwerken gewonnen. Die installierte Leistung der Kraftwerke Brasiliens betrug 1978 knapp 25 000 Megawatt. Brasiliens Wasserkraftreserven reichen aus, um eine installierte Leistung von 209 000 Megawatt aufzubauen; d. h. die installierte Leistung könnte bis zum Jahre 2000 jährlich durchschnittlich um 10,2 % gesteigert werden und somit mehr als verachtfacht werden. (10) Zum Vergleich: Die verfügbare Leistung der Elektrizitätsversorgung der BRD betrug 1977 74 000 Megawatt, wobei diese Kapazität weit über der erforderlichen Höchstleistung lag. Brasilien, das knapp doppelt soviele Einwohner hat wie die BRD, könnte im Elektrizitätsbereich allein durch Wasserkraft eine fast dreifach so hohe Leistung aufbringen als das Industrieland BRD unter Einsatz aller Energiequellen aufbringt. (11) Dabei werden bei Wasserkraft die Investitionskosten für das Kilowatt installierte Leistung einschließlich der Kosten für die Fernübertragung auf 800 – 900 US-Dollar geschätzt (12), während die entsprechenden Kosten bei Atomkraftwerken zumindest bei 1 600 US-Dollar liegen werden. Der frühere Direktor der Elektrizitätsfirma Furnas Cotrim schätzt die Investitionskosten pro Kilowatt installierter Leistung auf 3 000 US-Dollar, somit auf das Dreieinhalbfache der entsprechenden Kosten für Wasserkraft. Nach Berechnungen Cotrims wären die brasilianischen Atomkraftwerke nur bei einer Erhöhung der Strompreise um 300 % rentabel zu betreiben. (13)

Strom aus Wasserkraft ist nicht nur sicher und weitaus billiger als der Atomstrom, er hat auch weitere Vorteile: Die für die Wasserkraftwerke erforderlichen Anlagen könnten im Lande produziert werden, ohne Belastung der Zahlungsbilanz Brasiliens, dessen Nettoauslandsschuld bei 43 Mrd. US-Dollar liegt, dessen Schuldendienst bereits 2/3 der Exporterlöse auffrißt und das sich in diesem Jahr nach amerikanischen Schätzungen mit einem Betrag zwischen 10 und 15 Mrd. US-Dollar zusätzlich verschulden wird. Zudem ist der Bau von Staudämmen sehr arbeitsintensiv und könnte somit einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. Der Physiker und Ökologe Zatz, ein aktiver Gegner des brasilianischen Atomprogramms, weist auf



einen anderen Aspekt hin: Die Atomkraftwerke werden hauptsächlich im Süden Brasiliens gebaut werden, in dem bereits der Industrieaufbau konzentriert ist. Damit wird das Atomprogramm zu einer weiteren Verschärfung der Unterschiede zwischen Nord- und Südbrasilien beitragen. Eine dezentrale Nutzung der Wasserkraft könnte die Voraussetzung für eine gleichmäßigere Entwicklung schaffen. Unter diesem Aspekt kritisiert Zatz auch das Wasserkraftprojekt Itaipu an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay, das mit 12 600 Megawatt eine höhere Leistung haben wird als die im Vertrag vorgesehenen acht deutschen Reaktoren zusammengenommen. Mit einer dezentraleren Nutzung der Wasserkraft könnten die negativen Folgen der Großprojekte, im Falle von Itaipu auch die Umsiedlung von 50 000 Menschen und die Gefährdung Argentiniens durch Überschwemmung bei einem Unfall, vermieden werden.

**Die Kosten steigen und steigen**

Wurden bei Vertragsabschluß die Kosten des Atomprogramms auf 10 Mrd. US-Dollar geschätzt, wobei von Investitionskosten pro Kilowatt installierte Leistung von 500 US-Dollar ausgegangen wurde, so werden die Kosten heute schon offiziell auf 20 Mrd. US-Dollar beziffert. Bei Investitionskosten pro Kilowatt installierte Leistung von 2 000

US-Dollar – dieser Wert liegt noch weit unter den Schätzungen des früheren Furnas-Direktors Cotrim – würde das Atomabenteuer 30 Mrd. US-Dollar kosten, das weit über 100fache dessen, was die brasilianische Regierung im Rahmen ihres Nahrungshilfeprogramms in einem Jahr bereit ist, der fehlernährten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. (14) Kritiker des Vertrages wie der Atomphysiker Zatz sprechen sogar von 40 Mrd. US-Dollar. Somit wurde im Atomvertrag eine gigantische Belastung des brasilianischen Staatshaushaltes wie auch der Zahlungsbilanz übernommen. Letztere soll durch eine teilweise Bezahlung der Anlagenlieferungen durch Uranexporte an die westdeutschen KKW-Betreiber gesenkt werden. (15)
Die westdeutschen Lieferanten brauchen sich allerdings um die Zahlungsfähigkeit der brasilianischen Seite wenig Sorgen zu machen. Die Kredite und Lieferungen sind vom Bund über die bundeseigene Hermes-Versicherung gegen politische und wirtschaftliche Risiken abgesichert, und zwar zu besonders günstigen Konditionen. Der sonst bei Exportfinanzierungen übliche Selbstbehalt von 10-20 %, mit dem der Exporteur an etwaigen Kreditausfällen beteiligt ist, wurde hier auf 5 % gesenkt. (16)

**Bedingungen auf der Baustelle**

Bei einem so teuren Programm muß irgendwo auch gespart werden; auf dem Gebiet der Arbeits- und Wohnbedingungen scheint man die Verschwendungen in anderen Bereichen ausgleichen zu wollen. Vor dem Parlamentsausschuß zur Untersuchung des Atomprogramms kamen im letzten Jahr zahlreiche Mißstände zutage: die Arbeiter sind in Baracken zusammengefercht, eine Kantine mit einer Kapazität für 2000 Personen hatte zeitweise 15000 Arbeiter zu versorgen, für jeweils 500 Arbeiter gab es ein Klosett, die Trinkwasserversorgung erwies sich als schlecht, Malaria und Meningitis werden durch Sumpfmücken und Stechfliegen verbreitet. (17)

**Die Zukunft des Atomprogramms**

Der Atomvertrag, der von den Militärs und Bürokraten ohne öffentliche Diskussion, ja ohne Konsultierung der nationalen Fachleute abgeschlossen wurde, stößt in der brasilianischen Öffentlichkeit auf eine scharfe Kritik, die auch infolge des Reaktorunfalls in Harrisburg angewachsen ist. Allerdings stehen die Verfügbarkeit alternativer Energiequellen und die Auslandsverschuldung stärker im Vordergrund der Kritik als Bedenken gegen die Sicherheit von Atomanlagen. Sicherheitsbedenken wurden insbesondere durch die brasilianische Physiker-Gesellschaft hervorgehoben. Die Veröffentlichung einer geheimen Vereinbarung der KWU und der staatlichen Gesellschaft Nuclebras, die durch einen Polizeieinsatz verhindert werden sollte, hat der Kritik neuen Auftrieb gegeben. Entsprechend den Vereinbarungen unterhalten KWU und Nuclebras gemeinsam die Firma Nuclen. Trotz nur eines Kapitalanteils von 25 % hat die KWU im geschäftsführenden Vorstand und im Verwaltungsrat ein Einspruchsrecht, verfügt in der technischen Kommission über eine Mehrheit und ernennt die Vorstandsmitglieder für das technische und das Verwaltungsressort. Die Wirtschaftszeitung Gazeta Mercantil, die das geheime Abkommen veröffentlichte, sprach von der faktischen Kontrolle der brasilianischen Atomindustrie durch die KWU. (18)
Auch in der Regierung gibt es Kritiker des Atomprogramms. Entgegen den Versicherungen der brasilianischen Regierung, den Atomvertrag einzuhalten, verfügt diese – sollten sich die Kritiker durchsetzen – über ein weites Repertoire, den Fortgang zu verzögern. Das derzeitige Ruhen der Grundierungsarbeiten für Angra II, das angeblich der Klärung dienen soll, ob 1600 oder 1640 Pfeiler erforderlich sind, und die Stornierung von an brasilianische Zulieferer erteilten Aufträgen sind möglicherweise als Verschleppungstaktik zu interpretieren. Nach Aussage der brasilianischen Atomenergiebehörde Nuclebras sollen die Grundierungsarbeiten allerdings Anfang nächsten Jahres wieder aufgenommen werden. Seit der weitgehenden Abschaffung der Zensur und der allerdings sehr relativen politischen Öffnung in Brasilien hat auch die dem Vertrag gegenüber sehr kritisch eingestellte Öffentlichkeit einen Einfluß auf den Fortgang des Atomprogramms.

gc

1) Deutsch-brasilianisches Atomgeschäft läuft heiß; Süddeutsche Zeitung, 6. 10. 78
2) Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft (AGG, 5300 Bonn, Rheinweg 34), S. 11
3) H-Bombe am Amazonas?; Spiegel, 23. 6. 75
4) Bedenken gegen das große Brasiliengeschäft; FR, 31. 3. 76
5) Milliarden für germanische Kettenreaktion; FR 27. 6. 75
6) Aussage von Kurt Mirow
7) Aussagen von Kurt Mirow und Atomgeschäft: Milliarden-Pleite in Brasilien?, Spiegel, 18. 9. 78
8) ebd.
9) Senatoren bohren im Küstensand, Süddeutsche Zeitung, 3. 11. 78
10) Länderkurzbericht Brasilien 1979, Statistisches Bundesamt, S. 20 und Angaben der bras. Elektrizitätsgesellschaft Eletrobras
11) Angabe für BRD: einschließlich industriellle Stromerzeugung, Statistisches Jahrbuch 1979 für die BRD, S. 201
12) Angaben von Kurt Mirow und José Zatz, Universität São Paulo
13) Spiegel, 18. 9. 78
14) Teure Kernkraft in Brasilien, FR, 13. 9. 78; Le Monde, 4. 4. 79; Angaben von INAN (Instituto Nacional de Alimentação e Nutrição)
15) Süddeutsche Zeitung, 19. 11. 76; Handelsblatt, 6. 6. 79
16) Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft (vgl. (2)), S. 24
17) Südd. Zeitung, 3. 11. 78
18) FR, 25. 8. 79; FR, 8. 9. 79

# CHILE

# Landreform und Gegenreform in Chile

6 Jahre sind vergangen, seitdem eine Militärjunta die verfassungsmäßige Regierung des Präsidenten Allende gewaltsam stürzte. In diesen 6 Jahren hat die Junta Zehntausende von Chilenen gefangengehalten, gefoltert und ermordet. Derartige Verletzungen der Menschenrechte durch die Junta werden in der ganzen Welt angeprangert – zum Teil durch Dokumentation der Kath. Kirche Chile und der Organisation Amnesty International.

Bei meinem eigenen Aufenthalt in Chile habe ich versucht, die Mißachtung der Menschenrechte durch die Junta auch auf andere Weise zu messen, nämlich durch die Frage: Wie sah die Politik der Junta auf dem Lande aus? Und welche Folgen hatte sie für das Wohlergehen des chilenischen Volkes?

**Die Agrarreform vor der Junta**

1956 kontrollierten nur 730 Landgüter die Hälfte chilenischen Kulturlandes – über 25 Millionen acres (Morgen). Im Gegensatz dazu gab es 45.233 Farmen mit weniger als 2,5 Morgen und 156.769 Farmen mit weniger als 25 Morgen. In der wichtigsten, zentralen Zone kontrollierten nur 8 % der Farmeinheiten über 80 % des Landes. Fast die Hälfte der Landbewohner waren nicht Eigentümer, sondern Landarbeiter auf den großen Latifundien; sie wurden hauptsächlich in Naturalien entlohnt und hatten das Recht, ein wenig Land selbst zu bebauen.

Trotz eines ungewöhnlich günstigen Verhältnisses zwischen Bevölkerungszahl und gutem Agrarland (die Landschaft ähnelt den Pazifik-Küstenstaaten der USA) importierte Chile mehr Agrarprodukte, als es exportierte, wobei das Defizit während der 60er Jahre anwuchs.

1965 war die Dringlichkeit einer Landreform nicht länger zu leugnen. Die christlich-demokratische Regierung wurde zur Einleitung der Landreformen veranlaßt durch a) Stagnation im Agrarbereich in Verbindung mit Druck durch entstehende Bauerngewerkschaften, b) eine gewisse Anerkennung der offenkundigen Ungerechtigkeiten auf dem Land (1975-70). Aber obwohl man 100.000 Bauern Land versprochen hatte, erhielten de facto nur 20.000 Land. Erst



*Landarbeiter fordern die Enteignung eines Grundbesitzers (1971)*

unter der Regierung der Volkseinheit kam die Landreform in Gang, und zwar unter dem starken Druck organisierter campesinos. Es wurden Kooperativen (asentamientos) organisiert, und zwar nicht nur zur rationelleren Nutzung des Landes, der modernen Maschinen und anderer Investitionen, sondern auch, um dem größten Teil der Landbevölkerung, die traditionell keinen Einfluß auf nationale Politik hatte, zu effektiver Partizipation zu verhelfen. Zur Zeit des Militärputsches 1973 gab es keine Güter mit mehr als 200 Morgen erstklassigen Nutzlandes mehr, über 40 % des bebaubaren Landes gehörte zum Reformsektor. Die Bauern waren stark organisiert.

**Die Gegenreform der Junta im Agrarbereich**

Entsprechend ihrer Neigung zu Doppeldeutigkeiten ging die Junta unverzüglich an die „Konsolidierung" und „Normalisierung" der Agrarreform. Im Rahmen einer intensiven Privatisierung der Wirtschaft wurden verstaatlichte Industrieunternehmen „der Gemeinschaft zurückgegeben". Tatsächlich hat die Junta in jeder Hinsicht die Wiederherstellung bzw. Verstärkung des Privateigentums betrieben. 30 % des unter dem Agrarreformgesetz enteigneten Landes wurde an die früheren p a t r o n e s der Landgüter zurückgegeben. In 1.512 Fällen handelte es sich um das gesamte Land. Als Ausgleich für die Streichung der Entschädigung, welche die Regierung für die frühere Enteignung schuldete, konnten sich in anderen Fällen auch ehemalige Besitzer um 200 Morgen bewässertes Land bewerben, wobei es sich ausnahmslos um das beste Land der asentamientos handelte. Weitere 30 % der 20 Mio. Morgen, die 1973 durch Kooperativen bestellt wurden, wurden auf Auktionen versteigert. 7 % des Landes sind in den Händen des Staates. Die restlichen 33 % wurden in kleine Parzellen aufgeteilt, die über mehrere Jahre abgezahlt wurden. Die Junta brüstet sich damit, im Gegensatz zu der christlich-demokratischen oder Volkseinheitsregierung einzelnen Bauern Land zugeteilt zu haben, während die Mitglieder der asentamientos unter Allende keine individuellen Eigentumsrechte hatten: „Sie haben versucht, die Vorstellung von gemeinsamer Bewirtschaftung auszumerzen", sagte mir ein 47jähriger Bauer. Überdies versuchte die Junta, die campesinos untereinander zu spalten, indem sie Land zurückgab oder individuelle Eigentumsrechte zuteilte. Mindestens ein Drittel der asentamiento-Mitglieder wurden bei der Verteilung der Parzellen ausgeschlossen. Die restlichen zwei Drittel sollten zusammengeschlossen werden, indem man sie glauben machte, sie seien auch Landbesitzer.

Nach welcher Methode hat die Junta entschieden, wer eine Parzelle bekommen sollte? Zunächst kam eine vom Militär delegierte Kommission und entschied, wieviele Parzellen „die einen Mann und seine Familie ernähren konnten", nach Rückerstattung an die patrones von den asentamientos übrigblieben. Es waren ausnahmslos weniger als Mitglieder in den Kooperativen. Man gab bekannt, daß Interessenten sich bei den Behörden bewerben und nach einem Punktesystem miteinander konkurrieren könnten. Bei diesem System wurden Punkte vergeben für Dauer der Schulbildung, Kinderzahl (Ledige waren ausgeschlossen), Eignung zu landwirtschaftlicher Arbeit und unternehmerische Fähigkeiten. Angeblich zählten „technische Kriterien" mehr als

politische. Aber jeder, der früher in der Leitung eines asentamientos mitgewirkt hatte, bekam Minuspunkte. Das berüchtigte Dekret 208 schloß jeden von Eigentumsrechten aus, der jemals an einem Streik, einer Landbesetzung oder einem anderen Konflikt mit den Grundbesitzern teilgenommen hatte. Die Folge dieses Dekrets war übelstes Überläufertum und andere Formen von Rache und Spaltung, wie es die Geschichte der chilenischen Landbevölkerung nicht kannte. Die Leute empfanden ihre Situation als Entscheidung zwischen Leben und Tod. Diese bittere Erfahrung wurde in meinen Unterhaltungen mit campesinos und in Abschriften Dutzender von Interviews mit campesino-Sprechern immer wieder manifest. Viele betonten die besondere Rolle, die die patrones in diesem empörenden System spielten. Diese kollaborierten mit Geheimdiensten, um diejenigen zu erfassen, die vom Dekret 208 ausgeschlossen werden sollten. Beim Wettbewerb um die Parzellen nahmen Nicht-Mitglieder der asentamientos teil: Lastwagenbesitzer, lokale Geschäftsleute, frühere Landgutverwalter und Verwandte der früheren patrones. Dem Gutsbesitzer oblag als einzigem die Einstufung der Nicht-Mitglieder der asentamientos, die früher bei ihm angestellt waren (sogar unabhängig von einer Kommission). Viele haben die Praxis der patrones angeprangert, nur „ihre Leute" bei der Zuteilung zu berücksichtigen, die dann, Berichten zufolge, ihre Parzellen dem patron zurückverpachteten.
Der gesamte Einstufungsprozeß der Kandidaten war geheim, doch die allgemeine Angst (besonders wegen des Dekrets 208) verhinderte offenen Protest. Einspruch bei der Kommission war zwar theoretisch möglich, doch sagte mir ein campesino, der 40 Jahre lang auf dem fundo gearbeitet hatte und nun des Landes beraubt war: „Keiner wäre so dumm."
Vorausgegangene Regierungskredite hatten es den asentamientos ermöglicht, eine stattliche Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen zu kaufen. Die Junta behauptete, die Landwirtschaft von staatlicher Kontrolle befreien zu wollen und verfügte die öffentliche Versteigerung aller landwirtschaftlichen Maschinen. Selbstverständlich konnten asentamiento-Mitglieder nicht die notwendigen Mittel aufbringen (selbst bei herabgesetzten Preisen), sondern nur Großbauern, lokale Geschäftsleute und sogar Spekulanten aus den Städten. Kommentar eines Landpfarrers, der dabei zusah, wie den asentamiento-Mitgliedern ihre Traktoren und andere Gerätschaften weggesteigert wurden: „Es ist, als wollten die Militärs das letzte Ereignis im asentamiento zum traurigsten machen."
In der Nähe von Talca besuchte ich einige frühere Mitglieder. Einer von ihnen – und er ist keine Ausnahme – hatte 23 Mitglieder samt Familien während der Jahre der Volkseinheit unterstützt.
„Normalisierung" und „Konsolidierung" bedeutete auf diesem asentamiento die Rückgabe eines Teils des Landes an den früheren Besitzer (der in Santiago lebte) und die Aufsplitterung des Landes in elf Parzellen. Sechs der 11 Parzellen gingen an Nicht-Mitglieder – einen Tankstellenbesitzer, einen Bäcker (der eine kleine Milchfarm für die Produktion von Sahne wollte), an einen ehemaligen Gutsverwalter und drei seiner Verwandten. Ich erfuhr die Geschichte eines nahegelegenen früheren Landgutes, das einem in der Schweiz lebenden Chilenen gehörte und 38 Familien anstellte (inquilinos).
Unter der Regierung der Volkseinheit hatten sich die Landarbeiter organisiert, um Reformen durchzusetzen, wie es bei Besitzern, die ihren permanenten Wohnsitz im Ausland hatten, allgemein gehandhabt wurde. 1970 wurde das asentamiento mit 62 Mitgliedern gegründet und war bald für seine hohe Produktivität bekannt. Unter der Gegenreform ging ein Großteil des besten Landes an die in der Schweiz lebende Chilenin zurück, die es ihrerseits, ohne je zurückzukehren, an eine Gruppe von Investoren aus Santiago verkaufte. Letztere machten Weideland daraus und betreiben Viehzucht. Der Rest des Landes wurde in 6 Parzellen aufgeteilt. 8 Mitglieder wurden durch das Dekret 208 ausgeschlossen; von den restlichen 30 bekamen nur 4 Parzellen, und die verbleibenden Parzellen gingen an den früheren Verwalter und dessen Sohn.
Ein anderes früheres Landgut, das in 5 asentamientos aufgegliedert worden war, wurde nun in 90 Parzellen geteilt. 161 Leute bewarben sich, doch ein Drittel der Parzellen ging an Nicht-Mitglieder. Im Gebiet von Rancagua entstanden aus 5 asentamientos 44 Parzellen, von denen 14 Außenstehenden zugeteilt wurden. In der gleichen Gegend wurden 17 Personen auf einem anderen asentamiento ausgeschlossen, während 13 Nicht-Mitglieder, darunter 2 Metzger, Land erhielten.

**Die „hochheiligen Gesetze des Marktes"**
Zentraler Punkt der von der Junta vertretenen Ideologie ist das Bekenntnis zum offenen Wettbewerb ohne staatliche Intervention, der eine optimale Leistung erbringen soll. Nach dem Willen der Junta sollen die sogenannten „Gesetze des Marktes" herrschen. In keinem anderen Land der Welt wird Schulbuch-Kapitalismus so umfassend durchgeführt. Zum großen Teil hat man dies Milton Friedman von der University of Chicago und seinen chilenischen Studenten zu verdanken, die heute unter den Hauptberatern für ökonomische Fragen hervorstechen. Aus Produktion und Vertrieb landwirtschaftlicher Güter hat sich der Staat weitgehend zurückgezogen. Gegenüber 1973 gibt es heute weniger als die Hälfte öffentlicher Angestellter in der Landwirtschaft. Das Budget für Landwirtschaft ist praktisch auf ein Viertel reduziert worden. Überdies hat der Staat Aufgaben wie den technischen Beistand für Bauern an Privatunternehmen übertragen und hat die Mehrzahl der öffentlichen Unternehmen, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiteten bzw. verkauften, an Privatkörperschaften verkauft.
Eine große Ausnahme bei diesem Rückzug des Staates bildet die Unterstützung landwirtschaftlicher Exporte. Außergewöhnlich niedrig zu verzinsende Kredite für exportorientierte Produzenten und Investitionen im exportorientierten Agrarbereich (9 % im Vergleich zu 30 – 60 % auf dem offenen Markt) sind Beispiele dafür. Ende 1977 versuchte die Junta, entsprechend Milton Friedmans Vorschriften zum freien Handel, lokale Produzenten zu offenem, internationalem Wettbewerb zu veranlassen, indem sie bedeutende Zollsteuern für Agrarimporte abschaffte. Ebenso wurden interne Preisstützen abgeschafft. Von 1978 an stellte die Regierung den Aufkauf von landwirtschaftlichen Produkten ein, welcher bisher als Mittel zur Preisstabilisierung gedient hatte. (Es gibt immer noch sehr beschränkte Ausnahmen auf dem Milchsektor, dank nachhaltiger Proteste seitens der Milchbauern, daß Milchprodukte auf dem internationalen Markt verschleudert würden mit Hilfe massiver Regierungssubventionen der wichtigsten Exporteure von Milchprodukten. Die Regierung setzte daraufhin widerstrebend den Milchpreis auf 300 Dollar/Tonne fest.)

Schließlich hat die Junta praktisch alle Preiskontrollen auf Nahrungsmittel abgeschafft nach dem Motto „Freier Wettbewerb wirkt selbstregulierend". Im Oktober 1977 wurde der Brotpreis „befreit". Innerhalb der folgenden 11 Monate stieg der Brotpreis um 83 % gegenüber der offiziellen



*Suchen im Müll nach verwertbaren Abfällen*

(konservativen) Gesamtinflationsrate von 36 %.

**Illusorische Früchte des Besitztums**

Es gibt ungefähr 49.000 Parzellen im „Reform"-sektor der Junta. Doch wenige Bauern hatten das Glück, einen schon produzierenden Weinberg oder Obstgarten für die Exportproduktion zu erwerben; die meisten campesinos haben enorme Schwierigkeiten, das Land zu halten, da sie kaum oder gar keine Gerätschaften oder anderes Kapital besitzen. Es ist verständlich, daß sie vor Geldanleihen zurückschrecken, deren Zinssatz offiziell auf fast 60 % geschätzt wird. Sie haben wenig technische oder unternehmerische Erfahrung und werden von der Regierung nicht unterstützt. Ein auf dem Land arbeitender Anthropologe sagte mir: „Die parceleros erfahren nun, welche Probleme es mit sich bringt, alleine zu arbeiten – wie lange es dauert, wegen einer Dose Insektenvertilgungsmittel in die Stadt zu fahren".

Ein arbeitsloser und offenbar unterernährter 64jähriger Bauerngewerkschaftsführer faßte die Lage folgendermaßen zusammen: „Schau, die meisten campesinos haben die Bewerbungsformalitäten nicht durchgemacht, um das Land sofort wieder zu verkaufen, schon gar nicht an den patron. Aber die Bauern fühlen sich hilflos angesichts des gewaltigen Problems, ihre Parzelle auszunutzen und mit Banken und Händlern zu verhandeln. Sie wissen nicht, wie sie es anstellen sollen, und haben nicht die erforderlichen unternehmerischen Fähigkeiten. Kredite sind teuer, und letztlich wird alles zum Problem, so daß der Verkauf als die beste Lösung erscheint".

Viele äußerten die Meinung, daß der Landverkauf nur eine andere, verschleierte Form der Rückgabe an patrones sei. Ein Führer der nationalen christlich-demokratischen Bauerngewerkschaft fragte, welchen Sinn die Rhetorik der Junta habe, mit der sie Eigentumsurkunden an Bauern vergibt, obwohl diese nach wenigen Jahren gezwungen sind, für 99 Jahre zu verpachten und bestenfalls Tagelöhner oder kleine Pächter auf dem eigenen Land zu werden. Tatsächlich haben viele parceleros ihr Land verkauft, gewöhnlich an patrones in der Umgebung.

Da ein campesino oft bis an die Grenze der Verzweiflung gelangen muß, bevor er sein Land aufgibt, steigen, wie viele Beobachter feststellten, die Verkäufe erst jetzt zahlenmäßig an. (Oft ist der Verkauf als Pacht auf 33 oder 99 Jahre verschleiert.) Der Besitzer eines der Landgüter, das ich besuchte, hat schon 7 oder 8 Parzellen erworben, die dem ihm zurückgegebenen Land benachbart sind.

Die parceleros, die noch durchhalten, konzentrieren sich auf die Erzeugung traditioneller Grundnahrungsmittelpflanzen (z. B. Kartoffeln, die die geringsten Investitionen erfordern). Sie müssen veraltete Technologie benutzen, z. B. schlechte Qualität, unverbessertes Saatgut). Dazu kommt noch die Senkung der realen Preise für eben diese Pflanzen. Niedrige Preise spiegeln den Sachverhalt wider, daß mehr Bauern diese Grundnahrungsmittel erzeugen und daß die Nachfrage aufgrund deutlicher Verarmung der arbeitenden Bevölkerung des Landes allgemein sinkt. Überdies gibt es auf vielen Parzellen das Problem von Arbeitskraftüberschuß. Das heißt, daß viele, die etwas Land besitzen, diejenigen bei sich arbeiten lassen, die vertrieben und ihres Landes beraubt wurden, sogar, wenn die Arbeitskraft nicht notwendig ist. Verwandte vieler parceleros arbeiten für etwas Essen und Kleidung; da sie nicht offiziell angestellt sind, haben sie keinerlei Unfalls-, Krankheits- oder Altersversicherung.

**Die wirklichen Nutznießer**

In scharfem Gegensatz zu diesen parceleros stehen die kapitalistischen Unternehmer-Bauern in der reichen zentralen Zone. Die Agrarreform der Junta hat zwar die Rückkehr zu Riesen-Haciendas nicht gefördert, wohl aber die Entstehung von Farmen mit meist 100 – 500 bewässerten Morgen und staatlichem Kapital.

In manchen Fällen hat die billige Ersteigerung von asentamiento-Maschinen die Kapitalanhäufung dieser Farmen gefördert, und zwar bei extrem niedrigem Kostenaufwand. Einige Besitzer haben aus ihrem Hauptnutzland Weideland gemacht, . . . . um die hohen Fleischpreise auszunutzen. Einige andere mit stattlichen Kapitalien sind zur hochmodernisierten Produktion nicht-traditioneller Pflanzen wie Reis übergegangen. Einer dieser Landwirtschaftsmanager errechnete einen Nettogewinn von $ 325/Morgen bei hervorragenden Erträgen von 2,5 Tonnen/Morgen.

Diese Farmen im Zentraltal tendieren hauptsächlich zur Exportproduktion, was angesichts des darniederliegenden lokalen Marktes logisch ist. Aufgrund der Verarmung der Bevölkerung und einer Überflutung mit Billigimporten wie Weizen und Zucker lohnt sich die Produktion für den Inlandsmarkt nicht mehr (mehr davon später). Diese Farmbetriebe reagieren so auf eine ganze Reihe von Junta-Strategien, die den Export begünstigen. Sie umfassen die Aufhebung aller Exportbeschränkungen, einen offenkundig günstigen Wechselkurs und Kredite zu einem jährlichen Realinvestitionssatz von nur 9 % bei Investitionen in Obstbäumen, Tafeltrauen, Weinbergen und Vieh.

Die Junta kann diese Kredite dank umfangreicher Anleihen bei der World Bank und der Inter-American Development Bank anbieten.

Viele der modernisierten Farmen im chilenischen Zentraltal investieren in die Produktion von Tafeltrauben für den US-amerikanischen Markt. Da die chilenischen Jahreszeiten genau denen der USA entgegengesetzt sind, können diese kommerziellen Farmen frische Trauben dann liefern, wenn Kalifornien und New York das nicht können. Überdies gibt es bei Tafeltrauben keine Konkurrenz, wie es bei vielen Gemüsesorten, die die USA heute aus Mexico importiert, der Fall sein würde.

Ich sah zahlreiche Farmen, deren Ausstattung zwischen ein und drei Jahren alt war, und ich konnte eine Farm ausgiebig besichtigen, die 45 Minuten von Santiago entfernt liegt. Der Manager, ein akademisch gebildeter Landwirt, leitete eine hochmoderne Bewirtschaftung, für die er gemäß den Produktionsergebnissen Prämien vom Kapitalanleger erhielt. Er schätzte die Investitionen auf 3 250 $/Morgen; die

Gesamtinvestitionskosten für die Farm auf $ 700.000. Der Kapitalanleger ist ein Bankier aus Santiago, der sich auch über seinen Landsitz freut, den er an Sonntagnachmittagen aufsuchen kann.
Viele bemerkten, daß durch diese modernisierten Farmen die Zahl der Dauerbeschäftigten reduziert wurden; statt dessen stellte man Tagelöhner für die Spitzenzeiten an. Als ich fragte, warum man arbeitsplatzzerstörende Maschinen trotz der erbärmlichen Löhne begünstigte, sagte man mir, man wolle dem amerikanischen Modell nacheifern, fürchte aber auch die Unzufriedenheit der Arbeiter und ihre Begierde nach Land. Weiter südlich gelegene Farmen von ähnlicher Größe besitzen nicht die klimatischen Bedingungen, die zur Erzeugung stark gewinnträchtiger Exportprodukte notwendig sind, und sie müssen sich daher auf den internen Markt konzentrieren. Obwohl eine gute Anzahl von Farmen Viehzucht betreibt, sind die meisten Farmen gezwungen, mit den billigen Importen wie z. B. US-Weizen zu konkurrieren. Das Endresultat ist ein allgemeiner Abbau von Kapital und ein Beschäftigungsabbau bei Dauer- und Saisonarbeitern. Obwohl die Besitzer gegen die Politik der Volksfront waren, obwohl sie mit Begeisterung die Niederschlagung von Bauernbewegungen betrieben und natürlich auf die Rückerstattung ihres Landes hinarbeiten, sind diese Besitzer – wie Beobachter meinen – in zunehmendem Maße unzufrieden mit der Politik der Junta.

**Das Los der minifundistas und der Landlosen**

Zusätzlich zu den „reformierten" Parzellen und den kapitalistischen modernisierten Farmen im Zentraltal und im Süden gibt es die minifundistas. Das sind traditionell kleine Landeigentümer, die durch Anbau für den eigenen Bedarf ihr Leben fristeten und während der Erntesaison ihre Arbeitskraft an nahegelegene große Güter verkauften. Diese minifundistas sind demselben Prozeß der Verarmung unterworfen, der oben für die parceleros beschrieben wurde. Sie sind Opfer der allgemein zurückgegangenen Nachfrage nach Arbeit auf den modernisierten Farmen im Süden und im Zentralgebiet.
Zu den arbeitssuchenden minifundistas kommen noch die Landlosen hinzu. Das sind mindestens 30 000 campesinos und ihre Familien, denen das Land unter der Gegenreform der Junta weggenommen wurde, und in manchen Gegenden sind es arbeitslose städtische Arbeiter. Beschäftigt oder nicht, sie haben keine Möglichkeit, über ihren Lohn zu verhandeln. Da jegliche gewerkschaftliche Aktionen durch zahlreiche Dekrete abgewürgt werden, werden Löhne individuell festgesetzt, was, so erzählten mir zwei junge, landlose Arbeiter, „dem patron die Auferlegung von Bedingungen erlaubt, die einige Jahre früher nicht akzeptiert worden wären". Wenn sie tatsächlich einen Job finden, arbeiten sie „von Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang". Zweifellos wird sich die Junta-Politik ganz besonders negativ auf die älteren, schwächeren Arbeiter auswirken. Ihr Alter wird in keinster Weise berücksichtigt. Als Arbeiter auf Zeit sind die meisten nicht gegen Krankheit und Unfall versichert und erhalten auch keine Rente.
Kurz, die Aufoktroyierung des doktrinären Wirtschaftsmodells durch die Junta verursacht die stetige Verschlechterung des Lebensstandards großer Teile der Landbevölkerung. Und dennoch führt diese beispiellose Misere nicht zu einer bemerkenswerten Landflucht, wie mir zwei Soziologen sagten. Die campesinos wissen, sagte man mir, daß es in den Städten keine Arbeit gibt, und daß die Überlebenschancen ohne Geld, Essen, Unterkunft oder sogar ohne Kleider in den Städten noch geringer sind als auf dem Lande.



**Hat die Gegenreform wenigstens die Produktion erhöht?**

Man betrachte die 14 traditionellen Pflanzen, die zusammen 80 % des bepflanzten Landes einnehmen – Weizen, Hafer, Gerste, Roggen, grüne Bohnen, Linsen, Kichererbsen, Erbsen, Kartoffeln, Mais, Reis, Rapsölsamen, Sonnenblumen und Zuckerrüben. Vier landwirtschaftliche Jahre lang – zwischen 1974-75 und 77-78 – gab es einen alarmierenden Produktionsrückgang (mit einer gewissen Erholung bei dem außergewöhnlich guten Wetter für Getreide 1976-77). Dies beruht zum Teil auf der Verkleinerung des Gesamtanbaugebietes für diese Pflanzen um 125.000 Morgen mit merklicher Verminderung der Erträge. Die mit Getreide bebaute Fläche (Weizen, Hafer, Gerste, Roggen) nahm um 300.000 Morgen oder um 15 % ab. Der abrupte Einstieg der chilenischen Landwirtschaft in den internationalen Markt hat zur Folge, daß die hiesigen Produzenten nicht gegen die billigen Importe aus USA, Australien und Argentinien konkurrieren können. Ebenso ist die mit Rapsölsamen und Zuckerrüben bebaute Fläche wegen des internationalen Preissturzes um 62 000 Morgen oder 25 % verringert

worden.
Im Fall der Zuckerrüben sieht es besonders schlecht aus: im August 1977 erklärten die Produzenten, daß sie durch die abgrundtiefen internationalen Zuckerpreise aus dem Geschäft gedrängt würden. – Tatsächlich wurde 1978 73 % weniger Fläche mit Zuckerrüben bebaut, und während Chile 1977 seinen Eigenbedarf deckte, wurden 1978 250 000 Tonnen Zucker importiert.
Andererseits ist der Anbau bestimmter, für den Export vorgesehener Gemüsesorten erweitert worden. Er wurde zwischen 1974/75 und 1977/78 um 175 000 Morgen oder um 70 % ausgedehnt. Die Gemüse wurden z.B. nach Brasilien exportiert, wo der Anbau von Sojabohnen für Viehfutter vorherrscht und wo die brasilianische Regierung das hungernde Volk Chiles überbieten kann. Die Erträge bei den wichtigsten Pflanzen waren sogar stärker rückläufig als die Anbaufläche. Nimmt man die 1970er Erträge dieser 14 Pflanzen als Basis und setzt sie gleich 100, so ergibt sich für 1965 ein Index von 88; 1971, 103; 1973, 88; 1974, 95, 1975, 93, 1976, 76. Agrarwissenschaftler, die ich interviewte, sind davon überzeugt, daß sich der Rückgang beschleunigt hat. Er ist zweifellos zurückzuführen auf den oben beschriebenen Kapitalabbau besonders bei den Kleinbauern, aber auch bei einigen größeren Farmen im Süden. Die Kreditkosten und die niedrigen Preise für die meisten Produkte (verursacht durch billige Importe und schwache Nachfrage im Inland), zwingen die Kleinbauern, Samen von minderwertiger Qualität zu säen und Düngemittel sowie Insekten- und Unkrautvernichtungsmittel einzusparen, und das in einem Land, wo derartige Aufwendungen einst als normal betrachtet wurden.
Der Verkauf von Düngemitteln für alle Pflanzenarten betrug 1977 nur die Hälfte – oder sogar weniger – als im letzten Jahr der Regierung der Volkseinheit und beträchtlich weniger als Mitte der 60er Jahre (der Verbrauch von Phosphatdünger ist um 45 % gefallen gegenüber 1973, Nitrogen auf 60 %). Obwohl die Preise für Dünger seit 1976 stark gefallen sind, können sich viele Bauern noch immer keinen Dünger leisten. Insektenvertilgungsmittel sind im gleichen Zeitraum um 30 % gefallen. Die Verwendung von verbesserten Weizenarten fiel zwischen 1975 und 1977 um 20 %. D. h. der Produktionsrückgang war noch größer als der Rückgang von angepflanzter Fläche.

**Der Export-Boom**

Betrachtet man nur die vielen Pflanzen, die die Ernährungsbasis des einfachen Volkes bilden, so ergibt sich ein düsteres Bild. Exportpflanzen dagegen erfahren anhaltende Produktionssteigerungen, sowohl in bezug auf Anbaufläche als auch in bezug auf Erträge – besonders Tafeltrauben, Wein, Obst (Pfirsiche, Äpfel) und, in geringerem Maße, bestimmte Küchenkräuter wie Zwiebeln und Knoblauch.
Im Gegensatz zu dem für den internen Nahrungsmittelmarkt produzierenden Sektor arbeitet der Exportsektor mit den raffiniertesten Methoden der Rationalisierung. Dies wird nicht nur durch große Kapitalmengen ermöglicht, sondern zum Teil durch das günstige Klima in der Zentralzone. 30 – 50 % der Produktion, die für den Export ungeeignet ist, werden auf dem lokalen Markt abgeladen; die Folge davon ist der Ruin der armen Bauern, die für den heimischen Markt zum Teil die gleichen Pflanzen anbauen.
Der Gesamtwert landwirtschaftlicher Exporte ist von 26 Mio. $ im Jahre 1973 auf 159 Mio. $ 1977 gestiegen und wird in der Planung für 1979 mit 198 Mio. $ ausgewiesen.

**Importe für einige**

1977 importierte Chile für 323 Mio. $ Nahrungsmittel. Schätzungen für 1978 lagen bei 430 Mio. $ (1970: 165 Mio. $). Aber die verarmte Mehrheit der Landbevölkerung sieht wenig, wenn überhaupt etwas, von diesen Nahrungsmitteln (20). Die wachsende Abhängigkeit von Importen aber erfüllt das US-Agrargeschäft mit Freude. Die USDA-Zeitschrift Foreign Agriculture jubiliert in der Ausgabe vom 23. Oktober 1978: „Chile ist die beste Aussicht für den US-Geflügelmarkt" und lobt die „wirtschaftliche Genesung Chiles" und die Erleichterung von Importen.
Die Commodity Credit Corporation des US-Ministeriums für Landwirtschaft gewährte Chile im April 1978 einen $ 38 Mill.-Kredit für den Import von Agrarprodukten, hauptsächlich Weizen. Dies ist eine wenig veröffentlichte Tatsache, die der kongreßverordneten Streichung von Wirtschaftshilfe für die Junta zuwiderläuft. Es ist ein Zeichen für die Unterstützung der Junta-Politik durch die US-Regierung, die darauf abzielt, die chilenische Landwirtschaft in die internationale Marktwirtschaft einzubringen.
Alles in allem folgt die chilenische Militärjunta den Vorschriften der Chicagoer Wirtschaftswissenschaftler, wie sie auch für die USA gelten: „die Regierung aus der Landwirtschaft abziehen" und die Tore für Markteinflüsse öffnen, „um unproduktive Produzenten auszusieben" und internationale „relative Vorteile ausnutzen", indem alle Beschränkungen für den Agrarexport und -import aufgehoben werden. In Chile haben wir das Resultat vor Augen – Beschleunigung der Polarisierung auf dem Lande. An einem Pol stehen die vielen, die für den heimischen Markt produzieren, am äußersten Ende die Armen, die für die Armen produzieren.
„30 000 Familien, die gerade erst nicht nur des Landes beraubt wurden, sondern auch des Rechts, sich zu organisieren, um sich zu verteidigen;
– die vereinzelten Kleineigentümer – parceleros und minifundistas – ohne Kapital, Kredit, Hilfsleistungen oder gegenseitige Hilfe, die gegeneinander konkurrieren müssen, um zu überleben.
– größere Landbesitzer, die wenig Kapital haben und die, geographisch gesehen, weit weg von gewinnträchtigen Exportmöglichkeiten liegen. Darüber hinaus sind diese Landbesitzer vor den Importen der größten Produzenten der Welt nicht geschützt, die oft von ihren Regierungen subventioniert werden.
Am anderen Pol stehen die wenigen, die immer mehr Kapital, erstklassige Böden im Zentraltal und Einkommen in ihren Händen konzentrieren. Dies ist die Welt der Agrargeschäfte: Reiche produzieren für Reiche: Vieh für die chilenische Minderheit, die sich Fleisch leisten kann; Tafeltrauben für die begüterten Amerikaner und die chilenische Elite, die in einer steuerfreien Welt von Geflügel und anderen US-Importen schwelgt.
Um eine Politik am Leben zu erhalten, die diese immer ungleicheren Welten in Chile fortbestehen läßt, müssen alle politischen Rechte durch die Militärdiktatur außer Kraft gesetzt werden. Das ist das heutige Chile.

Joseph Collins
übersetzt vom iz3w

Frankfurt: Zdl-Stelle für Arzt bei medico international, private Organisation zur Unterstützung basismedizinischer Projekte in der „Dritten Welt", ab sofort.
Bitte Kurzschreiben an: medico international, Homburger Landstraße 455, 6000 Frankfurt/M. 50.
Telefon 06 11/54 10 91-92, Leo Locher/Andreas Bohm.

# MEDIEN

# Werner Herzog und die Indianer

Werner Herzogs neuester Film, den er gerade im Urwaldgebiet von Peru drehen will, und gegen den sich die dort lebenden Indianer zur Wehr setzen, beschäftigte vor einigen Wochen die Presse. Beiträge zur Diskussion liefen oft auf die Frage hinaus: wem glauben? Denen, die Herzogs Vorgehen anprangerten oder den Dementis von Herzogs Seite.
Uns geht es nicht allein um diesen Filmemacher und diesen Film. Er wirft die Problematik von Produktion, Vermarktung und Konsum von Filmen über eingeborene Gesellschaften auf. Sie wird uns in nächster Zeit noch häufiger beschäftigen, denn Deutschlands Jungfilmer scheinen ihr Faible für exotische Menschen entdeckt zu haben. Herzog und Wenders werden demnächst auch bei den australischen Ureinwohnern drehen.
Wir wollen auch auf die Frage des Konsums von Filmen eingehen, weil wir vermuten, dass viele Leser der „blätter" wie wir gern ins Kino gehen. Dabei natürlich vorzugsweise in Filme, die als „progressiv" gelten.
Wann ist ein Film progressiv? Vielleicht dann, wenn er gewohnte Sehweisen durchbricht und damit das Bewusstsein des Zuschauers erweitert. Herzogs bisherige Filme können als Parteinahme für die Ausgestoßenen der Gesellschaft interpretiert werden.
In seinem bekanntesten Film über Kaspar Hauser („Jeder für sich und Gott gegen alle"), wie auch in Filmen über Zwerge („Auch Zwerge haben klein angefangen"), Krüppel, Exzentriker, wollte er den Blick schärfen „für die radikale Würde, die Menschen aus grossen Leidensgeschichten" gewinnen. Mit seinem Interesse für den Einzelnen, „herauszufinden, was wir sind", sprach er die Linken in ihrer Identitätskrise nach 68 an.
Dieser neue Film soll wie „Aguirre oder der Zorn Gottes" von radikaler Auflehnung und radikalem Scheitern handeln. Es geht um den Iren Fitzcarrald, der im Kautschukfieber ein Schiff zwischen den Flüssen Cenepa und Maranon über eine Berg zieht, um einen besseren Zugang zu dem Urwaldgebiet zu gewinnen.
Schwierig wird es, wenn Herzog diese Handlung mit seinem Anspruch vereinbaren will, „unmittelbares Leben" darzustellen, „das unmittelbar sofort gefilmt wird", d.h. die Szene mit einem richtigen Schiff, vor Ort und so wie sie damals ablief(!) abzudrehen.

Er ist gezwungen, ob aus ökonomischem oder rein künstlerischem Interesse sei dahingestellt, mit Hollywoodgeldern zu produzieren. Das wird jeden enttäuschen, der bisher der Ansicht war, daß zu den Produktionsbedingungen eines fortschrittlichen Films möglichst einfache Mittel und ein kleines Budget gehören.
Im Frühjahr 79 wurde mit den technischen Vorarbeiten (Instandsetzung eines Schiffs im Hafen von Iquitos usw.) begonnen, damit die eigentlichen Dreharbeiten Anfang 1980 ablaufen können. Das Filmprojekt wird 5,6 Mio Dollar verschlingen. Nicht nur vom materiellen und personellen Aufwand her kommt der Film „seinem grossen Vorbild" nahe, auch die weiteren Auswirkungen für die Bevölkerung sind ähnlich.

**Lebensbedingungen der Indios**
Der Drehort Wawaim, den sich Herzog ausgesucht hat, liegt im Stammesgebiet der Aguarunas und Huamisas im Norden von Peru. Ungefähr 34000 Stammesangehörige leben verteilt auf 170 Dorfgemeinschaften. Die Existenzgrundlage von Wawaim ist inzwischen der Kakao-Anbau, während sie ursprünglich als seßhafte Bauern von der Jagd, dem Sammeln von Früchten und dem Anbau von Gemüse in kleinen Gärten gelebt hatten. Dadurch, daß sie ihre Produkte auf einem Markt verkaufen, sind sie in das nationale Wirtschaftssystem einbezogen, dennoch konnten sie ihre traditionelle Lebensweise in den Dorfgemeinschaften bewahren; die Arbeiten in der Landwirtschaft werden gemeinsam ausgeführt, und alle Familien sind ökonomisch gleichgestellt.
Die ersten Weißen in dieser Gegend waren Händler und Missionare. Da sie nur vereinzelt und in langen Zeitabständen auftraten, beeinflußten sie das Leben der Dorfgemeinschaften relativ wenig. Während des Kautschukbooms Ende des letzten Jahrhunderts wurde dann ihr Land skrupelos von weißen Abenteurern und Geschäftemachern ausgebeutet. Sie versklavten die Eingeborenen für die Gewinnung des Kautschuks. Allein im Zeitraum 1900—1908 fielen mindestens 30000 Indianer den Kautschukgreueln zum Opfer[2]. Ein besonders krasses Beispiel für einen solchen Kautschukbaron war der Ire Fitzcarrald, über den Herzog seinen Film drehen will.



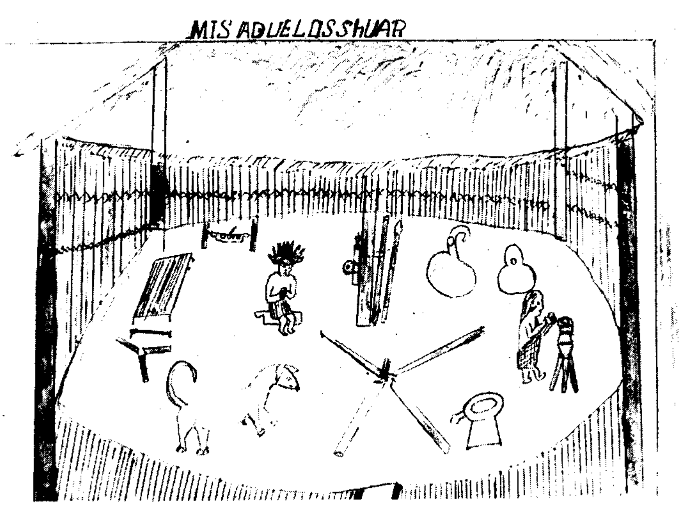
Erst seit dem 2. Weltkrieg begann die systematische Erschließung der peruanischen Urwaldregion, auch hier im Gebiet des Maranon, da der peruanische Staat ein Interesse daran entwickelte. Neben dem Gewinn aus den Naturreichtümern, Holz und eventuell sogar Erdöl, soll die Selva (peruanisches Urwaldgebiet) Raum und Anbaufläche für die Entlastung des Hochlands bieten. Ereignisse der letzten 20 Jahre, wie die Umsiedlung von Hochlandindiandern als Kolonisatoren und der Bau einer Erdölpipeline, stellten das angestammte Anrecht der Aguarunas und Huambisas auf ihr Land in Frage. Die Zentralgewalt hat ein Interesse an der „Zivilisierung" der Bevölkerung, um über deren Gebiet nach „nationalen Bedürfnissen" zu verfügen. Insofern ist das Verhältnis des peruanischen Staats zu den Ureinwohnern der Selva als „innerer Imperialismus" zu bezeichnen.
Als Antwort auf die Eingriffe erkämpften sich die Indianer von der peruanischen Regierung das Recht auf Selbstbestimmung und eigene Verwaltung ihrer Gebiete.

Zwar wurde ihnen 1975 das Eigentumsrecht auf ihr Territorium formal zuerkannt, jedoch besitzen staatliche Stellen oder Universitätsbehörden ein Nutzungsrecht. Ausdrücklich ausgeschlossen wurde aber die kommerzielle Nutzung des Indianergebietes.
Oberstes Organ der Selbstverwaltung ist ein demokratisch gewählter Rat, der die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der beiden Völkergruppen steuern soll. Eine Folge der Gesetzgebung ist, daß jeder, der Indianergebiet betritt, eine entsprechende Genehmigung braucht.
In der Verteidigung ihrer Rechte haben die Indianer dieses Gebiets einen relativ hohen Grad an Organisierung und das Bewußtsein erworben, daß die Interessen der Weißen ihren eigenen Interessen entgegengesetzt sind und daß sie sich gegen Eingriffe wehren müssen.

**Hergang der Ereignisse: Herzogs Filmprojekt**
W. Herzogs peruanische Filmgesellschaft wandte sich schon zu Jahresanfang 1979 an die Aguaruna-Indianer des Dorfes Waiwam, um ca. 1000 Statisten für sein Filmprojekt, „vorzugsweise mit langen Haaren" zu engagieren. Die Gesellschaft konnte weder eine offizielle Dreherlaubnis vorweisen noch hatte sie sich mit den zuständigen Selbstverwaltungsgremien der Aguarunas in Verbindung gesetzt. In einem Brief der Gemeindevertreter von Waiwam an das Landwirtschaftsministerium und das Informationsministerium in Lima vom Juni 79 richteten sie sich gegen diesen Eingriff in ihr Recht auf Selbstbestimmung. Sie verweigerten jegliche Kooperation und verboten alle Filmaufnahmen in ihrem Stammesgebiet. Diese Filmabsichten Herzogs empfanden sie al eine Bedrohung und Störung ihres Stammeslebens sowie einen ernsten Mißbrauch ihrer Entscheidungsfreiheit. Außerdem richtete sich ihr Widerstand auch gegen den Inhalt des Films: „wir wollen keinesfalls einen Film unterstützen, der das Leben eines Menschen darstellt, der unzählige Indios des Amazonas auf dem Gewissen hat".
Von dieser eindeutigen Absage der Indianer an eine Mitarbeit an seinem Film ließ Herzog sich nicht beeindrucken: Anfang Juli tauchte er mit einem peruanischen Anthropologen und einem örtlichen Geschäftsmann selbst in Waiwam auf. Nach einem weiteren ablehnenden Entschluß des Stammes ging die Film gesellschaft soweit, sich ihre Interessen mit Hilfe von Soldaten der nahen Militärgarnison zu sichern. Während einer Gemeindeversammlung kam es dahin, daß die Gemeindemitglieder unter massiven Druck gesetzt wurden, einen schon ausgearbeiteten Vertrag zu unterzeichnen. Während dieser Auseinandersetzung wurden dann auch zumindest vorübergehend vier Mitglieder der Gemeinde verhaftet. Es verwundert also nicht, daß daraufhin die Indianer die Machenschaften der Wildlife-Film-Gesellschaft mit denen eines Fitzcarrald vergleichen; diese subtilere Art, „Verträge" abzuschließen, weist eine verblüffende Ähnlichkeit mit „Verträgen" von Kolonialmächten des letzten Jahrhunderts auf, durch die ganze Völker unter deren „Schutz" gestellt wurden.

Durch diese auf Bedrohung und Bestechung beruhende Spaltung des Stammes kam dann doch noch im August 79 ein Filmvertrag zustande, worin eine Dreherlaubnis erteilt wurde. Als Gegenleistung sollte die Gemeinde verschiedene Sachleistungen empfangen (Nähmaschinen, zwei Motorboote, Werkzeuge, Wellblech, Sanitätsposten). Unterzeichnet wurde dieser Vertrag von „Repräsentanten" der Gemeinde: es waren dies der Präsident der Dorfgemeindschaft, der daraufhin aber abgesetzt wurde, sowie vier Arbeiter und der Lehrer des Dorfes. Deren Rechtmäßigkeit wird in einem darauffolgenden Protokoll einer Versammlung des Gemeinderates der Aguarunas und Huambisas angezweifelt. Ihr Dokument sei das einzige, „das ohne Repression und Druck" die Interessen der Gemeinden vertrete.
Herzogs Dementi, in dem er alle gegen ihn gerichteten Beschuldigungen schlichtweg als „dreiste Lügen" bezeichnet, beruft sich dann auch auf diesen abgeschlossenen Vertrag, ohne auf offensichtlichen Konflikt zwischen der Rechtmäßigkeit von verschiedenen Vertretern der Gemeinde Waiwam einzugehen. Er beruft sich damit auf ein „Recht", das zumindest die formulierten Interessen eines Großteils der Gemeindemitglieder und deren Vertreter mißachtet. Vor diesem Hintergrund wirkt es wie blanke Ironie, wenn Herzog davon spricht, daß die „Identität (der Indianer) nicht verzerrt wird", weil diese „moderne Hosen ... und T-Shirts trugen, auf denen John Travolta gedruckt war"; ja es wird zum Zynismus und zur Arroganz, wenn er gar in der Umkehrung davon spricht, daß „der Geist des Film auf seiten der Aguarunas sein" wird und daß der Film versuchen wird, „die starke Kultur zu zeigen, so wie sie vor John Travolta war"[3].

**Warum ist Herzogs Filmprojekt für die Indianer eine Bedrohung?**
Wie Herzog werden viele Europäer das für den Beweis nehmen, daß die Entwicklung des Indianerstamms ohnehhin schon die falsche Richtung eingeschlagen hat, und daß Herzog mit seinem Film nicht mehr viel zerstören könnte. Die Indianergemeinden hingegen befürchten „dramatische Effekte" für ihr Gemeinleben.
Ob es vom Standpunkt der Ureinwohner her wünschenswert ist, „zivilisiert", d.h. voll in das peruanische Staatssystem integriert zu werden, steht nicht zur Debatte. Ihre Lebensweise hat sich im Kontakt mit der „Zivilisation" schon verändert, diese Entwicklung ist nicht mehr zurückzuschrauben.
Bisher war dieser Kontakt aber peripher, er war von ihrem Dorf örtlich verlagert in das Marktzentrum, zu dem sie ihre Produkte mit dem Boot transportierten. Dadurch waren für ihre Stammesidentität wichtige Bereiche noch nicht berührt worden: Die zwischenmenschlichen Verkehrsformen, ihre politische Organisationsform im Dorf, ihre gemeinschaftliche Wirtschaftsform und ihre kulurelle Tradition.
Herzogs Filmprojekt würde gerade in diesen Bereich einbrechen. Und auf diese Ebene ist er sicher mit einem Kolonialherrn oder sogar mit einem Kautschukbaron vergleichbar.




Zeichnung eines Shuara-Kindes: Das Haus. Links Besucherteil, rechts Küchenteil, getrennt durch den Mittelpfosten, an dem Blasrohr, Lanze und Köcher mit Pfeilen lehnen. Links Mitte im Besucherteil federgeschmückter Besucher auf traditionellem Holzsitz: links hinten große Trommel, auf der Gäste zum Fest gerufen werden; ganz links Bett mit Feuerstelle davor; links vorn Haushund. Rechts hinten Kalebassen (unverhältnismäßig groß gezeichnet) als Wasserbehälter; ganz rechts schöpft die Hausfrau Bier aus dem großen, auf einem Gestell ruhenden Krug; rechts vorn Holzsitz des Hausherrn an der Hauptfeuerstelle. Der Gatte ist abwesend, während seine Frau den Gast bewirtet.

Zunächst würde er ihnen einen Teil ihres Landes nehmen, um eine 50 m breite und 500 m lange Schneise durch den Urwald zu bauen.

Land ist ihre einzige ökonomische Grundlage. In ihrer Erklärung sagen sie[4], „daß diese Bestände knapp und wichtig sind und daß interne Verbote der Gemeinde bestehen, daß diese knappen Ressourcen nicht an fremde Leute verkauft werden sollen." Überdies wäre die Verwirklichung des Filmprojekts eindeutig eine kommerzielle Nutzung des Territoriums, die im Gesetz ausdrücklich verboten ist. In übergeordneter Bedeutung schafft also eine Genehmigung für Herzog einen Präzendenzfall dafür, daß die peruanische Regierung nach Gutdünken und außerhalb der Legalität Fremden Indianerland überlassen kann.

Neben der Umgestaltung der Umgebung und der Zerstörung von nutzbarem Land will Herzog die Arbeitskraft der Bewohner ausbeuten. Abgesehen davon, daß die Dorfgemeinschaften sie für die gemeinsame Bestellung der Felder benötigt, stellt die individuelle Bezahlung von Dorfmitgliedern einen gefährlichen Übergriff auf ihr Zusammenleben dar. „Die große Freiheit der indianischen Gesellschaft, das harmonische und freiwillige Zusammenleben ohne äußeren Zwang ist nur möglich, solange alle im Dorf gleich viel arbeiten und gleich reich sind. Die Beobachtung der immer wiederholten Vorgänge beim Kontakt dieser indianischen Dörfer zu Weißen zeigt: Sobald einige Individuen sich durch Handel mit Weißen und durch Einführung neuer Werkzeuge und Arbeitsmethoden einen Vorsprung suchen, bricht die Gesellschaft auseinander. Viele indianische Gesellschaften scheinen das erkannt zu haben, wenn sie entweder systematisch jeden Handel mit Weißen ablehnen oder Mechanismen schaffen, durch welche die Gewinne aus diesem Handel immer sofort im ganzen Dorf verteilt werden."[5]
Der Gemeinderat der Aguarunas und Huambisas analysiert diesen Sachverhalt so: „Weiterhin haben die Aktivitäten der Gesellschaft Spaltungen und Desorganisation in allen Gemeinden innerhalb der gemeinschaftlichen Arbeiten gebracht, sowie durch Geld beeinflußte soziale Beziehungen zwischen uns selbst."[4]
Es ist leicht vorstellbar, daß die Anwesenheit des Filmteams im Dorf das normale Leben für Monate lahmlegen und nach Abschluß der Dreharbeiten unauslöschbare Folgen hinterlassen würde. Man darf nicht vergessen, daß es sich um eine Hollywood-Produktion mit Riesenausmaßen handelt. Nicht nur Statisten für Massenszenen werden benötigt, sondern auch Techniker und bis zu 1 500 einheimische Arbeitskräfte, denn es soll ja ein Dampfer über einen Berg gezogen werden. Die 320 Einwohner von Waiwam werden eine ganze Filmkolonie aufnehmen müssen.
An den von Herzog als Wohltätigkeiten angepriesenen Mini-Entwicklungsprojekten zeigt sich, daß er die Infrastruktur für den Film im Dorf ansiedeln will: eine Schreinerwerkstatt, eine Nähstube usw. Das wird einen weitere Eingriff in die Struktur des Dorfs darstellen. Entscheidend dabei ist, daß sich die „gewerbliche Entwicklung" an den Bedürfnissen der Filmproduktion und nicht etwa an denen der Dorfbewohner orientiert. Es ist zu vermuten, daß diese Aktivitäten mit dem Abdrehen wieder einschlafen werden.

Wir sollten die Indianer im Kampf gegen die Erteilung einer Dreherlaubnis unterstützen.

**Ein Film darf nicht nur an seinem Inhalt beurteilt werden.**
*„Eine Ästhetik wird obszön, wenn sie um ihretwillen in das Leben eingreift".* Jean Renoir

*„Für mich als Filmemacherin gibt es nur eine relevante Institution, der ich mich verpflichtet fühle. Es sind die Menschen, mit denen ich einen Film mache, und zum anderen diejenigen, für die ich meine Filme mache".*
Nina Gladitz

Diese Ansprüche — formuliert von zwei Filmemachern umreißen das Problem: es geht beim Filmemachen auch um eine Verantwortung Menschen gegenüber; in Herzogs Fall um eine ethische Verantwortung den peruanischen Indianern gegenüber.

Es kann und soll hier nicht darum gehen, darüber zu urteilen, was Kunst sei, was sie leisten sollte, sondern — gemessen an dieser menschlichen Verantwortung — auch über Bedingungen zu reden, unter denen Filme entstehen und konsumiert werden.

Das „Neue Deutsche Kino", zu dessen wichtigsten Vertretern W. Herzog zählt, gelangte nicht zuletzt deshalb zu internationaler Anerkennung, weil es gelang, kritische Inhalte über das Medium Film zu vermitteln. Ein wichtiges Mittel war eine authentische Darstellungsweise von Lebensbedingungen.

Wenn aber Umstände gegeben sind, bei denen der Anspruch nach Authentizität beim Filmemachen auf dem Rücken von Indianern verwirklicht wird, deren erkämpftes Selbstbestimmungsrecht so offensichtlich mißachtet wird, so ist das nicht mehr zu vertreten.

Herzogs ehemals progressive Ich-Bezogenheit wird zusehends zu einem Egoismus, hinter dem auch fundamentale ökonomische Interessen stecken (der Film soll 5,6 Mio US Dollar kosten!). Derartige Monumentalfilme leben nicht so sehr durch ihre kritischen Inhalte als durch ihre Möglichkeiten der Vermarktung (Werbung, Vertriebsbedingungen etc.). Hier sind wir als potentielle Kino-Konsumenten direkt angesprochen. Eine derartige Diskussion — wie sie an Herzogs Filmprojekt deutlich wurde — zeigt zweierlei: ein Film kann nicht danach beurteilt werden, wie er sich dem „Endverbraucher" darstellt; diese zweifelhaft subjektiv empfundene Ästhetik eines Filmes zeigt nur einen Teil der gesamten Filmproduktion.

Es kommt darauf an, die Tendenz eines Film nicht nur nach seinem Inhalt, sondern auch nach den Bedingungen zu beurteilen, unter denen er entstanden ist; gerade dazu ist eine solche Diskussion notwendig, nur sie schafft ein anderes Bewußtsein dem Filmkonsum gegenüber. Selbst für den Filmemacher kann diese Art öffentlicher Kritik eine Veränderung hervorrufen, es sind mehr als nur moralisch-ethische Appelle an seine Verantwortung.

Wir können die Indianer unterstützen, indem wir heute schon mit dem Boykott dieses Film drohen.

Anmerkungen:

1 Werner Herzog in einem Interview
2 Lindig, Münzel: Die Indianer München 1979, S. 288
3 Werner Herzog in einem Telex vom 25.8.79
zitiert in: „Der Fall Herzog" Vierte Welt Aktuell — Sonderausgabe Nr. 12
4 Protokoll der Versammlung vom 19. August
Gemeinderat der Aguarunas und Huambisas Chiclayo Peru
zitiert in: „Der Fall Werner Herzog" S. 54
5 Münzel, M. Hg.: „Die individuelle Verweigerung" — Hamburg 1978, S. 93

Sehr zu empfehlen ist die Broschüre „Der Fall Herzog" die die Gesellschaft für bedrohte Völker herausgegeben hat. In ihr sind alle Dokumente der Indianergesellschaft gesammelt. Sie ist für eine Gebühr von 5,— DM zu beziehen bei:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Bramscher Str. 200, 4500 Osnabrück

wko + bt

14. September 1979

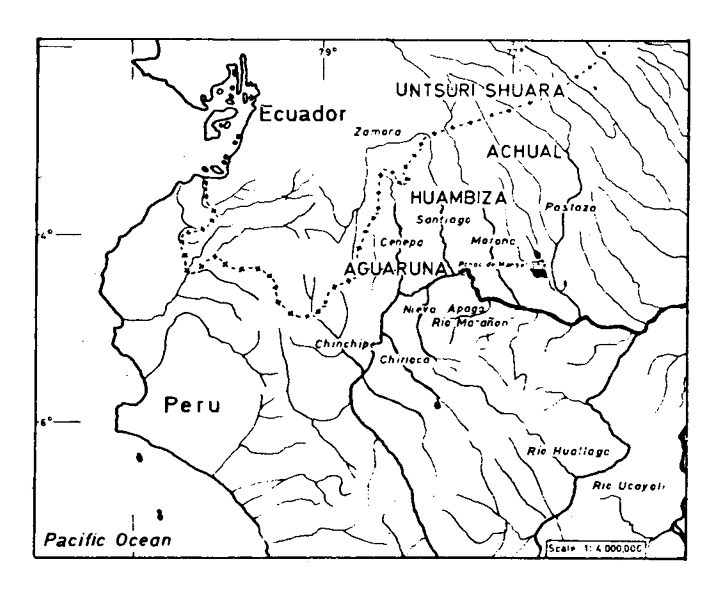
## Soforthilfe für die Opfer des Kurdistan-Krieges im Iran.

Presseerklärung und Spendenaufruf

Während noch eine kurdische Verhandlungsdelegation in Teheran weilt, ist die iranische Armee und sind die islamischen „Hüter der Revolution" („Tazdaran") aus dem Iran und teilweise aus dem Libanon zur Offensive gegen die kurdischen Städte und Dörfer angetreten. Die meisten großen kurdischen Ansiedlungen sind seit dem 1. September stundenlangem Bombardement durch die iranische Luftwaffe ausgesetzt. Mittlerweile haben nahezu 80.000 kurdische Familien die Städte verlassen und befinden sich auf der Flucht in die schützenden Berge Kurdistans.
Diesen kurdischen Familien, die eine größere Anzahl von Verwundeten und von Kindern mit sich führen, muß sofort geholfen werden. Von Oktober an wird die naßkalte Regenperiode einsetzen, die Dörfer werden im Schlamm versinken. Ab November ist mit eisigen Temperaturen und starken Schneefällen zu rechnen.
**Die Gesellschaft für bedrohte Völker wird als Soforthilfe noch im September eine in Zelten untergebrachte, voll ausgerüstete, mobile Sanitätsstation zusammen mit den für ihren Unterhalt notwendigen Medikamenten im Gesamtwert von etwa einer viertel Million Mark auf den Weg ins iranische Kurdistan bringen.**
Wichtig ist, neben medizinischer Soforthilfe für die Zivilbevölkerung, Kleidungshilfe für die Kinder der oft auf die Flucht nur ungenügend vorbereiteten Städter und Dorfbewohner: Winterfeste Schuhe bzw. Gummistiefel; wetterfeste Überbekleidung.
Viele dieser Güter können noch in der näheren Region gekauft werden, was den notwendigen, teuren und nicht risikolosen Transport erspart.
Aus diesem Grund bitten wir nochmals vor allem **um Geldspenden auf das Sonderkonto „Humanitäre Hilfe der Gesellschaft für bedrohte Völker", Postscheck Hamburg 7400 Stichwort: „Hilfe für die Kurden".** An der Aktion werden die wenigen humanitären Hilfsorganisationen beteiligt, die sich nicht scheuen, in Krisengebieten auch ohne die Zustimmung der beteiligten Staaten ihre Pflicht zu erfüllen. Ihre Erfahrung wird bei der Hilfeleistung nützlich sein.



Indianische Familie am Souo-Viso des Oriente der peruanischen Selva, Foto: Sandoval



# MEXICO: FOLGEN DES BOOMS DURCH ÖL UND ERDGAS

*Als am 3. Juni 1979 die Ölbohrung „Ixtoc I" im Golf von Mexiko außer Kontrolle geriet, eine Explosion die Bohrinsel zerstörte und 8 Arbeiter in dem Flammenmeer umkamen, wandte sich für kurze Zeit das Weltinteresse jenem makaberen Schauspiel zu, das diese kochende Feuerlohe mitten im Meer bot, dessen ursprünglich tiefblaue Farbe durch das auslaufende Erdöl – Schätzungen lauten von 30.000 bis 750.000 Faß pro Tag – in eine schmutzig-braune Brühe verwandelt worden war.*
*In Mexiko ist „Ixtoc I" seitdem vieldiskutiertes Tagesthema, doch die Diskussion bleibt nicht bei den ökologischen Folgen stehen, sondern ermutigte viele, die Machenschaften der staatlichen Erdölmonopolgesellschaft PEMEX (Petroleo Mexicana) und ihre katastrophalen Folgen öffentlich anzuprangern.*
*Der Artikel „Erdgas in Mexiko" zeigt, wie aufgrund überstürzter Erdölförderung Unmengen von Erdgas abgefackelt werden müssen und welche Folgen eine solche Politik mit sich bringt.*
*„Pemex, Faktor für soziales Ungleichgewicht, wo immer es sich etabliert", ist ein in der mexikanischen Zeitschrift „proceso" (Nr. 145 vom 13. 8. 79) abgedrucktes Interview mit dem Bürgermeister von Salamanca. In Salamanca gibt es seit 20 Jahren eine PEMEX-Raffinerie. Der Bürgermeister schildert anschaulich deren Folgen für die Stadt und die Bevölkerung.*

## Erdgas in Mexico

Von Reiner Radermacher

Während die westlichen Nachrichtenmedien über die spektakulären Erdölfunde in Mexiko breit berichteten und allenthalben wilde Spekulationen über die zukünftige Rolle Mexikos bei der Energieversorgung der erdölhungrigen Industrieländer gepflegt wurden, geriet ein anderer Aspekt stark in den Hintergrund: Die Frage der Nutzung der großen Erdgasreserven Mexikos. Die Verhandlungen über den Verkauf von mexikanischem Erdgas in die USA haben jedoch bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt deutlich werden lassen, wie der „große Bruder im Norden" seine Energiepolitik gegenüber Mexiko betreibt und verdienen daher eine nähere Betrachtung.

Ausgangspunkt dieser Verhandlungen waren die starken Gasvorkommen, die im Zusammenhang mit den neuen Erdölfunden in Südmexiko seit 1972 auftraten. Während nämlich normalerweise in Mexiko bei der Förderung von Erdöl pro Fass (= 159 Liter) gleichzeitig 1.000 Kubikfuß Erdgas anfallen, liegen in den sogenannten „Reforma Feldern" in Tabasco/Südmexiko die Werte entschieden höher und reichen bis zu 7.000 Kubikfuß Gas pro Fass. Im Durchschnitt wurden daher bereits 1976 pro Faß Erdöl 2.600 Kubikfuß Gas gefördert, das damals einen finanziellen Gegenwert von 0,72 Faß Erdöl hatte. Um ein Faß Öl der Nutzung zuzuführen, wurden somit also rechnerisch 1,72 Faß gefördert.

Mexikos gesicherte Gasreserven stiegen dementsprechend bis 1976 von 19,4 Billionen Kubikfuß auf rund 30 Billionen Kubikfuß an. Im gleichen Jahr wurden 2.150 Mio. Kubikfuß Gas pro Tag gefördert: 1.050 Mio. in reinen, sogenannten „trockenen" Gasbohrungen und 1.100 Mio. Kubikfuß Gas bei der Förderung von Erdöl. Da die Verwertungsmöglichkeiten für Erdgas im Inland bei einer Verarbeitungskapazität von 1.600 Mio. Kubikfuß Erdgas pro Tag unzureichend waren, wurden 1976 tägliche 550 Mio. Kubikfuß in einem Wert von 1,4 Mio. US-Dollar bzw. in einem Gegenwert von 110.000 Faß Erdöl abgefackelt![1] Ende Februar 1979 erklärte die staatliche Erölmonopolgesellschaft PEMEX sogar, daß rund 2 Mrd. Kubikfuß Gas in einem Gegenwert von 484.000 Faß Erdöl[2] und einem realen Wert von rund 6 Mio. US-Dollar pro Tag abgefackelt würden! Heberto Castilll, Vorsitzender des außerparlament

US-Dollar pro Tag abgefackelt würden! Heberto Castillo,

Vorsitzender des außerparlamentarischen „Partido Mexicana de los Trabajadores" (PMT) und bekanntester Kritiker der Erdölpolitik der Regierung, kommentierte diese Situation in der Zeitschrift „Proceso" sarkastisch: „Kein vernünftiger Mensch melkt seine Kühe, ohne genug Kannen für die Milch zu haben."

Trotz dieser vorhersehbaren Entwicklung plante die PEMEX erst 1976 in dem von ihr vorgelegten Investitionsplan die Erweiterung der Verarbeitungskapazitäten und die Verstärkung der Inlandsverwertung ein und setzte dabei als Ziel einen internen täglichen Erdgasverbrauch von rund 4,5 Mrd. Kubikfuß ab 1982 fest. Kurzfristig standen der PEMEX demnach offensichtlich nur zwei Alternativen zur Verfügung:

– Einschränkung der Erdölproduktion auf rund 1,1 Mio. bpd (barrels per day – Faß pro Tag) bei gleichzeitiger Schließung der rund 720 reinen Gasquellen und Beschränkung der Gasförderung allein auf die Produktion der rund 3.600 Ölbohrungen. Dies hätte jedoch die Revision der Erdölpolitik der Regierung zur Folge gehabt[3] und erst recht ambitiösere Pläne – wie sie vor allem von dem Direktor der PEMEX, Diaz Serrano, und dem Minister für Staatsbesitz und Industrieförderung, Oteyza, vorangetrieben werden – für einen beschleunigten Industrieausbau auf der Grundlage einer expansiven Erdölförderung im Keim erstickt.
– Als Ausweg bot sich in dieser Situation der Export von Erdgas an. Als „natürlicher Partner" bei dieser Operation wiederum erschienen die USA, die einen Verbrauch von täglich rund 70 Mrd. Kubikfuß Erdgas aufweisen und zudem relativ kurzfristig an das mexikanische Pipeline-Netz anzuschließen waren.

Die PEMEX entschloß sich für diesen Weg und konnte nach kurzen Verhandlungen bereits Anfang August 1977 mit sechs großen US-amerikanischen Erdgasvermarktungsfirmen[4] einen Vorvertrag abschließen, der in wesentlichen Punkten den Vorstellungen der mexikanischen Seite entsprach:

– Das US-Konsortium verpflichtete sich, zunächst 50 Mio. Kubikfuß Gas pro Tag und ab 1979 dann 2 Mrd. Kubik-

fuß pro Tag (etwa 3% des US-amerikanischen Inlandsverbrauchs) abzunehmen.

- Der Vertrag erhielt eine Laufzeit von zunächst sechs Jahren, der PEMEX aber gleichzeitig das Recht eingeräumt, die Exportmenge bei gesteigertem Eigenverbrauch einzuschränken.
- Der Preis wurde für 1977 auf 2,60 US-Dollar pro 1000 Kubikfuß Erdgas festgesetzt; er wurde an die Entwicklung des Weltmarktpreises für Heizöl angebunden, regelmäßige Steigerungen des vertraglichen Preises waren somit vorgesehen. Auch auf diesem Gebiet wollte so die PEMEX Anschluß an die Preispolitik der OPEC behalten[5].

Angesichts dieses Vorvertrages, der immerhin ab 1979 Einnahmen in Höhe von über 5 Mio. US-Dollar täglich der PEMEX zusicherte, machte der Direktor der PEMEX, Diaz Serrano, keinen Hehl aus seiner Zufriedenheit über die gefundene Formel der Zusammenarbeit: „Die Firmen akzeptieren unsere Preise und wir genießen ihre volle Kooperation."

Da die Hauptlieferungen aus dem Süden Mexikos – den neuen Erdölfeldern – stammen, wurde in dem Vertrag ebenfalls der Bau einer großen Pipeline (des sogenannten „gasoducto") vereinbart, die von Cactus/Tabasco entlang der Golfküste bis zur US-Grenze bei Reynosa führen sollte. Diese Verbindung lag gleichzeitig durchaus auch im Interesse Mexikos, da so die neuen Erdölgebiete mit den bereits bestehenden Förder- und Verarbeitungszonen bei Coatzacoalcos, Poza Rica und Tampico sowie mit dem übrigen Pipeline-Netz verbunden werden konnte.

Die mexikanische Industrie war jedoch weder in der Lage, den größten Teil der für den Bau der über 1.225 km langen Pipeline benötigten Ausrüstungsgüter noch die erforderlichen Rohre[6] zu produzieren. Vor allem US-Konzerne rechneten sich somit ein gutes Geschäft aus. Dieses Interesse zeigte sich besonders deutlich in zwei Punkten:

- Der unter starkem US-amerikanischen Einfluß stehende Weltwährungsfond IMF, der Mexiko 1976 eine drastische Abwertung und ein Sparprogramm „zur Eindämmung der Auslandsverschuldung" verordnet hatte, billigte noch 1977, daß die Baukosten der Pipeline von etwa 1 Mrd. US-Dollar nicht auf das jährliche Neuverschuldungslimit Mexikos von rund 3 Mrd. US-Dollar angerechnet werde. Begründet wurde diese Aussage damit, daß nur durch den forcierten Export von Rohöl und Erdgas Mexiko in der Lage sei, die Auslandsverschuldung von rund 30 Mrd. USDollar langfristig abzubauen.

- Nachdem sich unter Führung der Bechtel-Corp. – die auf einschlägige Erfahrungen aus dem Bau der Alaska-Pipeline verweisen konnte – ein US-amerikanisches Konsortium aus Privatbanken und Baufirmen gebildet hatte, sicherte die mit der Absicherung US-amerikanischer Exportgeschäfte befaßte EXIM-Bank die Durchführung des Pipeline-Projekts mit zwei Krediten an Mexiko in Höhe von insgesamt 590 Mio. US-Dollar ab. Dies wurde von der EXIM-Bank ausdrücklich damit begründet, daß im Rahmen des Pipeline-Baus ein Export von Gütern im Wert von 988 Mio. US-Dollar nach Mexiko erwartet werde und somit rund 40.000 Arbeitsplätze in den USA gesichert werden könnten.

Sowohl gegen den Bau der Pipeline als auch gegen das gesamte Erdgasgeschäft machte sich in Mexiko bereits sehr früh eine breite, äußerst heterogene Opposition bemerkbar: Bauern protestierten gegen Zwangsenteignungen[7]; die gerade legalisierten Oppositionsparteien bezichtigten die Regierung des Ausverkaufs nationaler Reichtümer und selbst innerhalb der Staatspartei PRI traten Kritiker auf, die von dem Erdgasgeschäft eine weitere Verstärkung der Abhängigkeit von den USA befürchteten (rund 70% der Auslandsinvestitionen stammen aus den USA; etwa 2/3 des mexikanischen Außenhandels werden mit den USA vollzogen). Die mexikanische Regierung sah sich angesichts dieser Opposition gezwungen, den Bau der Pipeline als ein nationales Entwicklungs- und Prestigeprojekt zu drapieren und kündigte an, daß der „gasoducto" lediglich der Verbindung der neuen Erdgasfelder mit dem Industriezentrum Monterrey diene[8]. Eine „Nebenlinie" dieses nun „Troncal del Sistema de Gas Natural" genannten Projekts nach Reynosa und über die Grenze in die USA solle erst „später" in Angriff genommen werden.

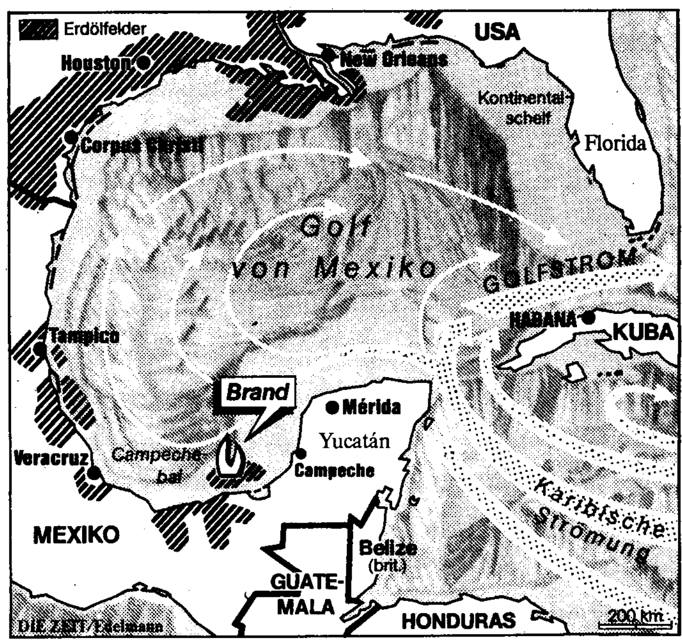
Der entscheidende Widerstand gegen das geplante Erdgasgeschäft kam dann allerdings aus den USA: Die an diesem Geschäft beteiligten US-Firmen – in erster Linie an der langfristigen Absicherung der Versorgung mit Erdgas interessiert – strebten eine enge Zusammenarbeit mit der PEMEX an und waren bereit, dafür den höheren Preis für das mexikanische Gas zu zahlen, den sie ohne weiteres auf den Konsumenten in den USA abwälzen wollten. Die US-Regierung ihrerseits sah jedoch gerade in diesem Punkt eine ernsthafte Gefährdung ihrer Wirtschaftspolitik. Zwar hatte die Carter-Administration gerade eine vorsichtige Anhebung des US-Inlandspreises für Erdgas auf 1,75 US-Dollar pro 1.000 Kubikfuß angeordnet, um durch Verteuerung der bisherigen Verschwendung auf diesem Gebiet Einhalt zu gebieten. Doch befürchtete sie von dem mexikanischen Erdgaspreis das Ende ihrer Balancepolitik zwischen Stabilisierung des Energiekonsums einerseits und Inflationsförderung andererseits. Vor allem rechnete die US-Regierung damit, daß andere Lieferanten diesem mexikanischen Beispiel folgen[9] und die Energiemultis insgesamt eine drastische Preissteigerung durchdrücken würden. Der damalige Energieminister James Schlesinger lehnte das ihm zur Genehmigung vorgelegte Vertragswerk daher kurzerhand ab.

Hinzu trat, daß jene Firmengruppen, die mit den Öl- und Gasfunden in Alaska verbunden sind, Druck auf die Regierung ausübten, um den Vertrag mit der PEMEX platzen zu lassen. Diese Kreise befürchteten, daß angesichts der enormen Lieferkapazitäten Mexikos die Ausbeutung der Alaska-Erdgasfelder aufgrund der höheren Kosten langfristig zurückgestellt werden würde und die bereits getätigten Investitionen für die Erschließung und den Transport des Erdgases in die Verbrauchszentren der USA zunächst verloren wären: Immerhin wird erwartet, daß ab 1985 das Alaska-Gas zu einem Preis von 5,70 bis 6,20 US-Dollar pro 1000 Kubikfuß in den USA auf den Markt kommt.

Schlesinger griff offen die mexikanische Regierung an und erklärte, daß die Forderung nach einem „gerechten Weltmarktpreis" durch Mexiko absurd sei, da dieser nicht existiere. Er konnte dabei auf die Tatsache verweisen, daß z.B. die UdSSR aus dem Iran Erdgas zu einem Preis von 0,50 US-Dollar beziehen, Japan aber für indonesisches Erdgas einen Preis von 3,00 bis 5,00 US-Dollar jeweils pro 1000 Kubikfuß zahlen muß. In die gleiche Richtung zielte auch Senator Stevenson, der einen Monat, nachdem die EXIM-Bank dem Senat die beiden Kredite an Mexiko zur Genehmigung vorgelegt hatte, eine Resolution einbrachte, in der für eine Ablehnung des Erdgasvertrages plädiert wurde. Stevenson stellte dabei kategorisch fest, daß Mexiko bei einem Preis von

1,75 US-Dollar ausreichend Geld verdienen würde, bei einem Preis von 2,60 US-Dollar – den er als „pure windfall" für die PEMEX bezeichnete – aber mit jährlich 620 Mio. US-Dollar zusätzlich das Handelsdefizit der USA belasten werde.

Obwohl diese Resolution letztlich nicht verabschiedet wurde, führte die Initiative Stevensons dennoch dazu, daß die EXIM-Bank im November 1977 beschloß, die Auszahlung des ersten Kredites, der direkt für den Bau der Pipeline bestimmt war, zunächst zu verzögern. Die endgültige Bewilligung des zweiten Kredits wurde außerdem solange vertagt, „bis bindende Verträge über den Ankauf von Gas durch die US-Erdgasverteilungsgesellschaften" vorliegen. Im Dezember 1977 erklärte Schlesinger dann gegenüber einer mexikanischen Verhandlungsdelegation unter Leitung des damaligen Außenministers Roel Garcia und des PEMEX-Direktors Diaz Serrano, daß die US-Regierung endgültig einen Preis von 2,60 US-Dollar nicht akzeptiere.




Angesichts des starken innenpolitischen Drucks auf die mexikanische Regierung, in dieser nationalen Frage nicht nachzugeben und der Erkenntnis, daß die USA nur noch über einen Zeitraum von etwa 10 Jahren über ausreichende eigene Erdgasreserven verfügen, gingen die PEMEX und die mexikanische Regierung Anfang 1978 zur Offensive über:

- Die PEMEX erklärte, daß sie den Vorvertrag nicht weiter verlängern werde.
- Die Regierung kündigte an, daß die Pipeline nun ohne jegliche Verbindung in die USA gebaut werde.
- Die PEMEX nahm Kredite in Japan, Europa und den OPEC-Staaten auf und kaufte Ausrüstungsgüter aus Japan, der BRD, Frankreich und Italien für den Ausbau der Petrochemie und den Bau der Pipeline.
- Der „gasoducto" konnte nach nur 17-monatiger Bauzeit zwischen Cactus/Tabasco und Los Ramones (nahe Monterrey) fertiggestellt und bereits am 18. März 1979 mit einem Tagesdurchfluß von 800 Mio. Kubikfuß Erdgas in Betrieb genommen werden.

Aber auch die USA blieben nicht tatenlos. Noch 1978 stieg der außenpolitische Druck auf die mexikanische Regierung, in der Frage der Energieversorgung den USA stärkeres Entgegenkommen zu zeigen. Gleichzeitig wurde auf verschiedenen Ebenen in den USA eine Kampagne gestartet gegen die auf etwa 2 Mio. geschätzten illegalen mexikanischen Einwanderer, die teilweise als Wanderarbeiter, sogenannte „braceros", über die 3.000 km lange Grenze kommen, teilweise aber bereits in der 2. Generation vor allem in Texas und Kalifornien als billige Arbeitskräfte dienen. Während die US-Regierung verschärfte Grenzkontrollen, Razzien und Ausweisungen als interne Maßnahmen deklarierte – die im übrigen gerade auch von jenen Wirtschaftskreisen in den USA kritisiert wurden, für die diese Reservearmee unverzichtbar ist –, wurde tatsächlich der mexikanische Staat durch diese Aktionen und der Drohung mit schärferer Überwachung in einem seiner Lebensnerven getroffen: Angesichts steigender Arbeitslosigkeit betrachtet die mexikanische Regierung bereits seit Jahrzehnten diese Emigration als willkommenes sozialpolitisches Ventil. Zwar hat die US-Regierung in der Vergangenheit diesen Hebel bereits öfters angesetzt, um den südlichen Nachbarn zu Wohlverhalten zu bewegen, doch noch niemals das Problem der „indocumentados" zu einer derart offenen und unverblümten Erpressung eingesetzt. Als schließlich in der US-Presse siegesgewiß verkündet wurde, daß Mexiko angesichts fehlender Alternativen über kurz oder lang Erdgas in die USA verkaufen werde, und zwar zu einem „vernünftigen" Preis, sah sich der mexikanische Außenminister gezwungen, öffentlich Stellung zu beziehen: „Mexiko wird weder Druck noch Erpressung akzeptieren noch dem Weißen Haus gestatten, das Problem der Arbeiter als Vorwand zu benutzen, um eventuelle Vorteile bei Transaktionen im Zusammenhang mit den Rohstoffen zu erhalten."

Die Folgen dieser Politik bekam Carter bei seinem Besuch in Mexiko Mitte Februar 1979 aus erster Hand zu spüren: Noch niemals in der Geschichte mußte sich ein US-Präsident bei einem Staatsbesuch in einem Land der Dritten Welt öffentlich derart den Kopf waschen lassen. Der mexikanische Präsident Lopez Ortillo – ansonsten durchaus ein Freund des „american way of life" – kennzeichnete die US-Außenpolitik gegenüber Mexiko als eine „Mischung von Interesse, Verachtung und Furcht" und bemerkte ebenso blumig wie bissig: „Unter ständigen, nicht zufälligen Nachbarn sind überraschende Maßnahmen und plötzliche Täuschungen oder Schmähungen giftige Früchte, die früher oder später nachteilige Auswirkungen zeitigen müssen."

Carter befleissigte sich daraufhin zwar, zu versichern, daß die USA die Erschließung und Nutzung der Erdölverträge ausschließlich als Sache Mexikos betrachteten und bereit seien, einen „fairen" Preis für Erdöl und Erdgas zu zahlen. Hinter verschlossenen Türen setzte die Carter-Administration jedoch dezent ihre „starken Argumente" ein: die überwältigende wirtschaftliche Abhängigkeit Mexikos von den USA. Daß dies zum gewünschten Erfolg führte, ließ sich in der gemeinsamen Abschlußerklärung beider Präsidenten nachlesen:

Die USA stimmten baldigen Neuverhandlungen über den Erdgasvertrag zu, doch mußte die mexikanische Regierung dafür die Verknüpfung dieser Frage mit einem ganzen Paket anderer Punkte akzeptieren. So verlangten die USA den Beitritt Mexikos zum Zoll- und Handelsabkommen GATT, das eine Senkung der Zölle vorsieht. Damit verlangten die USA die Aufgabe der bisherigen stark protektionistischen Politik zur Entwicklung einer internen Industrie. Weitere Zollerleichterungen für mexikanische Warenimporte, eine „für beide Seiten befriedigende Lösung" des Problems der illegalen Arbeiter und die Zahlung von Finanzhilfe wurde zwar indirekt, aber deutlich von einer für die USA günstigen Erdöl- und Erdgaspolitik Mexikos abhängig gemacht.

Bereits am 3. April 1979 nahm eine US-Delegation die Ver-

handlungen über den Erdgasvertrag in Mexiko wieder auf und nachdem US-Energieminister Schlesinger seinen Hut nehmen mußte, galt es als sicher, daß die PEMEX einen „fairen" Preis erhalten würde. Kurz vor dem Staatsbesuch Lopez Portillos in den USA – sozusagen als gelungener Auftakt – wurde dann auch am 21. September endgültig der Erdgasvertrag unterzeichnet. Er sieht vor, daß die PEMEX ab Januar 1980 für einen Preis von zunächst 3,62 US-Dollar eine Menge von 300 Mio. Kubikfuß Erdgas täglich an die USA liefert. Dieser Preis liegt zwar über dem 1977 vereinbarten Preis von 2,60 US-Dollar pro Kubikfuß; hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß zum einen der amerikanische Inlandspreis auf 2,14 US-Dollar angehoben wurde, zum anderen auch der Erdölpreis – teilweise als Ausgleich für die Wertverluste des Dollars – in der Zwischenzeit angestiegen ist. Auch die Bindung des Erdgaspreises an die Weltmarktpreissteigerung für Erdöl ist im Vertrag nicht vorgesehen. Mit 300 Mio. Kubikfuß täglich liegt die Liefermenge weit unter der ursprünglich vorgesehenen Höhe.

- Der Minister für Industrieförderung erklärte im Juli plötzlich, daß Mexiko „keine massiven Erdgasverkäufe an die USA" realisieren werde.
- Der Präsident Lopez Portillo betonte in mehreren Interviews sogar, daß die USA zwar ein „natürlicher Kunde" seien, momentan aber Mexiko nicht gezwungen sei, Erdgas an die USA zu verkaufen, da der Eigenbedarf bereits ausreichend entwickelt sei.
- Wunschgemäß lieferte die PEMEX die dazu passenden Zahlen und verkündete im Juli, daß bei einer Produktion von über 3 Mrd. Kubikfuß Erdgas pro Tag dank des gestiegenen Inlandsverbrauchs „nur" noch 120 Mio. Kubikfuß täglich abgefackelt werden müßten.

Dienten noch Anfang 1979 Meldungen über enorm hohe Mengen, die täglich abgefackelt wurden dazu, einer kritischen Öffentlichkeit die unausweichliche Notwendigkeit eines Erdgasvertrages mit den USA zu verkaufen, so versucht die PEMEX nun offensichtlich, die Situation zu verharmlosen. Doch erweisen sich die Erfolgsmeldungen der PEMEX immer mehr als reine Zweckpropaganda:

- Zwar ist bis Ende 1978 der Inlandsbedarf bei Flüssiggas, das aus Erdgas gewonnen wird, auf rund 8.000 Tonnen pro Tag gestiegen, doch lag die Kapazität zur Produktion von Flüssiggas bei 6.100 Tonnen pro Tag. Somit wurden wachsende Flüssiggasimporte in erster Linie aus den USA notwendig, obwohl der der Flüssiggasproduktion zugrundeliegende Rohstoff Erdgas in Überfluß vorhanden ist.
- Zwar hat sich die PEMEX darum bemüht, Gasverflüssigungsanlagen zu errichten, doch befinden diese sich zur Zeit noch im Bau.
- Hauptziel dieser Anlagen ist außerdem der Export von Flüssiggas nach Japan und Europa, der jedoch erst in der Zukunft wichtig werden dürfte[10].
- Zwar beabsichtigt die staatliche Elektrizitätsgesellschaft, statt Schweröl 1.1000 Mrd. Kubikfuß Gas zu verfeuern, doch befindet sich dieses Projekt erst im Stadium der Planung und wird ebenfalls erst langfristig zu Buche schlagen.
- Zwar hat die Substitutionspolitik der PEMEX, die der Industrie verstärkt billiges Erdgas statt Erdöl anbietet, in den nordmexikanischen Industriezentren Monterrey, Saltillo, Torreon, Chihuahua etc. gewisse Erfolge gehabt, doch ist die PEMEX von dem anvisierten Ziel, 147.000 bpd Rohöl – die dann für den Export zur Verfügung gestellt werden sollen – einzusparen, noch weit entfernt.

Ein Mitglied der US-amerikanischen Verhandlungsdelegation vertrat aus Anlaß der Vertragsunterzeichnung daher auch den Standpunkt, daß Mexiko „schon bald" zusätzliche 200 Mio. Kubikfuß Gas an die USA liefern werde. Dies entspricht dem Tenor einer kürzlich bekannt gewordenen Studie des CIA über die „Weltenergieversorgung", in der davon ausgegangen wird, daß spätestens ab 1982 – dem Ende der Präsidentschaft Lopez Ortillos – Mexiko allein rund 50% des gesamten Erdgasexports der Nicht-OPEC-Förderländer stellen wird. Vollkommen unglaubwürdig werden die Angaben der PEMEX und einzelner Regierungsstellen aber vor allem angesichts der Entscheidung der sieben größten Ölmultis, in Brownsville/Texas – also unmittelbar an der mexikanischen Grenze und in direkter Nähe zum geplanten Endpunkt des „gasoducto" bei Reynosa – einen Raffineriekomplex im Wert von 600 Mio. US-Dollar zu bauen. Dies deutet darauf hin, daß es längst um mehr geht, als nur das Erdgasgeschäft: Die USA streben energisch danach, auf dem Energiesektor den „Verlust" des Iran zu ersetzen, und Mexiko ist dabei der „natürliche Partner".



Es dürfte sehr fraglich sein, ob die mexikanische Regierung angesichts der erheblichen Druckmittel der USA sich diesem Verlangen auf die Dauer widersetzen kann. Vor allem aber ist zu fragen, ob sie überhaupt den Willen dazu hat, sind doch starke Kräfte in der PEMEX und der Regierung selbst durch sehr enge gemeinsame Interessen mit bestimmten Gruppen der US-Wirtschaft verbunden. Die dramatische Erklärung des mexikanischen Verteidigungsministers, Mexiko werde sich gegen jeden militärischen Angriff der USA zur Wehr setzen, ist jedenfalls offensichtlich dazu bestimmt, von dem eigentlichen Problem abzulenken.

1) Bei einem Preis von 2,60 US-Dollar pro 1.000 Kubikfuß Erdgas und 13,10 US-Dollar pro Faß Erdöl zur damaligen Zeit.

2) Dies entspricht in etwa dem täglichen Erdölexport Mexikos in die USA.

3) Immerhin sollen ab 1982 allein 1,2 Mio. bpd Rohöl für den Export zur Verfügung stehen.

4) American Inc., Texas Eastern Transmission Corp., El Paso Natural Tenneco Inter-Gas Co., Transcontinental Gas Pipeline Corp., Southern Natural Gas Co., Florida Gas Transmission Co.

5) Mexiko ist nicht Mitglied der OPEC, orientiert sich bei seinen Erdölpreisen aber stets an der OPEC.

6) Die mexikanische Industrie kann nur Rohre bis maximal 46 inch produzieren. Nur bei einer Rohrstärke von 48 inch ist aber mit Hilfe von 18 Pumpstationen der angestrebte Tagesdurchfluß von 2,7 Mrd. Kubikfuß zu erreichen.

7) Im Dezember 1977 wurde der Artikel 27 der Verfassung – er regelt die aus der mexikanischen Revolution hervorgegangene Agrarreform – geändert und die PEMEX dazu ermächtigt, gegen Entschädigung Land zu enteignen, sofern „nationale Interessen" berührt werden.

8) Monterrey ist allerdings bereits mit den günstiger gelegenen Erdgasfeldern bei Matamoros verbunden.

9) Kanada liefert Erdgas für den mittleren Westen der USA zu einem Preis von 2,16 US-Dollar.

10) Dieser Export setzt erhebliche zusätzliche Investitionen im Transportbereich (Flüssiggastanker, Tiefwasserhäfen etc.) voraus und stößt zudem auf die starke Konkurrenz Algeriens bzw. Indonesiens, die bereits jetzt im Geschäft sind.

Quelle:

Grayson, G.W. Mexico and the United States: The Natural Gas Controversy.
In: Inter-American Economic Affairs. Vol. 32 (1978), No. 3, S. 3–27.
Orozco, L. PEMEX y la crisis del petroleo.
In: Cuadernos Politicos. 15 (1978), S. 76–89.
Stewart-Gordon, T.J. Mexico's oil: myth, fact and future.
In: World Oil vom 1. 2. 1979, S. 35–41.

weiterhin: Proceso (Mexico)
Uno Mas Uno (Mexico)
El Dia (Mexico)
Nachrichten für den Außenhandel (Köln) 20. 2. 79, 10. 4. 79.
FAZ 21. 7., 26. 7. 79
NZZ 18./19. 2. 79, 20. 2. 79
SZ 14. 2. 79, 16. 2. 79, 17./18. 2. 79

# Pemex, Faktor für soziales Ungleichgewicht

*Eine der Folgen der „Ixtoc I"-Katastrophe ist, daß die Vetternwirtschaft, Korruption und Kompetenzwirrwarr innerhalb des gigantischen staatlichen Ölmonopols ein wenig plastischer und offenkundiger werden. PEMEX ist in Mexiko tägliches Diskussionsthema.*

*Vor allem geriet der PEMEX-Direktor Jorge Diaz Serrano wegen des Verdachts der Korruption, Steuerhinterziehung, Betrugs und Verfassungsbruchs in so arge Bedrängnis, daß er schließlich sogar vom Präsidenten Lopez Portillo öffentlich geschützt werden mußte.*

*Tatsache ist, daß er 1960 maßgeblich an der Gründung der Scheinfirma PERMAGO –, die das Subunternehmen der Bohrinsel ist, – beteiligt wie auch deren Mehrheitsaktionär und Direktor war. Augenscheinlich wurde die Verquickung leitender Angestellter des Staatsunternehmens PEMEX mit den Führungspositionen privater Zulieferbetriebe. Doch nicht nur an einzelnen Personen wird die problematische staatliche Ölpolitik diskutiert, sondern auch in ihrer katastrophalen gesellschaftlichen Folgewirkung, wie das Interview von Isabel Morales mit dem Bürgermeister von Salamanca aufzeigt.*

Salamanca (Guanajuato). Die Wohltaten von Petroleos Mexicanos (PEMEX) betreffen das ganze Land, aber die Schäden, die durch die Aktivitäten dieses Betriebes verursacht werden, erleiden ausschließlich die Orte, in denen die großen Werksanlagen stehen: PEMEX hat z.B. in Salamanca ein tiefgreifendes soziales Ungleichgewicht und allgemeine soziale Spannungen in der Bevölkerung hervorgerufen. Inflation, Defizite an Wohnungen und Schulen, ungenügende Freizeitangebote und Freizeitzentren, Anstieg der Kriminalitätsrate, mangelhafte Kommunikationswege (Verkehrsnetz) ... das ist das Ergebnis von 20 Betriebsjahren von PEMEX in Salamanca, bestätigt der Bürgermeister der Stadt, Alberto Martinez Estrada.

Vor 25 Jahren zählte Salamanca 30.000 Einwohner, heute hat es etwa 180.000 bei fast gleichgebliebenen Versorgungs- und Dienstleistungen des öffentlichen Sektors wie zu jener Zeit. So ist das Wasserrohrsystem das gleiche wie zu jener Zeit, als die Raffinerie hier geplant wurde.

„Die Verantwortlichen von Pemex mögen mir jetzt entgegenhalten, daß es allerdings Investitionen des Betriebes in Salamanca gegeben hat, dabei beachtet man jedoch nicht, daß es sich ausschließlich um Leistungen für die eigenen Arbeiter handelt", sagt Martinez Estrada. Die Ölarbeiter haben eine Wohnkolonie mit gut asphaltierten Straßen, allen Installationen und allem notwendigen Service. Aber man muß diese Bevölkerung (5.000 Personen) der Colonia Bellavista mit dem übrigen Salamanca vergleichen: Die sozialen Differenzen sind herausfordernd. Dieses nährt die soziale Spannung. Die Einwohner sehen ohnmächtig und frustriert, daß PEMEX seine sozialen Leistungen nicht auf das ganze betroffene Gebiet verteilt, sondern lediglich an einige wenige.

Es ist unmöglich, fährt der Befragte fort, daß PEMEX die Infrastruktur der Gemeinde ausnutzt, seinerseits jedoch nur Probleme verursacht: Inflation hervorruft; ein unermeßliches Anwachsen der Einwohnerzahl; ein alarmierendes Defizit an Wohnungen, die – soweit überhaupt vorhanden – 3.000 pesos (= 240 DM) Monatsmiete kosten, während sie nur 18 km von hier entfernt 700 pesos (= 56 DM) kosten.

Eine Studie der Handelskammer von Salamanca ergibt, daß aufgrund der Inflation und der Insuffizienz des Handels 66,4% der Konsumenten Salamanca verlassen müssen, um Lebensmittel und Kleider außerhalb zu kaufen.

Außerhalb Salamancas werden 27% der Kleidung, 12,5% der Grundnahrungsmittel, 10% der Schuhe, 6,9% des Fleisches, 5,8% verschiedener Artikel und 3,9% der Haushaltsgeräte gekauft.

Die Rückwirkungen sind nicht nur ökonomischer Art, sagt Martinez Estrada. Die Gemeinde hat unter der Wasser-, Luft- und Ackerlandverschmutzung und unter gesundheitlichen Schäden durch Lärmbelästigung zu leiden.

„Technisch gesehen geschieht in Salamanca eine beständige Vergewaltigung der Umweltschutzgesetze an der in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit beteiligt sind: PEMES, Fertimex,

die Comision Federal de Electricidad (CFE) und die anderen 27 Betriebe – öffentliche und private – die hier den industriellen Korridor bilden."
Bis jetzt hat die Umweltverschmutzung in Salamanca selbst noch nicht zu allzu ernsten Zerstörungsprozessen des Bodens geführt, aber in Gemeinden außerhalb gibt es Anzeichen dafür, daß ca. 13.500 ha mit Mais vergiftet sind, als Beweis dafür gilt die äußerst geringe Produktivität im Vergleich mit anderen Ackerflächen, die noch nicht kontaminiert sind.

Salamanca ist der einzige Ort, wo man einen Fluß, den Rio Lerma, durch die Feuerwehr löschen lassen mußte, weil ein Brand durch die Industrieabfälle entstanden war. Das letzte Unglück geschah im April 1977.

Im vergangenen Mai gab es im Bajio und speziell in Salamanca einen langanhaltenden Stromausfall. Am anderen Tag publizierte die CFE in der Lokalpresse, der Stromausfall seit durch Hochspannungskabel entstanden, die durch die Kontamination zerfressen waren.

Wir haben – sagt Martinez Estrada – Anträge an das Ministerium für Land- und Wasserwirtschaft und an die Abteilung für Umweltschutz gestellt, mit der Bitte, Studien zu erstellen, Gasmeßstationen zu errichten und Wasserproben zu entnehmen, um es auf Industrieabfälle zu überprüfen; bislang allerdings ohne Erfolg. Es blieb alles bei bloßen Versprechungen.

Aber die Umweltbelastung vollzieht sich nicht nur durch Gase und Industriemüll, sondern auch durch Lärm. Salamanca ist eine der Städte des Landes mit der meisten Industrie im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Wir haben die Industriellen um Unterstützung gebeten um weitere Kontamination zu vermeiden, und alle versichern uns, daß sie sich innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Meßwerte befinden. Um das Gegenteil zu beweisen, sind umfangreiche Studien notwendig, sagt der Bürgermeister. Hier, fügt er hinzu, zeigt sich der Zirkelschluß: Theoretisch sind sie innerhalb des legalen Rahmens und die Verwaltung übernimmt nichts, weil die Situation ja legal ist. „Die Wirklichkeit ist anders. Man muß nicht erst die Gesetze kennen oder die offiziellen Meßwerte, um den Dreck in Wasser und Luft erkennen zu können; es reicht völlig aus, auf eine Dachterrasse zu gehen und die enormen Abgaswolken zu sehen, die aus den Schornsteinen von PEMEX und den anderen Industriebetrieben, besonders Fertimex und Negromex aufsteigen."

Die Abteilung für Umweltschutz hat nur zwei Inspektoren für den gesamten Bundesstaat Guanajuato, die weder juristische Rückenstärkung noch Laboratoirumsdaten haben, um von diesen Industrien die Erfüllung des Gesetzes zu fordern. Außerdem fehlen ihnen die notwendigen Ausrüstungen und Mitarbeiter. Ihre Mitarbeit hier hat rein symbolischen Charakter.

Zu all diesen Problemen fügt Martinez Estrada noch das wegen seiner Unmittelbarkeit ernsteste hinzu: Die Erschöpfung des Grundwassers aufgrund des exzessiven Verbrauchs durch PEMEX und CFE. Die Manager von PEMEX und CFE verlangten, daß man ihnen dieses technisch nachweise. Eine Sache, die nicht möglich ist. „Aber es ist ein Faktum, was CFE betrifft, daß durch ihre fünf Brunnen, die im Norden und Nordwesten der Gemeinde gebohrt wurden, sich die verfügbare Wassermenge für die Haushalte alarmierend verringert hat." In einigen Siedlungen der Randgebiete muß das Wasser in Fässern gebracht werden, weil es dort überhaupt keine Wasserversorgung gibt. Die Gemeinde hat Briefe an den Präsidenten der Republik und an den Direktor der CFE gesandt, damit sie dieses Problem lösen, das auf die Dauer auch die Industrie der gesamten Region betreffen wird. Bis jetzt hat es noch keinerlei Antwort gegeben und das Wasser verknappt sich weiterhin.

Martinez Estrada warnt davor, daß die Gereiztheit der Bevölkerung bald eine alarmierende Grenze erreichen könnte. „Man hat schon damit gedroht" die Arbeiten von CFE und PEMEX zu verhindern, um der Forderung nach unverzüglichen Lösungen Nachdruck zu verleihen. „Hinterher gehe man nicht hin und rede von Boykott oder landesfeindlichen Interessen" sagt Martinez Estrada, und gibt damit wieder, was die Leute der betreffenden Region sagen.

Martinez Estrada bezeichnet die Haltung von PEMEX, CFE und Fertimex als eine Aktion der sozialen Verantwortungslosigkeit und des groben Mißbrauchs.

(mape / wite)

# BÜCHER

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind zur Rezension in der Redaktion der ‚blätter' eingetroffen:

Vamos Caminando. Machen wir uns auf den Weg. Glaube. Gefangenschaft und Befreiung in der peruanischen Sierra. Arbeitsmaße, Tübingen 1979, 142 S., 12,–. Gruppe Bambamarca, Frondsbergstr. 31, 7400 Tübingen;

Janine Roberts, Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau. Die Schwarzaustralier (Aborigines) kämpfen ums Überleben. Reihe pogrom, hg. v. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1979, 192 S.;

Lateinamerika – Analysen und Berichte 3, Verelendungsprozesse und Widerstandsformen, hg. v. Veronika Bennholdt-Thomsen u.a., Berlin 1979, 325 S., Verlag Olle und Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30;

Weitersagen. Ein Arbeitsbuch für den evangelischen Religionsunterricht im 3. und 4. Schuljahr, Frankfurt a.M. 1979, 180 S., Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a.M.;

Heinz Kapp, Klassenkampf als Volkserziehung. Geschichte der Kulturrevolution, Berlin 1979, 286 S., 18,– DM; Sozialpolitischer Verlag, Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36;

BRD – Interessen in Südostasien, Südostasiengruppe in der ESG Bochum, Frankfurt a.M. 1979, 154 S., Albatros Verlag, Postfach 190 155, 6000 Frankfurt a.M. 19;

Stoppt die ‚Grauen Wölfe'. Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus. Dokumentation des Terrors der ‚Grauen Wölfe' in Westberlin, Berlin 1979, 64 S., 3,– u. 1,– DM Porto, hg. v. Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Langenscheidstr. 3, 1000 Berlin 62.

# REPRESSION

## Eine Zensur findet doch statt
## Grundgesetz Artikel 5 (Neufassung)

Das Kammergericht Berlin hat mit Beschluß vom 26. 7. 79 zwei Zeitschriften, die „Lateinamerika Nachrichten" Nr. 73 und die Münchner Stadtzeitung „Blatt" Nr. 150 von der Weiterleitung an einen Untersuchungsgefangenen ausgeschlossen. Das Kammergericht hat hierfür eine bemerkenswerte Begründung gegeben. Zum einen seien die Zeitschriften aufgrund ihres Umfanges nicht zu kontrollieren und somit die Gefahr gegeben, daß versteckte Nachrichten übermittelt werden. Mit diesem Argument wird nicht nur




den betroffenen Redaktionen unterstellt, sie würden in ihren Artikeln codierte Nachrichten verstecken, die Kammer hat damit auch die juristische Möglichkeit geschaffen, alle nicht genehmen Druckschriften dem Gefangenen vorzuenthalten. Trotz dieses umfassenden Arguments hat das Kammergericht keine Mühe gescheut, die Zeitschriften auch inhaltlich zu prüfen. Die „Lateinamerika Nachrichten" nahmen Stellung zur Kanzler-Kandidatur von Strauß und erinnerten sich: „Just in den Tagen, in denen der Sozialausschuß der UN-Vollversammlung zum wiederholten Male der chilenischen Militärjunta aufgrund umfangreicher Dokumente „fortgesetzte und systematische Verletzung der Menschenrechte" vorwarf, lobte Strauß „den inneren Frieden und die politische Stabilität in Chile" (SZ 24. 11. 77) und ermahnte die Bevölkerung, „als loyale, fleißige, treue Bürger" die Militärregierung bei deren Aufbauarbeit zu unterstützen und dabei mitzuwirken „daß die Freiheit in ihrem Lande erhalten bleibt" (FR 1. 12. 77)" (Lateinamerika Nachrichten Nr. 73, S. 5) Das „Blatt" hatte über Übergriffe der Polizei und die Deckung solcher Vorfälle durch Justizbehörden berichtet. Die inhaltliche Würdigung dieser Berichterstattung – bei der es die Kammer in souveräner Weise mit dem Zitieren nicht allzu genau nahm – kann sich in gleicher oder ähnlicher Weise gegen alle anderen kritischen Publikationsorgane wenden. Sie soll im folgenden wörtlich wiedergegeben werden:

*„In dem Druckerzeugnis „Lateinamerika Nachrichten 73" wird behauptet, deutsche Politiker verteidigten und lobten die „fortgesetzte und systematische Verletzung der Menschenrechte durch ausländische Regime (Seite 5) und seien mit deren Exponenten befreundet (Seite 3).*

*Derartige Ausführungen sind geeignet, den Angeschuldigten, der dringend verdächtig ist, einer terroristischen Vereinigung anzugehören, die sich zum Ziel gesetzt haben soll, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu zerstören, gegen jegliche staatliche Autorität und damit auch gegen die das besondere Gewaltverhältnis in den Vollzugsanstalten repräsentierenden Vollzugsbeamten aufzuwiegeln und so die Ordnung in der Anstalt zu gefährden."*

## Zensurprozeß gegen Bonner „De Schnüss"

Am 16. März wurde vor dem Bonner Amtsgericht nach acht Verhandlungstagen, an denen über 60 Zeugen gehört worden waren, der presserechtlich Verantwortliche für „De Schnüss-Stadtzeitung in Bonn", Manfred Krämer, wegen Beleidigung (§ 185, 194 StGB) verurteilt. Die Strafe, 600,– DM, fiel relativ milde aus. Der zweite Teil des Urteils, die Übernahme der Prozeßkosten von etwa 15 000,– DM, ist für die eineinhalb Jahre alte Bonner Alternativzeitung existenzbedrohend.

Die Beleidigten: 13 Bonner Polizeibeamte und ihr Präsident; sie hatten Strafanzeige nicht nur wegen Beleidigung, sondern auch wegen Verleumdung gestellt.
Die Tat: De Schnüss hatte in ihrer Juni-Ausgabe 1978 über eine Polizeiaktion am 1. Mai vor der Bonner Beethovenhalle, in der die Mai-Kundgebung des DGB stattfinden sollte, berichtet.

Dort hatte es die Polizei für nötig befunden, einen KBW Bücherstand, der niemanden störte und der auch von nie-

mandem beachtet wurde, zu räumen und drei Leute zu verhaften. Dieser Einsatz ging nicht ohne Brutalität vonstatten. Der Büchertisch gelangte nur in Einzelteilen in das Polizeifahrzeug, die Festgenommenen wurden zum Teil getreten, an den Haaren gezerrt und mit dem Kopf gegen das Autoblech gestoßen. Die Schnüss hatte all das detailliert beschrieben und mit zwei Fotos dokumentiert.
Vor Gericht wurden die Behauptungen in dem Artikel durch Zeugenaussagen belegt. Die drei am 1. Mai Festgenommenen, deren Verfahren wegen Widerstands, Gefangenenbefreiung, Verstoß gegen das Landesstraßengesetz, Hausfriedensbruch und die Straßenordnung der Stadt Bonn aus prozeßökonomischen Gründen mit dem Verfahren gegen De Schnüss verbunden worden war, wurden freigesprochen. Die Verleumdungsklage (falsche Tatsachenbehauptung) gegen die Schnüss wurde fallengelassen.
Sollte man nun meinen, auf einen groben Klotz gehöre auch ein grober Keil, das – im Prozeß als wahr erwiesene – ungeheuerliche Vorgehen der Polizei erfordere eine angemessene Berichterstattung; da war das Bonner Amtsgericht unter Vorsitz von Richter Hasse anderer Meinung. Es blieb beim Vorwurf der Beleidigung.

Originalton aus der Urteilsbegründung:
*„Thurau und Nauheimer (zwei Polizeibeamte, d. V.) bahnten sich, in ihrer dicken Motorradfahrerkleidung eher tappsig und unbeholfen, einen Weg durch die dichtgedrängte Menge zu dem Tapeziertisch."*
*„Als er (der vorläufig Festgenommene, d. V.) wie festgewurzelt schien, hob einer der Polizeibeamten ein Knie, um durch einen Druck in Gesäßhöhe den Druck an Armen und Schultern zu unterstützen. Die Festnahme widerborstiger Personen wird schulmäßig durch einen Festhaltegriff in das Nackenhaar unterstützt."*
*„So geriet er (der vorläufig Festgenommene, d. V.), als er am Fahrzeug in die vorgeschriebene Durchsuchungsposition gedrückt werden mußte, recht heftig mit der Stirn gegen das Fahrzeugblech."*
*„Die Bemühungen, den Tapeziertisch wegzuräumen, waren wieder aufgenommen worden. Statt ihn, wie es der Mechanismus vorsieht, nach unten einzuklappen und ihn dadurch koffergleich und handlich zu verkleinern, versuchten es Polizeibeamte in der allgemeinen Aufregung und Hektik andersherum. Der Tisch ging dadurch teilweise entzwei und zersplitterte an einem Ende. Auch der Abtransport des Tisches gestaltete sich zu einer eher burlesken Szene."*
*„Nach dem Beweisergebnis ist davon auszugehen, daß der besagte Vorfall sich o b j e k t i v zugetragen hat, daß aber keinerlei Beweis für die Verletzungsabsicht des mit M.-C. (Name abgekürzt, d. V.) beschäftigt gewesenen Polizeibeamten erwiesen ist."*
*„Der Bericht in der Zeitschrift ‚De Schnüss' stellt sich nach der vom Schöffengericht vorgenommenen Würdigung als eine Gemengelage von wahren, halb- (und weniger) wahren und unwahren Behauptungen dar, die im Tatsächlich-Gegenständlichen liegen. Die Art ihrer Aneinanderreihung, der Gebrauch des Stilmittels der verkürzenden Weglassung einerseits und des Aufbauschens andererseits legen den akzentuierenden Schwerpunkt insgesamt auf ein geringschätziges, ehrabschneidendes Werturteil. (. . . .) Hier wird der Gesamteindruck vermittelt, daß nicht schlecht und recht ihren meist belastenden Dienst verrichtende Polizeibeamte eines demokratisch und rechtsstaatlich verfaßten Gemeinwesens tätig geworden sind, sondern eben – wie ein häufiges Schmähwort lautet – ‚Bullen' . . . ."*

*„Das Schöffengericht hat nicht verkannt, daß ihm eine über den konkreten Fall weit hinausgehende Entscheidung von prinzipieller Bedeutung abverlangt ist. Es ist nach ungewöhnlich langem Ringen um Erkenntnis zu der Überzeugung gelangt, daß Ausmaß und Intensität der Ehrverletzung der beteiligten Polizeibeamten durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht gerechtfertigt sind."*

Nicht die Ehre der von den Polizisten brutal Behandelten ist verletzt, sondern die der Polizisten, weil ihr Verhalten öffentlich gemacht wurde. Und wer es veröffentlicht, macht sich strafbar.
Der DGB-Kreisvorstand Bonn erklärte am 20. 2. 79 zum Schnüss-Prozeß: „Es darf nicht Schule machen, daß Journalisten mit denen auf eine Anklagebank gesetzt werden, über die sie berichtet haben. Ein solches Verfahren leistet der Kriminalisierung kritischer Berichterstattung Vorschub. (. . . .) Er (der DGB-Kreisvorstand Bonn, d.V.) befürchtet aber, daß durch Prozesse wie diesen Freiräume eingeengt werden, die nicht eingeengt werden dürfen. Die ‚Schnüss' ist nur eine kleine Zeitung. Sie hat nicht nur die Pflicht, wahrheitsgemäß zu berichten, sondern auch das Recht, ihre Meinung frei zu äußern. Diese Meinung mag einseitig und unbequem, sie muß aber auch in Zukunft erlaubt sein. Der Prozeß gegen den Journalisten Krämer darf nicht zum Tribunal gegen die Pressefreiheit werden."
Für die am 12. 10. beginnende Berufungsverhandlung braucht die Schnüss die Unterstützung aller, die sich für die Erhaltung der Pressefreiheit einsetzen wollen.

Spendenkonto: Nr. 100 162 460 Stichwort 1. Mai Prozeß
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Weitere Informationen bei: De Schnüss-Stattzeitung in Bonn, Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/650766

# Prozeß gegen die Fantasia-Drucker

Am 10. September 1979 begann in Stammheim der Prozeß gegen drei Mitarbeiter der Fantasia-Druckerei — Doris Braune, Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage — und zwei Angehörige des IVK (Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa) — Dorit Brücher und Birgit Rauth.
Im Mai 1978 waren Doris Braune und Dorit Brücher nach einer Hausdurchsuchung der Fantasia-Druckerei, Birgit Rauth im Januar 1979 am Grenzübergang Helmstedt festgenommen worden. Von der Bundesanwaltschaft wird den festgenommenen Frauen vorgeworfen, Kurierdienste für die RAF übernommen zu haben. Im August 1978 wurden die Druckmaschinen der Fantasia-Druckerei beschlagnahmt. Dieser in der bisherigen Rechtspraxis einmalige Schritt wurde damit begründet, daß die Fantasia-Druckerei Schriften druckt und verbreitet, mit denen sie die terroristische Vereinigung RAF unterstützt und für diese wirbt. Nach dieser Aktion wurden auch die beiden Gesellschafter der Fantasia-Druckerei — Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage — in das Ermittlungsverfahren einbezogen.
Im jetzt begonnenen Prozeß lautet die Anklage auf Vergehen nach §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung),

§88a (Verfassungsfeixdliche Befürwortung von Straftaten mit Schriften) und §90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole).
Nach dem Prozeß gegen die AGIT-Drucker sind im Fantasia-Prozeß zum zweiten Mal Angehörige eines Druckkollektivs nach §129a der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Wieder wird aus der Herstellung und Verbreitung von Schriften der RAF eine aktive Unterstützung der Ziele der RAF gefolgert. (Demgegenüber konnte der Spiegel noch vor wenigen Jahren ungestraft ein Interview mit Mitgliedern der RAF publizieren.) Obwohl die Anklage und die ihr zugrunde liegende Konstruktion somit Fragen des Presserechts (der Pressefreiheit bzw. der Zensur) berührt, blieben Prozeßbeginn und Prozeßverlauf in den bürgerlichen Medien so gut wie unerwähnt und unkommentiert. Die westdeutsche Presse überläßt somit ohne eigene Stellungnahme (— ganz zu schweigen von Kritik oder gar Gegenwehr — den staatlichen Instanzen die Grenzziehung zwischen dem, was veröffentlicht werden darf, und dem, was nicht veröffentlicht werden darf. Die staatlichen Zensurbehörden nutzen diesen Freiraum, um ihre radikalen Gegner mundtot zu machen und zu kriminalisieren.

Und weiter: „Der Journalismus muß vor allem die *Zugänglichkeit* von Kommunikation verbreitern ... Nach dem Verbot der neonazistischen SRP 1952 hat das KPD-Verbot von 1956 das politische Meinungsspektrum auf ein *Meinungskartell* mittlerer Positionen begrenzt. Das war der parlamentarischen Arbeit bekömmlich, der freien Entfaltung von Meinungen eher abträglich. Wir haben in der Bundesrepublik die Grundkonflikte des Jahrhunderts um Nationalismus und Kommunismus nicht offen verarbeitet, sondern uns darum herumgemogelt.
Wo Kritik und Propaganda reduziert sind, verliert der Journalismus Farbe und Vielfalt. Er wird zum Journalismus der Repräsentaten. Die großen demokratischen Konzeptionen verblassen, wo ihnen die Kontraste fehlen."
Und schließlich „(Der) auf die politische Mitte konzentrierte Journalismus hat für sogenannte Randgruppen wenig übrig."
Uns, den sogenannten politischen Randgruppen, bleibt angesichts der Übermacht des Meinungskartells und des Staates nur die — kritische — Solidarität. Wir drucken im folgenden einen Aufruf des Fantasia-Kollektivs ab. Informationsmaterial zum Prozeß gibt es bei: fantasia-druck, schlosserstr. 28a, 7 stuttgart 1, tel. 606126.






Die bürgerlichen Medien in der Bundesrepublik unterstützen die staatliche Politik in doppelter Hinsicht: Erstens veröffentlichen sie praktisch keinerlei inhaltliche Erklärung der wegen terroristischer Gewalttaten Inhaftierten. Sie üben damit eine Art freiwillige interne Zensur aus. Zweitens breiten die bürgerlichen Medien nun auch über die direkten Eingriffe des Staates in das Pressewesen einen Mantel des Schweigens aus.
Dem Verhalten der Medien — interne Zensur und Schweigen gegenüber staatlichen Zensurmaßnahmen seien im folgenden einige Zitate aus dem Artikel „Um Grundkonflikte herumgemogelt — Hat der deutsche Journalismus nach 1945 versagt?" von Harry Pross in der SZ vom 6./7.10.79 gegenübergestellt:
„Die Pressefreiheit war (in den Nachkriegsjahren; Verf.) keineswegs unumstritten ... Im Grunde ging der Streit um das Verständnis von Demokratie im angelsächsischen und deutschen politischen Denken. In England hat sich seit David Hume durchgesetzt, daß die Regierenden von den Meinungen der Regierten abhängen. Die deutsche Staatslehre hielt nichts von einem solchen Primat. Deshalb erscheint der Rundfunk auch heute noch vielen als ein Akt staatlicher Daseinsvorsorge und die Presse mehr als ein Spezialfall von Gewerbeordnung denn als Vehikel der Meinung der Regierten. Die Meinungen von Regierten aber waren und sind der Verfassungsauftrag der Journalismus in der Demokratie."

**AUFRUF!**

*im stammheimer mehrzweckgebäude beginnt am 10.9.79 der prozess gegen 3 leute aus dem fantasia-druckkollektiv, doris braune, barbara mayer-schlage und herbert schlage, und 2 frauen vom internationalen komitee zur unterstützung politischer gefangener in westeuropa (ivk), dorit brücher und birgit rauth.*
*vorgeworfen werden den 5 leuten vergehen nach §129a (unterstützung einer terroristischen vereinigung), §88a (verfassungsfeindliche befürwortung von straftaten) und 90a (verunglimpfung des staates).*
*wir unterzeichner dieses aufrufes wenden uns an die öffentlichkeit, weil wir es nicht hinnehmen wollen, daß hier zum einen eine für die stuttgarter linke wichtige druckerei kaputtgemacht werden soll. für alternativzeitungen, bürgerinitiativen und andere politischen gruppen ohne eigene druckgelegenheit muß die möglichkeit bestehen bleiben, ihre sachen unzensiert drucken zu lassen.*
*zum anderen wenden wir uns dagegen, daß im rahmen der sympathisantenhetze das recht auf freie meinungsäußerung mit den §§88a und 129a auf derart schwerwiegende weise unterdrückt wird. mit diesem paragrafen ist es nicht nur möglich, jeden widerstand gegen dieses politische system zu kriminalisieren (schließung von linken buchläden, beschlagnahmungen von stadtzeitungen), die anwendung des §129a*

*zieht auch von vorneherein für den gefangenen einen völlig anderen haftstatus nach sich (jahrelange untersuchungshaft ist möglich, ohne daß flucht- oder verdunklungsgefahr nachgewiesen werden muß, verurteilung ist möglich, ohne eine tat nachzuweisen, kontaktsperre, trennscheibe, behinderung der verteidigung).*
*dagegen wehren wir uns. wir fordern das recht, sich für die politischen gefangenen einzusetzen und für sie öffentlichkeitsarbeit zu machen, so wie es die fantasia-druckerei und das ivk gemacht haben.*
*wir fordern weiterhin das recht, über die standpunkte der politischen gefangenen und ihre erklärungen zu diskutieren. information zur situation der gefangenen im knast (isolationshaft) und zu reaktionen des staates (todesschuß) müssen weiterhin gedruckt und verbreitet werden können.*

*deshalb fordern wir: DIE SOFORTOGE EINSTELLUNG DES PROZESSES! DIE FREILASSUNG VON DORIS, DORIT, BIRGIT!*

*begleitet wird diese einschränkung unserer rechte durch eine massive behinderung der verteidigung in politischen krozessen. dies zeigt sich auch hier: neben den vom gericht bestellten zwangsanwälten haben die 5 angeklagten nur jeweils einen vom gericht anerkannten vertrauensanwalt. die verpflichtung der zwanganwälte macht es dem gericht möglich die verhandlungstermine so festzulegen, daß einer der vertrauensanwälte beim prozess nicht regelmäßig anwesend sein kann.*

*unsere minimalforderung lautet deshalb:*

SOFORTIGE ENTPFLICHTUNG DER ZWANGSANWÄLTE,AN DEREN STELLE DIE VERPFLICHTUNG DER 2 VERTRAUENSANWÄLTE DER ANGEKLAGTEN!

EINE TERMINIERUNG,DIE ES DEN VERTRAUENSANWÄLTEN ERMÖGLICHT REGELMÄSSIG AM PROZESS TEILZUNEHMEN!




**Der Tod ist ein Meister aus Deutschland**

Am 28. September wurde in Freiburg die 20jährige Marieluise V. verhaftet. Sie wird verdächtigt, die Parolen „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" und „Der Kampf geht weiter-RZ" in der Freiburger Innenstadt an eine Wand gesprüht zu haben. Wurde vor einigen Jahren in juristischen Veröffentlichungen noch diskutiert, ob das Sprühen von Parolen überhaupt eine Sachbeschädigung darstellt, so lautet jetzt der Haftbefehl auf §129a „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Nach neuestem Recht (§112 III) ist eine Anschuldigung nach §129a hinreichend, um Untersuchungshaft anzuordnen. Der Untersuchungsrichter braucht bei „Unterstützern" nicht mehr auf die üblichen U-haftgründe Flucht- und Verdunklungsgefahr zu prüfen. Darüber hinaus zieht U-haft aufgrund §129a eine Kette von Reaktionen nach sich:
— Isolationshaft (gesicherte Zellen, zweistündige Kontrollgänge)
— wöchentliche Umschließung
— kein Kontakt zu anderen Häftlingen im Normalvollzug
— eingeschränkte Besuchserlaubnis (2x 1/2 Stunde pro Monat)
— Trennscheibe bei Besuchen
— Einzelhofgang
— zensierte Post.

Nachdem Marie-Luise V. einige Tage in der JVA Schwäbisch-Gmünd eingesessen hatte, wurde der Haft-befehl gegen sie vorläufig ausgesetzt, nicht aber aufgehoben. Sie ist nun wieder auf freiem Fuß — allerdings mit Auflagen.

bf

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

# Eine gute Ausbeute



**Plakat zur Dritten Welt**

Format: DIN A 2, zweifarbig
DM 1,00 (zuzüglich Porto)

Bei Bestellungen unter 5,00 DM bitte Briefmarken beilegen!
Porto- und Versandkosten (mind. DM 1,—) werden gesondert in Rechnung gestellt.
Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.
Bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!